

Antwort der Bundesregierung

auf die Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Uwe Jens, Gerd Andres,
Hermann Bachmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/6760 —

Beurteilung der wirtschaftlichen Krise nach konjunkturellen bzw. strukturellen Ursachen und ihre Auswirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

Die Bundesregierung verkennt die krisenhafte Entwicklung in der deutschen Wirtschaft. Sie versucht mit alten Rezepten gleichzeitig gegen die konjunkturellen sowie strukturellen Ursachen der Probleme anzugehen. Auch jetzt wieder in dem Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung unterstellt sie, daß nur Hemmnisse zu beseitigen sind, damit sich die Wachstumskräfte dynamisch entfalten können.

Weiter sieht die Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch zu hohe Löhne und Lohnnebenkosten, zu hohe Steuern, Sozialabgaben und Umweltkosten als gefährdet an. Schon in ihrem Bericht zur Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland fehlen jedoch die erforderlichen Daten und internationalen Vergleiche, um diese Beurteilung nachvollziehen zu können.

Außerdem vernachlässigt die Bundesregierung, daß die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit auch von einer Reihe weiterer Faktoren, der Qualifikation der Arbeitskräfte, der Infrastrukturausstattung, der Leistungsfähigkeit des Staates, der Innovationsfähigkeit und -willigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft, der Umweltbelastung und -vorsorge abhängt. Erst eine integrierte Betrachtung aller dieser Faktoren und ihrer zukünftigen Entwicklung stellt eine verlässliche Grundlage für die Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft dar.

Da die eigentlich erforderlichen Prognosewerte nicht zur Verfügung stehen dürften, sollte zumindest eine gründliche Darstellung der Entwicklung der maßgeblichen Indikatoren der volkswirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit in den vergangenen Jahren erstellt werden. Ein internationaler Vergleich ist hierbei von besonderer Bedeutung, weil nur so Stärken und Schwächen der deutschen Volkswirtschaft realistisch und ohne ideologische Vorbehalte eingeschätzt werden können.

In dem von der Bundesregierung vorgelegten Bericht „Zukunftssicherung des Standortes Deutschland“ werden Sachdarstellungen gegeben und politische Schlußfolgerungen getroffen, ohne daß die tatsächlichen Verhältnisse dargestellt und durch statistische Grundlagen nachgewiesen werden. Da ein Bericht ohne diese Grundlagen und ohne ökonomische Kennzahlen über die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wenig aussagekräftig ist, müssen diese Basisdaten zunächst noch nachträglich festgestellt werden. Denn auch das jetzt vorgelegte Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung baut auf dem Standortbericht auf, obwohl konkrete Zahlen fehlen. Da die Bundesregierung die Große Anfrage der Fraktion der SPD „Feststellung der tatsächlichen Lage der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft (Drucksache 12/6065 vom 29. Oktober 1993) nicht beantworten konnte und wegen Bestimmungen der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages auch nicht mehr beantworten muß, erhält sie erneut Gelegenheit, fundierte Basiszahlen vorzulegen.

Vorbemerkung

Die Bundesregierung hat auf den schwerwiegenden wirtschaftlichen Einbruch 1992 und Anfang 1993, der insbesondere auf dem Arbeitsmarkt zu erheblichen Belastungen für die betroffenen Arbeitnehmer und ihre Familien geführt hat, mit großer Entschiedenheit reagiert. Bei allen ihren Entscheidungen, namentlich beim Standortsicherungsgesetz und beim Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm, hat sie dem bereits im Jahreswirtschaftsbericht 1993 (Drucksache 12/4330, Nr. 13) formulierten Leitsatz Rechnung getra-

gen, daß der Standort Deutschland mit Blick auf die fortschreitende europäische Integration und den zunehmenden internationalen Wettbewerb gestärkt werden muß. Mit dem Bericht zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland vom 2. September 1993 (Drucksache 12/5620) hat die Bundesregierung ihre wirtschaftspolitische Konzeption zur Standortsicherung in einem konkreten Handlungsprogramm zusammengefaßt, das die Grundlage für die Festigung der marktwirtschaftlichen Fundamente unserer Gesellschaft und die nachhaltige Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven in Deutschland legt.

Die Bundesregierung ist dabei von der Feststellung ausgegangen, daß Deutschland nach wie vor zur Spitzengruppe der modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften gehört. Diese Stellung verdankt Deutschland seiner ausgewogenen Wirtschaftsstruktur mit einem weit gefächerten kreativen Mittelstand, einem breiten Angebot qualitativ hochwertiger Güter, einer stabilen Währung, leistungsfähigen Kapitalmärkten, einem technisch und unternehmerisch fähigen Management, einem hohen Ausbildungsniveau der Erwerbstätigen, einer differenzierten und regional breit gestreuten Forschungslandschaft, einer leistungsfähigen sozialen Sicherung und einem hohen Maß an sozialem Konsens, einer gut ausgebauten öffentlichen Infrastruktur sowie lebenswerten Städten und Dörfern. Die seit 1982 auf Stärkung der Marktkräfte, Stabilität, gesunde öffentliche Finanzen und eine Reduzierung der Belastung von Unternehmen und Bürgern mit Steuern gerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik hatte zudem zu einer deutlichen Verbesserung der Gesamtkonstitution der deutschen Wirtschaft und zu einem starken Anstieg von Investitionen und Beschäftigung geführt.

Trotz dieser vergleichsweise günstigen Ausgangslage stellt sich in den letzten Jahren die Aufgabe der Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandortes mit zunehmender Dringlichkeit. Hierfür und auch dafür, daß diese Debatte über den Standort Deutschland nicht schon früher eingesetzt hat, gibt es eine Reihe von objektiven und subjektiven Gründen. Zu den objektiven Ursachen gehören insbesondere auch die nicht vorhersehbaren politischen Umwälzungen in der Welt mit ihren wirtschaftlichen Konsequenzen. Das Ende des kalten Krieges und das Zusammenbrechen des kommunistischen Systems hatte z. B. nicht nur eine hohe Zuwanderung aus den mittel- und osteuropäischen Ländern zur Folge. Aus der Umorientierung der deutschen Rüstungspolitik ergibt sich auch ein unmittelbarer Anpassungsbedarf für die deutsche Wirtschaft. Die Wiedervereinigung Deutschlands erfordert wegen der Erblast des kommunistischen Regimes, die alle schlimmen Erwartungen noch übertroffen hat, enorme wirtschaftliche Anstrengungen, um den tiefgreifenden Umstrukturierungsprozeß in den neuen Ländern zu bewältigen.

Die beschleunigte Globalisierung der Märkte und der Unternehmen stellt Deutschland in eine verschärfte Konkurrenz mit anderen Standorten: mit den Industrieländern, von denen viele ihren früheren Rückstand gegenüber unseren traditionellen Stärken verringern

konnten; mit den Schwellenländern, die zunehmend mit einem Angebot auch technisch hochwertiger Güter ihre Anteile auf dem Weltmarkt ausweiten; mit den Niedriglohnländern, die Produktivitäts- und Qualitätsnachteile dadurch kompensieren, daß sie zu einem Bruchteil der in den traditionellen Industrieländern anfallenden Kosten produzieren. Auch haben viele Unternehmen während des lange anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs bei guten Absatzmöglichkeiten der Kostenentwicklung, den notwendigen Produktinnovationen sowie einer modernen Arbeitsorganisation nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt. Ein Hinweis darauf sind die überhöhten Tarifabschlüsse der vergangenen Jahre, die die Unterschrift von beiden Tarifpartnern tragen. Bewältigt werden müssen auch die Herausforderungen, die sich aus der demographischen Entwicklung ergeben, sowie aus der Aufgabe, die Umwelt zu schützen und die nicht erneuerbaren Ressourcen zu schonen, um die natürlichen Lebensgrundlagen für die nachfolgenden Generationen zu bewahren.

Subjektiv hat vor allem die Rezession bei vielen die Einsicht in die Notwendigkeit einer neuen Standortbestimmung gefördert. Dies mag man als zu spät beklagen. Tatsache ist aber, daß das Überdenken der Positionen in Gang gekommen ist und durch den Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland zusätzliche Anstöße erfahren hat.

Die Bundesregierung hat in diesem Bericht darauf hingewiesen, daß Deutschland mit seinen Problemen nicht allein steht. Alle großen Industrieländer haben gleiche oder ähnliche Standortprobleme zu lösen. Die Aufgabe der Verbesserung der Standortbedingungen ist also nicht darauf beschränkt, die Position Deutschlands nur relativ im Wettbewerb zu den anderen fortgeschrittenen und nachrückenden Industrieländern zu verbessern. 3,9 Mio. arbeitslose Menschen im März 1994 zeigen, daß es darüber hinaus darum geht, den Standort Deutschland für mehr Investitionen und Innovationen attraktiv zu machen, damit durch eine höhere Wachstumsdynamik genügend neue Arbeitsplätze geschaffen bzw. rentabel werden.

Die Frage der Qualität eines Beschäftigungsstandortes läßt sich anhand einzelner Indikatoren nicht hinreichend beantworten. Wichtig ist eine zusammenfassende Gesamtschau wesentlicher ökonomischer und gesellschaftlicher Faktoren, die über die Wettbewerbsfähigkeit, das Investitions- und Innovationsniveau und die Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft entscheiden: Ein auch nur halbwegs vollständiges Bild in Form eines verlässlichen internationalen Vergleichs auf quantitativer Basis zu gewinnen, ist allerdings für die empirische Wirtschaftsforschung bisher nicht möglich. Die wirtschaftspolitische Vernunft verbietet es aber, Sachverhalte, für die es deutliche Hinweise gibt, nur deshalb außer acht zu lassen, weil sie sich nicht in eine Zahlentabelle gießen lassen. Gleichwohl gibt es eine Reihe von Indikatoren, die Schwachstellen der deutschen Volkswirtschaft aufzeigen und Handlungsbedarf signalisieren. Dazu gehört u. a., daß in Deutschland

- die Arbeitskosten pro Stunde im internationalen Vergleich besonders hoch sind;
- die Arbeits- und Maschinenlaufzeiten zu den niedrigsten in der Welt gehören;
- die Kapitalrendite der Unternehmen nach Berechnungen der OECD deutlich unter derjenigen in Ländern wie USA, Japan und Kanada liegt;
- der Staat, gemessen an dem Anteil öffentlicher Ausgaben am Sozialprodukt, einen sehr viel größeren Teil der Ressourcen der Volkswirtschaft in Anspruch nimmt als in vielen anderen Industrieländern, namentlich auch in Japan und in den USA;
- die Gesamtabgabenbelastung in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist;
- eine im Zuge der deutschen Vereinigung stark angewachsene öffentliche Verschuldung drastisch steigende Belastungen der öffentlichen Haushalte mit Zinszahlungen zur Folge hat;
- die Innovationsaktivitäten, gemessen an den Ausgaben für Forschung und Entwicklung, an den Patentanmeldungen und an den Weltmarktanteilen bei technologisch hochwertigen Produkten schwächer geworden sind.

Die Bundesregierung kann den dieser Großen Anfrage zugrundeliegenden Vorwurf, daß die erforderlichen Daten und internationale Vergleiche fehlen, um den auf die Verbesserung der Wachstums- und Standortbedingungen in Deutschland gerichteten wirtschaftspolitischen Kurs zu untermauern, nicht nachvollziehen. Sie sieht sich in ihrer Beurteilung auch von der Mehrzahl der wirtschaftswissenschaftlichen Experten gestützt. So hat der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft bereits in seinem Gutachten „Gesamtwirtschaftliche Orientierung bei drohender finanzieller Überforderung“ vom 10./11. Juni 1992, als der starke wirtschaftliche Einbruch in Deutschland sich noch nicht deutlich in den wirtschaftlichen Lageindikatoren zeigte, auf die drohende Überforderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, insbesondere durch die steigenden Ansprüche an die Unternehmen und an den Staat, hingewiesen. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in Nummer 265 seines letzten Jahresgutachtens (Drucksache 12/6170 vom 15. November 1993) hierzu ausgeführt: „Der Weg zu einem angemessenen Wachstum führt über unternehmerische Investitionen. Entscheidend ist, daß Produkt- und Verfahrensinnovationen in Gang kommen und Marktpositionen behauptet werden, die es auch in Zukunft ermöglichen, eine Spitzenposition in der internationalen Einkommenshierarchie zu halten. Dies ist eine Aufgabe der Unternehmen, nicht des Staates. Damit aber ausreichend viele Unternehmen bereit sind, Innovations- und Investitionsrisiken auf sich zu nehmen, müssen die Angebotsbedingungen gut und verlässlich sein, vor allem auch im Vergleich zu denen, die in anderen Ländern herrschen. Es kommt darauf an, eine ordnungspolitisch klare Orientierung für die Zukunft zu geben, Anreize für Leistung und Investitionen nicht zu verschütten,

Verteilungsspielräume realistisch einzuschätzen und Grenzen der Belastbarkeit von Unternehmen und privaten Haushalten zu beachten.“ Weiter heißt es dort: „Diese Herausforderungen zu bewältigen, verlangt bei den wirtschaftspolitisch Verantwortlichen Einsicht in die grundlegenden Bedingungen für ein stetiges, spannungsfreies wirtschaftliches Wachstum; es verlangt auch mehr längerfristiges Denken, mehr Beachtung der langfristigen Folgen des Handelns. Die Wirtschaftspolitik wäre schlecht beraten, ließe sie sich angesichts des großen Problemdrucks zu einem punktuellen, pragmatischen, opportunistischen Aktionismus verleiten. Es gibt kein Entrinnen aus der Notwendigkeit einer Therapie, die wirtschaftliche Dynamik auf Dauer verspricht und Deutschland als attraktiven Investitionsstandort ausweist. Die Weichen dazu müssen jetzt gestellt werden, allein schon deshalb, weil die Wirkungsmöglichkeiten der Angebotspolitik naturgemäß auf längere Sicht angelegt sind.“

Methodische Hinweise

Die der Beantwortung der Fragen zugrunde gelegten Statistiken stammen – was die internationalen Vergleiche anbelangt – größtenteils aus Veröffentlichungen der OECD. Deshalb ist einheitlich die Abgrenzung der OECD für die zehn größten Industrieländer verwendet worden. Die Rangfolge der Länder leitet die OECD aus sogenannten Ländergewichten ab, die jeweils aus dem Anteil des Bruttoinlandsprodukts eines Landes am Gesamtprodukt aller OECD-Länder auf der Grundlage von Kaufkraftparitäten berechnet werden. Die zehn größten Industrieländer sind danach: USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Italien, Vereinigtes Königreich, Kanada, Spanien, Australien, Niederlande.

Für die Beantwortung mußten darüber hinaus Informationsquellen vieler anderer Institutionen herangezogen werden (u. a. Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, Vereinte Nationen). Da deren Erhebungen z. T. andere Ländervergleiche zugrunde liegen, sind die Zahlenangaben in einigen Fällen unvollständig. Ferner konnten bei der Beantwortung einzelner Fragen aus methodischen Gründen und aus Gründen der Datenverfügbarkeit nicht für den gesamten Referenzzeitraum Angaben gemacht werden.

Die Zahlenangaben für Deutschland beziehen sich bei längerfristigen Entwicklungsvergleichen im Regelfall bis einschließlich 1989 auf den früheren und für den Zeitraum danach – sofern verfügbar und sinnvoll – auf den neuen Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland (vgl. im einzelnen die Hinweise zu den Tabellen). Zum Teil größere Probleme gibt es hinsichtlich der Verfügbarkeit gesamtdeutscher Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, da das Statistische Bundesamt aufgrund fehlender oder lückenhafter Datengrundlagen die Sozialproduktberechnungen für die neuen Bundesländer – und damit auch für Gesamtdeutschland – nicht genauso detailliert vornehmen kann wie für die alten Bundesländer. In diesen Fällen ist nur die westdeutsche Entwicklung dargestellt worden.

1. Unterscheidung zwischen strukturellen und konjunkturellen Ursachen

1. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, inwieweit die augenblickliche krisenhafte Entwicklung der Wirtschaft konjunkturell bzw. strukturell verursacht ist?

Zur Beantwortung der Frage, inwieweit eine wirtschaftliche Schwächephase bzw. Krise konjunkturell oder strukturell bedingt ist, stellen weder die theoretische noch die empirische Wirtschaftsforschung eindeutige Kriterien zur Verfügung. Je eher ein wirtschaftlicher Einbruch als durch Nachfragestörungen verursacht und als vorübergehend charakterisiert werden kann, desto eher handelt es sich um ein konjunkturelles Phänomen. Je eher die wirtschaftlichen Probleme durch angebotsseitige Fehlentwicklungen oder durch grundlegende Veränderungen im wirtschaftlichen Datenkranz und im Entscheidungsverhalten der Wirtschaftssubjekte ausgelöst werden und je nachhaltiger diese Störungen sind, um so eher ist von strukturellen Ursachen auszugehen. In der Regel überlagern sich konjunkturelle und strukturelle Ursachen in mehr oder weniger starkem Umfang. Durch eine konjunkturelle Abschwächung werden strukturelle Fehlentwicklungen häufig erst sichtbar gemacht. Umgekehrt hängen Ausmaß und Bewältigung konjunktureller Schwächephasen nicht zuletzt von der strukturellen Konstitution der Volkswirtschaft ab.

In den neuen Ländern ist der tiefgreifende Prozeß der schwierigen Umstrukturierung einer ehemals zentralverwalteten Kommandowirtschaft mit veralteten und fehlgelenkten Produktionsstrukturen in eine leistungs- und wettbewerbsfähige Marktwirtschaft bei deutlichen Fortschritten noch in vollem Gange. Allerdings belegen die kürzlich im Rahmen des zehnten Berichts über „Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland“ von den Instituten DIW, Berlin, IfW, Kiel, und IHW, Halle, veröffentlichten Umfrageergebnisse, daß der Anpassungsprozeß der ostdeutschen Wirtschaft durch die westdeutsche Rezession fühlbar beeinträchtigt wird.

Die westdeutsche Wirtschaft hatte sich zunächst erfolgreich von der weltweiten Wachstumsschwäche, die schon im Jahr 1990 einsetzte, abkoppeln können. Dazu beigetragen haben ihre insgesamt gute wirtschaftliche Grundkonstitution, die im Zuge der Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren wiederhergestellt werden konnte, sowie die kurzfristig wirkenden Wachstumsimpulse aus der deutschen Wiedervereinigung, die allerdings mit steigenden Haushaltsdefiziten und mit von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit immer weniger gedeckten Lohnsteigerungen einhergingen. Nicht zuletzt durch die lange, vorangegangene Phase steigenden Wohlstands war die Bereitschaft zu wenig ausgeprägt, sich an die durch die deutsche Wiedervereinigung veränderten wirtschaftlichen Bedingungen sowie an die neuen Entwicklungen in der internationalen Arbeitsteilung strukturell anzupassen. Vielmehr wurden allzu viele Aufgaben dem Staat aufgebürdet, der dadurch zunehmend wirtschafts- und finanzpolitische Spielräume verlor.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kommt vor diesem Hintergrund in seinem Jahresgutachten 1993/94 (Nummer 253) zu folgender Beurteilung: „Vieles deutet darauf hin, daß die Rezession des Jahres 1993 in besonderem Maße durch strukturelle Komponenten geprägt ist, daß es erheblicher Anstrengungen bedarf, um notwendige Bereinigungen und Anpassungen durchzusetzen.“

Die Überlagerung von strukturellen und konjunkturellen Ursachen des tiefen Einbruchs der westdeutschen Wirtschaft könnte eine wirtschaftspolitische Strategie angezeigt erscheinen lassen, in der eine Mischung aus angebotspolitischen Verbesserungen der allgemeinen Wachstums- und Investitionsbedingungen mit nachfragebelebenden konjunkturpolitischen Stimulanzen angestrebt wird. Diese Sicht, wie sie auch der Fragestellung zugrunde liegt, erkennt, daß in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Situation für traditionelle konjunkturpolitische Maßnahmen kein Spielraum besteht: Eine expansive, mit weiter steigender Verschuldung verbundene Finanzpolitik könnte aufgrund der mit ihr verbundenen Erwartung einer bald bevorstehenden Umsteuerung und der Befürchtung weiter steigender Abgabenlasten die für eine nachhaltige Wirtschaftsdynamik notwendigen Dispositionen von Verbrauchern und Investoren verhindern. Die Möglichkeiten der Finanzpolitik sind durch die hohen öffentlichen Leistungen zugunsten der Menschen und der Wirtschaft in den neuen Ländern ausgeschöpft worden. Eine expansive, auf mehr privaten Verbrauch zielende Lohnpolitik würde die Rentabilität von arbeitsplatzschaffenden Investitionen weiter vermindern, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland verschlechtern sowie zu einem neuerlichen Konflikt mit einer stabilitätsorientierten Geldpolitik führen und damit insgesamt zu Lasten der Beschäftigung gehen. Eine Geldpolitik, die die Stabilisierung des Geldwertes aus den Augen verliere und neue Inflationserwartungen entstehen ließe, würde nicht nur Investoren und Verbraucher, sondern vor allem auch die internationale Finanzwelt verunsichern und könnte zu einem Abzug von Kapitalanlagen aus Deutschland führen. Dieses alles heißt nicht, daß Wirtschafts- und Finanzpolitik der Nachfrageseite keine Beachtung schenken. Erinnert sei daran, daß der Anstieg des Defizits im Bundeshaushalt 1993 gegenüber 1992 weitgehend auf die Hinnahme der automatischen Stabilisatoren zurückgeht, also im wesentlichen konjunkturpolitisch bedingt war.

Notwendig ist vor allem, daß die Wirtschaftspolitik ein wirtschaftliches Umfeld schafft, in dem Verbraucher, Investoren und Anleger im Vertrauen auf Stabilität und verlässliche Rahmenbedingungen bereit sind, zukunftsgerichtete Entscheidungen zu treffen und Risiken einzugehen. Hierfür hat die Bundesregierung mit ihrem Bericht zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland und dem Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung ein umfassendes, konkretes Handlungsprogramm, das von der überwiegenden Zahl der Experten bestätigt wird und in weiten Teilen der Wirtschaft auf breite Zustimmung gestoßen ist, vorgelegt und in wichtigen Teilen bereits umgesetzt (vgl. Bericht der Bundesregierung über den Stand der Umsetzung

der Maßnahmen zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland und des Aktionsprogramms für mehr Wachstum und Beschäftigung vom 25. Februar 1994; Drucksache 12/6907).

2. Welchen Anteil haben nach Ansicht der Bundesregierung strukturelle Probleme an der derzeitigen Arbeitslosigkeit, und welchen Anteil werden diese Probleme an dem noch erwarteten Anstieg haben?

Auch der Anteil struktureller und konjunktureller Ursachen an der Arbeitslosigkeit läßt sich nicht beziffern. Die Bundesregierung geht aber wie alle Experten davon aus, daß allein mit Überwindung der konjunkturellen Schwächephase der deutschen Wirtschaft ihre Beschäftigungsprobleme nicht gelöst sein werden. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß sich die hohe Arbeitslosenzahl nur allmählich in einem längerfristigen Wachstumsprozeß abbauen kann. Folgende Tendenzaussagen lassen sich aber heute machen:

In den neuen Bundesländern ist die Arbeitslosigkeit praktisch ausschließlich strukturell bedingt. Die deutsche Wiedervereinigung hat die Ineffizienz der DDR-Wirtschaft und ihre enorme verdeckte Arbeitslosigkeit im vollen Maße offengelegt. Die notwendige Effizienzsteigerung der Produktion, der starke Absatzrückgang und vor allem die dadurch bedingte Schrumpfung der Industrieproduktion haben dazu geführt, daß der Beschäftigungsabbau in den neuen Bundesländern bis in dieses Jahr andauert, zumal die Tarifpolitik in der Vergangenheit wenig dazu beigetragen hat, der Freisetzung der Arbeitskräfte entgegenzuwirken. Ab 1995 dürfte im Zuge der wirtschaftlichen Erholung in den neuen Bundesländern die Zahl der Erwerbstätigen allmählich wieder ansteigen.

In den alten Bundesländern ging die Zahl der Erwerbstätigen nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes von Februar 1992 bis Februar 1994 um rund 900 000 zurück. Die Unternehmen haben auf die strukturellen und konjunkturellen Entwicklungen mit Kapazitätsabbau und Rationalisierungsanstrengungen reagiert. Sie haben so ihre Wettbewerbsfähigkeit wieder gefestigt und die Erhaltung vieler Arbeitsplätze langfristig gesichert. Der Personalabbau dürfte langsam auslaufen. Positiv wirken sich darüber hinaus die bisher vor allem von den Exportaufträgen ausgehenden Nachfrageimpulse, die gesunkenen lang- und kurzfristigen Zinsen sowie die jüngsten, wieder deutlich an den beschäftigungspolitischen Notwendigkeiten orientierten Vereinbarungen der autonomen Tarifvertragsparteien aus. Auch bei anziehendem Wirtschaftswachstum muß in Westdeutschland mittelfristig aber noch mit erheblicher Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

Die Entwicklung der achtziger Jahre, als die Bundesregierung seit 1982 die Rahmenbedingungen dafür geschaffen hat, daß von 1984 bis 1992 in den alten Bundesländern – unterstützt von einer maßvollen Lohnpolitik – rd. 3¼ Mio. Arbeitsplätze entstehen konnten, belegt, daß hohe strukturelle Arbeitslosigkeit überwindbar ist. Der im Verhältnis zur Beschäftigungsentwicklung geringe Rückgang der Arbeitslosigkeit da-

mals erklärt sich maßgeblich aus einer starken Zunahme des Arbeitskräfteangebots, insbesondere einer steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen und hoher Zuwanderung. Wesentliche Voraussetzung für einen längerfristigen Prozeß des Beschäftigungsaufbaus im Zuge eines vergleichsweise beschäftigungsintensiven Wirtschaftswachstums ist, daß zukünftig den stark veränderten Angebots- und Nachfragebedingungen auf dem Arbeitsmarkt von den Tarifpartnern besser Rechnung getragen und die Politik zur Stärkung der Wachstumskräfte und für mehr Beschäftigung entschlossen fortgeführt wird.

II. Entwicklung des Außenwerts der DM

3. Wie hat sich seit 1982 der Außenwert der DM entwickelt gegenüber den Währungen der zehn größten Industrieländer?

Die Bundesbank ermittelt den Außenwert der D-Mark gegenüber den Währungen der 18 wichtigsten Handelspartner (EG-Länder, die EFTA-Staaten Österreich, Schweiz, Schweden, Norwegen und Finnland sowie USA, Japan und Kanada) sowohl auf bilateraler Ebene als auch für ausgewählte Ländergruppen – im allgemeinen allerdings nicht für die Gruppe der zehn größten Industrieländer für sich genommen. Der Grund dafür liegt darin, daß die wichtigsten Industrieländer und die wichtigsten deutschen Handelspartner nur begrenzt deckungsgleich sind. So ist Australien nicht in der Gruppe der 18 wichtigsten Handelspartner Deutschlands enthalten. Darüber hinaus kommt eine Reihe kleinerer Industrieländer in Europa (insbesondere Österreich und Schweiz) durch die Außenhandelsverflechtung mit Deutschland wesentlich größere Bedeutung zu als einzelnen großen Industrieländern.

Im folgenden wird deshalb die Entwicklung des nominalen effektiven Außenwerts der D-Mark gegenüber den 18 wichtigsten Handelspartnern (Tabelle 1, letzte Spalte) dargestellt. Außerdem wird die Entwicklung des nominalen Außenwerts der D-Mark seit 1982 gegenüber den einzelnen Währungen dieser Länder und gegenüber den acht wichtigsten Industrieländern in den Tabellen 1 und 2 wiedergegeben. Zwar hat sich sowohl gegenüber den 18 wichtigsten Handelspartnern als auch gegenüber den acht wichtigsten Industrieländern die D-Mark von 1982 bis Februar 1994 nominal um rund 25 % aufgewertet; für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ist jedoch die Entwicklung des realen Wechselkurses entscheidend. In realer Rechnung ist die Aufwertung der D-Mark deutlich schwächer (1. Quartal 1994 3,7 %; vgl. die Antwort zu Frage 4).

Die nominalen Wechselkursbewegungen gegenüber einzelnen Währungen weisen allerdings starke Unterschiede auf. Während beispielsweise das Austauschverhältnis gegenüber dem Holländischen Gulden und dem Österreichischen Schilling praktisch konstant geblieben ist, hat sich die D-Mark im gleichen Zeitraum gegenüber dem Yen deutlich ab- und gegenüber dem US-Dollar stark aufgewertet. Im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 1992 hat sich der nominale Außenwert der D-Mark bis Anfang 1994 gegenüber dem US-Dollar wieder um etwa 10 % reduziert.

9 **Tabelle 1: Außenwert der D-Mark**
 – Jahresdurchschnitt 1982 = 100 –

Jahr	Außenwert der D-Mark ¹⁾										
	gegenüber dem US-Dollar	gegenüber den am Wechselkursmechanismus des EWS beteiligten Währungen							gegenüber den übrigen Währungen der EG-Länder		
		Französischer Franc	Holländischer Gulden	Belgischer und Luxemburgischer Franc	Spanische Peseta	Dänische Krone	Irishes Pfund	Portugiesischer Escudo	Pfund ²⁾ Sterling	Italienische Lira ²⁾	Griechische Drachme
	Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat										
1982	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1983	95,2	110,2	101,5	106,4	124,1	104,4	108,5	132,2	109,7	106,7	125,3
1984	85,5	113,5	102,4	108,0	125,0	106,1	111,8	157,5	111,9	110,8	144,1
1985	83,0	112,8	102,5	107,3	128,2	105,0	110,7	178,4	112,2	116,7	173,0
1986	112,1	118,1	102,5	109,5	142,9	108,7	118,8	211,0	133,8	123,3	235,5
1987	135,1	123,7	102,4	110,5	151,9	110,9	129,0	239,7	144,3	129,5	274,5
1988	138,3	125,4	102,3	111,3	146,7	111,7	128,8	250,7	135,8	133,0	294,2
1989	129,1	125,4	102,5	111,5	139,3	113,3	129,3	256,0	138,0	131,0	314,8
1990	150,4	124,6	102,4	110,0	139,5	111,6	128,9	269,6	147,6	133,1	357,7
1991	146,6	125,7	102,4	109,5	138,5	112,4	129,0	266,1	145,0	134,2	400,0
1992	155,6	125,3	102,3	109,5	145,1	112,7	129,8	264,1	154,8	141,7	445,2
1993	146,7	126,7	102,1	111,2	170,0	114,3	142,3	296,8	170,9	170,6	504,8
1994 (Feb.)	139,6	125,6	101,9	109,6	179,9	113,7	139,7	308,5	165,1	174,3	525,5

noch Tabelle 1:

Jahr	gegenüber den sonstigen Währungen							gegenüber den am Wechselkursmechanismus des EWS beteiligten Währungen ³⁾	gegenüber den Währungen der EG-Länder	Insgesamt (gegenüber 18 Industrieländern)
	Japanischer Yen	Schweizer Franken	Österreichischer Schilling	Schwedische Krone	Finnmark	Kanadischer Dollar	Norwegische Krone			
Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat										
1982	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1983	90,9	98,5	100,1	116,3	110,0	95,1	107,7	108,6	108,6	103,7
1984	81,5	98,8	100,0	112,5	106,5	89,6	107,9	111,1	111,5	102,3
1985	79,1	99,8	100,0	113,3	106,4	91,9	110,1	111,1	113,0	102,4
1986	75,7	99,1	100,0	127,2	118,1	126,3	128,7	115,4	121,1	111,9
1987	78,5	99,3	100,1	136,5	123,4	145,2	141,2	119,0	126,6	119,0
1988	71,3	99,7	100,1	135,1	120,3	138,1	139,8	119,7	126,5	118,0
1989	71,7	104,1	100,1	132,7	115,1	123,9	138,3	119,5	126,4	116,8
1990	87,4	102,9	100,1	141,7	–	142,3	145,9	118,8	128,1	123,4
1991	79,3	103,5	100,1	141,1	123,1	136,3	147,2	119,1	128,3	121,8
1992	79,3	107,7	100,1	144,2	145,0	152,6	149,8	119,3	131,5	125,4
1993	65,7	107,0	100,1	182,1	174,5	153,5	161,6	122,3	141,4	128,6
1994 (Feb.)	59,7	100,6	100,0	177,9	162,2	151,7	162,4	122,1	141,1	125,6

1) Die Indizes für die Ländergruppen werden als gewogene geometrische Mittel der bilateralen nominalen Außenwerte errechnet.

2) Nimmt seit 17. 09. 1992 vorübergehend nicht am Wechselkursmechanismus des EWS teil.

3) Der gewogene Außenwert wird für den gesamten dargestellten Zeitraum gegenüber den gleichen Währungen ausgewiesen.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Tabelle 2: Nominaler Außenwert der D-Mark gegenüber den Währungen von acht wichtigen Industrieländern¹⁾
– 1982 = 100 –

Zeit	Außenwert
1982	100,0
1983	102,8
1984	100,6
1985	100,4
1986	111,5
1987	120,1
1988	118,6
1989	116,6
1990	125,3
1991	122,8
1992	126,9
1993	128,6
1992 Jan.	124,5
Feb.	123,3
März	123,0
April	123,2
Mai	123,2
Juni	124,2
Juli	127,0
Aug.	128,8
Sept.	130,8
Okt.	133,3
Nov.	130,1
Dez.	131,2
1993 Jan.	130,7
Feb.	130,6
März	130,0
April	130,1
Mai	128,5
Juni	126,4
Juli	125,1
Aug.	126,6
Sept.	129,7
Okt.	129,9
Nov.	127,8
Dez.	127,4
1994 Jan.	126,0
Feb.	125,4

1) USA, Japan, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Spanien und die Niederlande.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

4. Wie haben sich durch die Wechselkursveränderungen die relativen Preise gegenüber
- den EG-Staaten,
 - den übrigen Staaten West-Europas,
 - den USA, einschließlich Kanadas,
 - dem asiatischen Raum, einschließlich Australien und Neuseeland,
 - dem mittel- und südamerikanischen Raum verändert?

Diese Frage zielt offenbar auf die Entwicklung des realen Außenwerts der D-Mark als Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirt-

schaft ab. Im Gegensatz zu nominalen Wechselkursen soll durch die Ermittlung realer Außenwerte der Einfluß unterschiedlicher Preissteigerungsraten in den jeweiligen Ländern auf die Wechselkursentwicklung herausgerechnet werden. Die generelle Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft wird nicht allein von den Preisen her bestimmt. Sie hängt auch von einer Vielzahl anderer, nicht preislicher Faktoren wie Produktqualität, Kundendienst und Kundennähe, Liefertreue, Breite des Angebots etc. ab.

In Tabelle 3 wird der reale Außenwert der D-Mark nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank auf Basis der Verbraucherpreise dargestellt. Danach hat die sich die D-Mark von 1982 bis zum 1. Quartal 1994 gegenüber den Währungen der EG-Länder und der EFTA-Staaten nach teilweise noch geschätzten Daten real um 6,6 % aufgewertet.

Der Wertzuwachs gegenüber dem US-Dollar und dem Kanadischen Dollar war real stärker ausgeprägt (rd. 23 % bzw. rd. 30 %). In die entgegengesetzte Richtung bewegte sich der reale Außenwert gegenüber dem Yen. Von 1982 bis zum 1. Quartal 1994 verlor die D-Mark hier ca. 34 % an Wert.

Tabelle 3: Realer Außenwert der D-Mark*
– 1982 = 100 –

Zeit	gegenüber			
	18 Industrieländern	EG-Ländern	EWS-Ländern ¹⁾	Europa ²⁾
1973	118,9	114,1	109,2	115,6
1974	117,6	114,4	108,9	114,8
1975	112,4	106,9	100,4	107,3
1976	112,7	111,1	101,1	109,7
1977	114,3	112,5	102,8	111,5
1978	115,0	113,1	103,1	111,7
1979	115,3	109,4	101,3	109,4
1980	108,9	101,2	97,5	102,3
1981	98,5	96,7	95,7	97,3
1982	100,0	100,0	100,0	100,0
1983	100,4	103,0	103,9	102,9
1984	95,6	100,7	101,7	100,2
1985	92,9	97,9	98,5	97,7
1986	98,5	101,1	99,8	100,5
1987	102,1	102,5	100,7	101,6
1988	99,3	100,3	100,2	99,3
1989	96,8	98,2	99,4	97,7
1990	99,7	97,0	98,0	96,4
1991	97,3	95,9	98,0	95,3
1992	100,9	98,5	99,1	98,1
1993 ^{ts)}	104,7	107,2	103,2	106,5
1994 1. Q. ^{s)}	103,7	107,9	104,1	106,6

*) Auf Basis der Verbraucherpreise.

1) Am EWS-Wechselkursmechanismus beteiligte Länder (ohne Italien, Großbritannien und Griechenland).

2) EG-Länder plus EFTA-Staaten (Österreich, Schweiz, Norwegen, Schweden und Finnland).

ts) Teilweise geschätzt.

s) Geschätzt.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

noch Tabelle 3:

Zeit	gegenüber:										
	US-\$	FF	hfl	bfr	Ptas	L	Lit	Yen	sfr	S	kan-\$
1973	128,6	106,1	112,9	101,8	130,2	144,6	106,4	131,7	136,1	116,6	111,6
1974	127,1	111,1	109,2	99,6	122,8	143,4	109,8	126,5	128,5	112,3	108,0
1975	129,9	98,8	103,9	92,8	116,6	135,9	104,9	128,4	116,3	107,5	113,2
1976	124,9	102,3	101,4	90,9	117,6	146,1	116,4	119,4	112,8	105,2	103,8
1977	131,9	108,0	99,5	88,6	120,5	146,1	117,4	112,2	120,1	103,3	116,5
1978	145,6	107,8	100,1	88,5	120,6	145,9	119,7	100,2	105,0	104,0	136,4
1979	149,2	104,8	101,5	90,0	104,2	132,9	116,4	115,0	107,7	105,3	146,2
1980	139,9	97,5	100,4	89,4	102,3	109,3	105,2	117,4	110,9	102,0	141,0
1981	108,6	94,6	101,0	90,3	98,2	96,2	99,8	93,0	104,5	100,5	110,2
1982	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1983	95,3	104,0	102,1	102,1	114,3	108,3	96,1	92,2	98,7	100,1	92,8
1984	84,0	101,9	102,1	99,8	106,0	107,8	92,2	82,8	98,6	96,9	85,9
1985	80,3	97,7	102,0	96,5	101,9	104,1	90,7	80,4	98,3	95,8	86,4
1986	106,3	99,6	101,8	97,0	104,3	119,7	90,5	76,3	96,7	94,1	113,8
1987	124,0	101,2	102,6	96,7	105,7	124,3	91,0	79,3	95,7	93,1	125,8
1988	123,6	101,2	103,1	97,5	98,6	113,0	90,0	72,4	95,6	92,4	116,5
1989	113,1	100,5	105,1	97,4	90,0	109,4	85,8	73,1	99,5	92,7	102,3
1990	128,3	99,2	105,2	95,3	86,8	109,9	84,1	88,9	95,7	92,3	115,1
1991	124,2	100,3	104,7	95,2	84,1	105,4	82,6	80,7	94,1	92,3	108,0
1992	133,0	101,6	105,0	96,6	86,5	112,9	86,2	82,6	97,9	92,3	123,9
1993 ^{ts)}	126,8	104,7	106,8	99,4	100,9	127,7	103,4	70,4	98,0	92,7	127,4
1994 1. Q. ^{s)}	122,5	105,2	107,7	98,9	106,3	125,2	106,0	66,5	93,7	92,9	129,7

Reale Außenwerte gegenüber anderen Währungen aus dem asiatischen oder dem mittel- und südamerikanischen Raum werden nicht ermittelt, da in der Vergangenheit Länder dieser Regionen noch eine vergleichsweise geringe Rolle im deutschen Außenhandel gespielt haben. Allerdings haben diese Wachstumsregionen in jüngster Zeit verstärktes Interesse deutscher Exporteure gefunden.

Die Angaben zur Entwicklung des realen Außenwerts der D-Mark sind mit Vorsicht zu interpretieren, denn sie hängen entscheidend von der Wahl des Basisjahres ab. Im Grunde ist die Wahl eines jeden Basisjahres willkürlich. Diese Problematik wird durch die Entwicklung des realen Außenwerts der D-Mark gegenüber den Währungen der 18 wichtigsten Handelspartner verdeutlicht. Auf Basis 1982 ergibt sich eine reale Aufwertung der D-Mark bis zum 1. Quartal 1994 von 3,7 %. Wählt man statt dessen als Basis das Jahr 1980, zeigt sich dagegen eine Abwertung von knapp 5 %.

Soweit in der Vergangenheit Aufwertungen der D-Mark festzustellen sind, wäre die Antwort hierauf keinesfalls eine Abwertungsstrategie. Vielmehr muß eine Lösung durch interne Anpassungsanstrengungen erreicht werden, wie sie u. a. auch durch die Maßnahmen der Bundesregierung im Zuge des Berichts zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland und des Aktionsprogramms für mehr Wachstum und Beschäftigung umgesetzt oder eingeleitet worden sind.

5. Wie haben sich Wechselkursänderungen auf Dritt- märkten ausgewirkt, etwa wenn deutsche Waren mit Waren der übrigen neun größten Industriestaaten miteinander konkurrieren?

Wechselkursveränderungen beeinflussen die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft auf dem Markt des von der Kursschwankung unmittelbar betroffenen Handelspartners sowie auf Dritt- märkten, auf denen deutsche Exporteure mit Anbietern des unmittelbar betroffenen Landes konkurrieren. Die Bundesbank berücksichtigt dies bereits bei ihrer Berechnung des gewogenen Außenwerts der D-Mark. Dabei werden die Meßziffern des Außenwerts der D-Mark gegenüber den einzelnen Währungen mit sogenannten erweiterten Exportgewichten, die als durchschnittlicher Marktanteil des betreffenden Landes auf den Exportmärkten der Bundesrepublik Deutschland definiert sind, versehen und zu einem Index zusammengeführt (vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1989, S. 44 ff.).

Besondere statistische Angaben über Effekte auf Dritt- märkten liegen darüber hinaus nicht vor.

III. Forschung, Entwicklung, Innovation

Vorbemerkung zu Methodik und statistischen Daten- basis

Die Fragen 7, 9 und 10 nehmen implizit auf eine Grup- pierung der Wirtschaftszweige nach Erhebungen der OECD aus dem Jahre 1980 Bezug, wobei nach der Forschungs- und Entwicklungsintensität, gemessen als Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendun- gen am Produktionswert, „high tech“- , „medium tech“- und „low tech“-Bereiche unterschieden wer- den. Entsprechende Berechnungen der OECD sind zur Beantwortung der Frage 10 in aktualisierter Form zugrunde gelegt worden. (Weitere Angaben zur Wett-

bewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich sind in folgender OECD-Veröffentlichung enthalten: Industrial Policy in OECD Countries, Annual Review 1993.)

Das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (NIW) entwickelte 1983 darüber hinaus eine Systematik zur Abgrenzung forschungs- und entwicklungsintensiver Gütergruppen, die 1990 vom Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) aktualisiert worden ist. Dieser Ansatz verwendet statt der bezüglich Technologien weniger trennscharfen Wirtschaftszweigesystematik eine Produktgruppensystematik, nach der die Waren des Verarbeitenden Gewerbes entsprechend ihrer Forschungs- und Entwicklungsintensität drei Gruppen zugeordnet werden:

Zur Spitzentechnik werden diejenigen Produktgruppen gerechnet, deren FuE-Intensität 8,5 % übersteigt. Der Bereich der höherwertigen Technik umfaßt diejenigen Produktgruppen, deren FuE-Intensität zwischen 3,5 und 8,5 % liegt. Die verbleibenden verarbeiteten Industriewaren, deren FuE-Intensität kleiner als 3,5 % ist, repräsentieren den nicht FuE-intensiven Sektor der Industrie (NFE-intensive Waren).

Diese Klassifizierung entspricht dem von der Bundesregierung verwendeten System im Rahmen des „Berichts zur technologischen Wettbewerbsfähigkeit“. Aufgrund ihrer höheren Aktualität und besseren analytischen Trennschärfe wurden entsprechende Berechnungen auch bei der Beantwortung der Fragen 7 und 9 zugrunde gelegt. Die Vor- und Nachteile einer gütergruppenorientierten Systematik zur Identifizierung technologieintensiver Produkte bzw. Industrien werden mittlerweile auch in der OECD diskutiert. Wegen unterschiedlicher Abgrenzungen und Systematiken sind die der Beantwortung der Fragen 7 und 9 einerseits sowie der Beantwortung der Frage 10 andererseits zugrunde gelegten Daten nicht vergleichbar.

Die vom NIW verwendete Liste technologieintensiver Güter beruht auf den Gruppierungsmerkmalen der dritten Revision des Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC III), das von den Statistischen Ämtern beginnend mit dem Berichtsjahr 1988 angewendet werden sollte. Sie ist nicht kompatibel mit der auf der Grundlage des bis 1987 gültigen SITC II erstellten und für die Vorjahre verwendeten Liste FuE-intensiver Waren, da mit dieser Umstellung auch eine Umgruppierung einzelner Industriewaren erfolgte. Eine durchgängige Zeitreihe von 1982 bis 1991 steht damit nicht zur Verfügung; Angaben liegen nur für die Jahre 1989 bis 1991 vor. Die Werte für Deutschland beziehen sich 1991 erstmals auf den neuen Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990 und sind von daher nur sehr bedingt vergleichbar mit den Vorjahreszahlen.

6. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß Deutschland bei Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Vergleich zu den USA und Japan gemessen am Bruttosozialprodukt deutlich zurückgefallen ist?

Wie sehen die neuesten Zahlen im Vergleich zu den zehn größten Industrieländern aus, und wie

sind die Finanzierungsquoten der öffentlichen Hand und der privaten Wirtschaft?

Wie haben sich die Relationen seit 1982 entwickelt?

Die Entwicklung der Anteile der Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) am Bruttoinlandsprodukt (BIP) für die zehn größten Industriestaaten in den Jahren seit 1981 (ungerade Jahre sind Erhebungsjahre der OECD, die Angaben für 1982 beruhen u. a. für die Bundesrepublik Deutschland auf einer Schätzung) ist in Tabelle 4 dargestellt. Tabelle 5 weist die prozentualen Anteile von Staat und Wirtschaft an der Finanzierung der Bruttoinlandsausgaben für diese Staaten ebenfalls seit 1981 aus.

Die Daten entstammen Erhebungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Sie basieren auf dem für internationale Vergleiche herangezogenen Inlandskonzept, d. h. sie beziehen sich jeweils auf die im Inland durchgeführte FuE bzw. auf die im Inland erbrachte wirtschaftliche Leistung (BIP). Das im allgemeinen gegebene Maß an Vergleichbarkeit ist im Falle Japans eingeschränkt, weil dort im Gegensatz zur Praxis in den übrigen Ländern Personen, die nur zeitweise Forschungs- und Entwicklungsaufgaben wahrnehmen, dem FuE-Personal voll zugerechnet werden. Dadurch werden die Personalausgaben – insbesondere im Hochschulsektor – überhöht einbezogen. Die Bruttoinlandsausgaben für FuE in Japan sind somit überzeichnet; der entsprechende Finanzierungsanteil des Staates ist über-, der der Wirtschaft unterschätzt.

Die USA, Japan und die Bundesrepublik Deutschland bilden seit Anfang der achtziger Jahre bezüglich des Anteils der Bruttoinlandsausgaben für FuE am BIP die Spitzengruppe der Industrieländer (Tabelle 4). Die in der ersten Hälfte der achtziger Jahre bei allen großen Industriestaaten – mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs – deutlich positive Entwicklung dieser Kennzahl ist inzwischen bei den meisten Staaten zum Stillstand gekommen oder hat sich umgekehrt. Nur Italien und Kanada weisen noch positive Steigerungen des Anteils der Bruttoinlandsausgaben für FuE am BIP auf. In der Bundesrepublik Deutschland setzte die rückläufige Entwicklung dieses Indikators etwa 1989, in den USA bereits 1985 ein. Japan konnte den Anteil seiner Bruttoinlandsausgaben für FuE am BIP bis zum Jahre 1990 steigern, 1991 ist jedoch auch hier ein Rückgang eingetreten.

Die Darstellung der Finanzierungsanteile an den Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung (Tabelle 5) zeigt, daß in der Bundesrepublik Deutschland und in Japan die Wirtschaft den weitaus größten Teil dieser Ausgaben trägt und daß in fast allen betrachteten Ländern – besonders aber in Japan – dieser im Verlauf der achtziger Jahre noch zugenommen hat. Der Finanzierungsanteil des Staates ist in diesem Zeitraum hingegen in allen Ländern mehr oder weniger stark zurückgegangen.

In der Bundesrepublik Deutschland lagen seit Beginn der achtziger Jahre aufgrund des hohen Niveaus und der Dynamik des von der Wirtschaft finanzierten An-

Tabelle 4: Bruttoinlandsangaben für Forschung und Entwicklung (FuE)

– Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in % –

	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992 ¹⁾
Deutschland ²⁾	2,43	2,52	2,52	2,51	2,72	2,73	2,88	2,86	2,87	2,76	2,66	2,58
USA ³⁾	2,43	2,59	2,68	2,74	2,89	2,87	2,84	2,81	2,76	2,73	2,75	2,74
Japan ⁴⁾	2,32	2,41	2,55	2,63	2,77	2,75	2,82	2,86	2,98	3,08	3,05	–
Frankreich	1,97	2,06	2,11	2,21	2,25	2,23	2,27	2,28	2,33	2,42	2,42	2,36
Italien	0,87	0,90	0,95	1,01	1,13	1,13	1,19	1,22	1,24	1,30	1,32	1,38
Vereinigtes Königreich	2,37	–	2,20	–	2,27	2,29	2,22	2,18	2,20	2,19	2,08	–
Kanada	1,23	1,38	1,35	1,38	1,43	1,47	1,42	1,37	1,36	1,46	1,50	1,51
Spanien	0,43	0,49	0,48	0,49	0,55	0,61	0,64	0,72	0,75	0,85	0,87	0,86
Australien	1,00	–	–	1,11	–	1,27	1,24	1,26	–	1,34	–	–
Niederlande ⁵⁾	1,84	1,93	1,97	1,92	2,04	2,17	2,28	2,22	2,12	2,02	1,91	–

- 1) Überwiegend vorläufige Daten der OECD, die zum Teil auf nationalen Schätzungen, zum Teil auf Schätzungen der OECD basieren.
 - 2) 1987 und 1991 Zeitreihenbrüche; gerade Jahre und ab 1991 geschätzt; bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.
 - 3) Überwiegend ohne Investitionsausgaben, Angaben ab 1991 geschätzt.
 - 4) Überschätzt (wegen fehlender Berücksichtigung von Vollzeitäquivalenten beim FuE-Personal werden Personalausgaben überhöht einbezogen).
 - 5) Zeitreihenbruch 1982.
- Quelle: OECD (Stand November 1993).

Tabelle 5: Finanzierung der Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE)

– Anteil in % –

	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992 ¹⁾
– Wirtschaft –												
Deutschland ²⁾	57,9	57,7	59,7	60,5	61,8	63,1	63,6	63,7	63,3	62,4	60,5	59,9
USA ³⁾	48,8	49,8	49,8	50,6	50,0	50,2	49,0	49,2	50,2	50,6	50,7	50,4
Japan ⁴⁾	62,3	63,7	65,2	66,9	68,9	68,7	68,5	70,5	72,3	73,1	72,7	–
Frankreich	40,9	41,6	42,0	41,1	41,4	41,2	41,8	43,3	43,9	43,5	42,5	–
Italien	50,1	48,5	45,1	43,5	44,6	40,3	41,7	43,9	46,4	43,7	47,8	46,8
Vereinigtes Königreich ⁵⁾	42,0	–	43,1	–	46,6	47,9	49,5	52,1	51,3	50,0	50,2	–
Kanada	41,3	38,4	35,0	35,7	40,4	41,8	41,4	41,4	41,8	41,9	41,3	41,1
Spanien	42,8	45,8	46,0	48,9	47,2	49,3	46,8	47,5	47,8	47,4	–	–
Australien	20,2	–	–	28,0	–	37,5	39,6	41,7	–	40,3	–	–
Niederlande ⁵⁾	46,3	44,9	46,4	48,3	51,7	52,3	51,8	53,4	53,5	51,1	51,2	–
– Staat –												
Deutschland ²⁾	40,7	40,8	38,8	37,9	36,7	35,3	34,7	34,2	34,1	34,7	36,5	37,0
USA ³⁾	49,3	48,4	48,4	47,7	48,3	48,1	49,1	48,8	47,6	47,1	46,8	47,0
Japan ⁴⁾	26,9	25,5	24,0	22,5	21,0	21,3	21,5	19,9	18,6	18,0	18,2	–
Frankreich	53,4	54,0	53,8	53,7	52,9	52,5	51,7	49,9	48,1	48,3	48,8	–
Italien	47,2	48,5	52,4	52,9	51,7	55,3	54,0	51,8	49,5	51,5	46,6	47,8
Vereinigtes Königreich ⁵⁾	48,1	–	49,0	–	42,8	40,4	38,8	35,8	35,7	35,2	34,2	–
Kanada	50,0	51,5	52,2	51,4	47,6	46,3	44,6	43,7	44,3	43,8	44,0	44,2
Spanien	56,0	52,8	52,8	50,3	47,7	48,2	50,6	48,8	46,8	45,1	–	–
Australien	72,8	–	–	68,5	–	59,2	56,6	54,2	–	54,9	–	–
Niederlande ⁵⁾	47,2	48,5	47,2	46,8	44,2	44,0	44,3	42,7	41,8	45,1	44,9	–

- 1) Überwiegend vorläufige Daten der OECD, die zum Teil auf nationalen Schätzungen, zum Teil auf Schätzungen der OECD basieren.
 - 2) 1987 und 1991 Zeitreihenbrüche; gerade Jahre und ab 1991 geschätzt; bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.
 - 3) Überwiegend ohne Investitionsausgaben. Angaben ab 1991 geschätzt.
 - 4) Aufgrund fehlender Berücksichtigung von Vollzeitäquivalenten beim FuE-Personal (insbesondere im Hochschulsektor) ist der Wirtschaftsanteil unterschätzt und der Anteil des Staates überschätzt.
 - 5) Zeitreihenbrüche: Vereinigtes Königreich 1985 und Niederlande 1992.
- Quelle: OECD (Stand November 1993).

insgesamt auf hohem Niveau noch weiter steigern konnte, sind die Ausfuhr-Einfuhr-Relationen Deutschlands, das nach wie vor zweitgrößter Anbieter verarbeiteter Industriewaren auf dem Weltmarkt ist, kleiner geworden. Dabei sind Rückgänge in allen drei Warengruppen (Spitzentechnik, Höherwertige Technik, NFE-intensive Waren) zu verzeichnen. Die für 1991 ausgewiesene Exportsteigerung Japans resultiert aus gestiegenen Exportanteilen in allen drei Warengruppen; allerdings konnte dort in den Bereichen der Spitzentechnik und der höherwertigen Technik die hohe Relation des Jahres 1989 noch nicht wieder erreicht werden. Die USA verzeichnen zwar insgesamt einen kontinuierlichen Anstieg, liegen jedoch als Nettoimporteur im Vergleich der Relationen noch deutlich hinter Deutschland zurück. Der Anstieg in den USA resultiert zudem vor allem aus dem NFE-intensiven Warenbereich. Neben Japan und Deutschland konnten für 1991 Italien und die Niederlande eine positive Handelsbilanz ausweisen. Alle anderen großen Industrieländer sind Nettoimporteure.

Die Entwicklung in Deutschland erklärt sich nicht zuletzt aus der Sonderkonjunktur der deutschen Wirtschaft, die bis 1992 andauerte, obwohl die weltweite Wachstumsschwäche schon 1990 einsetzte. Zudem sind die Exporte FuE-intensiver Waren der deutschen Wirtschaft sehr stark auf Investitionsgüter höherwertiger Technik konzentriert; deren Hersteller leiden besonders unter konjunkturellen Schwächeperioden in wichtigen Abnehmerländern, die sich üblicherweise vor allem bei der Investitionsgüternachfrage niederschlagen. Aufgrund der deutschen Wiedervereinigung hat sich außerdem der große Nachholbedarf in den neuen Ländern nach hochwertigen Erzeugnissen (z. B. Automobile, Telekommunikationsgüter, Unterhaltungselektronik, Computer) auf die Ausfuhr-Einfuhr-Relationen bei Industriewaren ausgewirkt. Allerdings zeigen sich auch negative strukturelle Einflüsse: Deutsche Unternehmen sind noch zu wenig auf neuen, wachstumsstarken Zukunftsmärkten präsent und sie konzentrieren sich vielfach zu lange auf ihre traditionellen Stärken.

8. Wie haben sich die Patentanmeldungen in den zehn größten Industrieländern, aufgeschlüsselt nach deutschen Erfindern, die im Ausland anmelden, Ausländern, die in Deutschland anmelden und differenziert nach Mehrfachanmeldungen seit 1982 entwickelt?

Welche Differenzierungen ergeben sich bei einem Vergleich der Anmeldungen beim Europäischen Patentamt und dem Deutschen Patentamt?

Der Beantwortung dieser Fragen liegen patentstatistische Daten für den Zeitraum 1982 bis 1991 zugrunde.

Vergleichbare Zahlen aus jüngerer Zeit stehen noch nicht zur Verfügung.

Während des Beobachtungszeitraums haben die Patentaktivitäten deutscher Herkunft in den zehn größten Industrieländern, in absoluten Zahlen gemessen, zugenommen. Der prozentuale Anteil deutscher Anmeldungen an der in allen Ländern erheblich gestiegenen Gesamtzahl der Anmeldungen ist allerdings rückläufig bzw. stagnierend (siehe Tabelle 7). So sind z. B. die Patentanmeldungen deutscher Herkunft in den USA von 10 002 im Jahre 1982 auf 13 510 im Jahre 1991 angestiegen, während ihr Anteil bei einem Gesamtanstieg der Anmeldungen in den USA von 109 625 auf 176 319 von 9,1 % auf 7,7 % zurückging.

Tabelle 8 zeigt die Zahl der Patentanmeldungen aus den wichtigsten Industrieländern einschließlich aus Deutschland selbst mit Wirkung in Deutschland. Es handelt sich dabei um Anmeldungen, die beim Deutschen Patentamt eingereicht wurden und um Anmeldungen beim Europäischen Patentamt, in denen Deutschland als Vertragsstaat zur Anmeldung des Patents benannt wurde.

Es zeigt sich, daß die absolute Zahl der Inlandsanmeldungen von 1982 (30 668) bis 1991 (32 321) leicht gestiegen ist. Allerdings ist hier wie bei den Anmeldungen deutscher Patente im Ausland zu beobachten, daß der prozentuale Anteil seit 1982 (46,1 %) gesunken ist, und zwar auf 32,9 % im Jahre 1991. Dies beruht darauf, daß die Zahl der Auslandsanmeldungen mit Wirkung für Deutschland erheblich gestiegen ist. Bei vielen Staaten (USA, Japan, Frankreich, Großbritannien, Spanien, Niederlande) hat sich die Zahl verdoppelt oder nahezu verdoppelt; bei Kanada und Australien ist die Steigerungsrate noch höher.

Diese Entwicklung der Patentanmeldungen mit Wirkung für Deutschland ist wesentlich auf die steigende Nutzung des europäischen Patenterteilungsverfahrens zurückzuführen, das 1978 eingeführt wurde und die Mehrfachbenennung von Vertragsstaaten erheblich erleichtert. Denn statt einer gesonderten nationalen Anmeldung ist nur die (zusätzliche) Benennung Deutschlands in der europäischen Anmeldung erforderlich. Deutschland wird bei nahezu allen (1992 = 96,57 %) europäischen Anmeldungen benannt.

Sowohl bei den Patentanmeldungen deutscher Erfinder im Ausland als auch bei den Patentanmeldungen der Ausländer in Deutschland handelt es sich in aller Regel bereits um Mehrfachanmeldungen, nämlich mindestens um zwei Anmeldungen (Ursprungsland und Drittland).

Tabelle 7: Patentanmeldungen deutscher Herkunft in den wichtigsten Industrieländern

Zielland		Jahr									
		1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
USA	Anzahl	10 002	8 901	9 755	11 300	10 648	11 878	12 493	13 245	13 748	13 510
	Anteil in %	9,1	8,6	8,8	9,7	8,7	8,9	8,5	8,2	7,8	7,7
Japan	Anzahl	5 669	5 285	5 616	6 483	6 565	6 564	7 246	7 436	7 780	7 349
	Anteil in %	2,4	2,1	2,0	2,1	2,0	1,9	2,1	2,1	2,1	1,9
Frankreich	Anzahl	8 768	8 586	9 783	10 016	9 904	10 297	12 592	13 471	14 222	12 099
	Anteil in %	19,9	18,9	20,0	18,3	17,3	17,0	19,1	18,7	18,1	16,0
Italien	Anzahl	5 185	5 334	6 647	7 000	7 274	7 721	10 171	11 197	12 158	10 327
	Anteil in %	27,5	25,7	27,4	24,6	21,9	21,1	23,9	23,3	22,3	19,8
Vereinigtes Königreich	Anzahl	8 146	8 028	9 148	9 624	9 473	9 802	12 179	13 075	13 833	11 720
	Anteil in %	13,9	13,6	14,9	14,2	13,4	23,4	15,1	15,2	14,9	12,9
Kanada	Anzahl	2 209	1 886	2 208	2 270	2 287	2 400	2 570	2 744	3 288	3 176
	Anteil in %	8,7	7,3	8,3	8,2	8,2	8,2	8,1	7,8	8,7	8,3
Spanien	Anzahl	1 603	1 408	1 531	1 678	2 575	5 128	5 999	7 095	9 274	8 156
	Anteil in %	15,7	14,3	14,3	14,8	17,9	22,0	22,9	23,2	19,0	16,7
Australien	Anzahl	951	871	959	1 327	1 273	1 330	1 437	1 506	1 706	1 492
	Anteil in %	5,9	5,3	5,5	6,8	6,7	6,5	6,6	6,5	6,6	5,6
Niederlande	Anzahl	4 869	4 984	5 977	6 421	6 225	6 639	8 586	9 237	9 955	8 528
	Anteil in %	23,1	22,4	23,9	21,2	14,1	18,8	21,2	20,2	19,3	17,2

Quelle: Deutsches Patentamt.

Tabelle 8: Patentanmeldungen aus den wichtigsten Industrieländern mit Wirkung in der Bundesrepublik Deutschland

Herkunftsland		Jahr									
		1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Deutschland	Anzahl	30 668	31 658	31 984	32 215	32 180	31 615	31 932	31 199	31 307	32 321
	Anteil in %	46,1	46,3	45,7	42,6	41,6	40,0	37,5	34,5	32,0	32,9
USA	Anzahl	10 357	11 319	11 753	13 477	11 687	11 788	16 310	18 693	21 544	22 153
	Anteil in %	15,6	16,6	16,8	17,8	15,1	14,9	19,2	20,7	22,0	22,6
Japan	Anzahl	8 869	8 212	9 044	10 424	9 822	10 228	12 819	14 454	16 387	16 015
	Anteil in %	13,3	12,0	12,9	13,8	12,7	12,9	15,1	16,0	16,8	16,3
Frankreich	Anzahl	3 338	3 565	3 460	3 739	3 718	3 764	4 713	5 115	5 561	5 270
	Anteil in %	5,0	5,2	4,9	4,9	4,8	4,8	5,5	5,7	5,7	5,4
Italien	Anzahl	1 601	1 451	1 599	1 629	1 720	1 890	2 320	2 309	2 564	2 433
	Anteil in %	2,4	2,1	2,3	2,2	2,2	2,4	2,7	2,6	2,6	2,5
Vereinigtes Königreich	Anzahl	2 886	2 760	2 857	3 298	2 938	3 187	4 114	4 778	5 325	5 155
	Anteil in %	4,3	4,0	4,1	4,4	3,8	4,0	4,8	5,3	5,4	5,3
Kanada	Anzahl	320	390	370	387	405	450	519	518	863	890
	Anteil in %	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,9	0,9
Spanien	Anzahl	151	143	166	170	182	212	258	270	383	396
	Anteil in %	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4
Australien	Anzahl	156	227	201	489	215	252	757	836	917	960
	Anteil in %	0,2	0,3	0,3	0,6	0,3	0,3	0,9	0,9	0,9	1,0
Niederlande	Anzahl	1 231	1 250	1 345	1 371	1 382	1 473	1 790	1 936	2 190	2 228
	Anteil in %	1,8	1,8	1,9	1,8	1,9	1,9	2,1	2,1	2,2	2,3
Insgesamt	Anzahl	66 586	68 367	69 916	75 693	77 413	79 116	85 058	90 361	97 766	98 104
	Anteil in %	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Deutsches Patentamt.

9. Wie haben sich die Weltmarktanteile der zehn größten Industrieländer in den Schlüsseltechnologien (Informations- und Kommunikationstechnologien, Optoelektronik, neue Werkstoffe, Biotechnologie, Umwelt) seit 1982 entwickelt?

Tabelle 9 gibt einen Überblick über die Welthandelsanteile (definiert als der Anteil der Exporte eines Landes an den Weltexporten) der zehn wichtigsten Industrieländer für die Bereiche Informations- und Kommunikationstechnologien, den Biotechnologiesubstitutionssektor und Umweltschutztechnologien in den Jahren 1989, 1990 und 1991. Zur Welthandelsposition bei Optoelektronik und insbesondere bei neuen Werkstoffen, die in einer Vielzahl von Produkten eine Rolle spielen, können mangels vergleichbarer Daten keine Welthandelsanteile ausgewiesen werden. Bei einer Interpretation von Welthandelsanteilen ist im übrigen zu beachten, daß längerfristig der Rückgang der Anteile der traditionellen Industrieländer an einem kräftig wachsenden Weltmarkt nicht unbedingt ein Zeichen von Wettbewerbsschwäche sein muß, sondern ein entwicklungspolitisch positiv zu beurteilender Indikator für den Abbau von Entwicklungsrückständen früher wenig bzw. nicht industrialisierter Länder sein kann.

Deutschland hat im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien mit deutlichem Abstand zu Japan und den USA eine bekannterweise schwache Wettbewerbsposition mit einem Welthandelsanteil in 1991 von knapp 10 % (Japan 33 %, USA 21 %). Seit Ende der achtziger Jahre hat sich die Position geringfügig verbessert; innerhalb dieses Sektors fiel 1991 die Bilanz bei Telekommunikation und Halbleiterbauelementen günstiger aus, bei EDV-Anlagen, Büromaschinen und Fernsehempfangsgeräten hingegen schlechter. Im Biotechnologiesubstitutionssektor (das sind diejenigen Bereiche, die in den nächsten Jahren besonders hohem Substitutionsdruck durch die moderne Biotechnologie ausgesetzt sind) (Näheres siehe Erläuterungen zu Tabelle 9) zeigt sich eine gleichbleibende Stärke Deutschlands mit dem weltweit größten Handelsanteil von 20,2 % im Jahr 1991. Handelsanteile lassen sich nicht für die Gentechnologie ermitteln, bei der nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Verlagerung von Entwicklungs- und Produktionsstätten ins Ausland erhebliche Defizite zu verzeichnen sind. Werden die Herausforderungen der modernen Biotechnologie von der deutschen Wirtschaft stärker als bisher angenommen, ergeben sich hieraus sehr gute Bedingungen für eine auch in Zukunft führende Position Deutschlands auf den Weltmärkten; anderenfalls wäre die Wettbewerbsfähigkeit bisher äußerst erfolgreicher Produktbereiche gefährdet und die technologische Wettbewerbsposition insgesamt könnte leiden.

Im Bereich der Umweltschutztechnologien besitzt Deutschland ebenfalls einen herausragenden Weltmarktanteil, wenn auch mit leicht sinkender Tendenz von 21,1 % im Jahr 1989 auf 20,5 % im Jahr 1991. Die USA konnten ihren Welthandelsanteil von 16,1 % im Jahr 1989 auf zuletzt 17,1 % im Jahr 1991 leicht steigern. Japan weist auf diesem Markt mit einem Welthandelsanteil von 13 % noch eine deutlich schwächere Position auf.

10. Welche Exportanteile weisen die Branchen des verarbeitenden Gewerbes in den zehn größten Industrieländern auf, welche Exportanteile weisen die Industrien der Spitzentechnologien, der mittleren und der geringerwertigeren Technologien seit 1982 auf?

Die Exportanteile wichtiger Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in den Jahren 1982 und 1990 sind in Tabelle 10, die Exportanteile der Industrien mit hoher, mittlerer und geringer Technologie in Tabelle 11 aufgeführt. Für die Jahre nach 1990 liegen noch keine international vergleichbaren Daten vor.

Aus den Tabellen wird deutlich, daß die deutsche Industrie verglichen mit den USA und Japan einen wesentlich höheren Anteil ihrer Produktion im Ausland absetzt, wobei der größte Teil der deutschen Exporte von den europäischen Partner- und Nachbarstaaten aufgenommen wird. Die Exportanteile haben in den achtziger Jahren weiter zugenommen. Während im Jahr 1990 aus Deutschland 30,4 % der Gesamtproduktion des Verarbeitenden Gewerbes exportiert wurde, lag der Exportanteil in den USA und in Japan lediglich bei 11,0 %. Dies ist einerseits ein Anzeichen für die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie. Andererseits ist sie damit wesentlich abhängiger von weltwirtschaftlichen Entwicklungen als ihre japanischen und amerikanischen Wettbewerber. Von daher stellt sich die Aufgabe der Sicherung der hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft besonders dringlich. Dies gilt auch für die Hochtechnologiebereiche.

IV. Umwelt

11. Wie hoch ist die jährliche Schadstoffbelastung (CO₂, SO₂, NO_x) differenziert nach pro Kopf der Bevölkerung und pro 1000 US-\$ Bruttosozialprodukt in den zehn größten Industrieländern? Wie hat sie sich seit 1982 entwickelt?

Die verfügbaren Daten sind in den Tabellen 12, 13 und 14 zusammengestellt. Eine Angabe der Emissionsdaten in bezug auf das Bruttosozialprodukt in US-Dollar war nur für die Jahre 1990 und 1991 und auch nur für ausgewählte Länder möglich.

Generell ist beim internationalen Vergleich Deutschlands für den Zeitraum bis 1. Oktober 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und für die Zeit danach zwischen den alten Bundesländern und den neuen Bundesländern zu differenzieren.

Aus Tabelle 12 wird ersichtlich, daß zwischen den untersuchten Industrieländern hinsichtlich der Höhe der energiebedingten CO₂-Emissionen pro Kopf sehr große Unterschiede bestehen. Dabei sind im allgemeinen im angegebenen Zeitraum in den einzelnen Ländern keine bemerkenswerten Veränderungen erfolgt. In Gesamtdeutschland sanken nach neuesten Berechnungen die CO₂-Emissionen pro Einwohner bis 1993 auf 11,0 t.

Tabelle 9: Welthandelsanteile der zehn wichtigsten Industrieländer bei ausgewählten Industrien*)

Land	Informations- und Kommunikationstechnologien			Biotechnologiesubstitutionssektor			Umweltschutztechnologien		
	1989	1990	1991	1989	1990	1991	1989	1990	1991
Deutschland	7,2	9,9	9,7	20,0	20,2	20,2	21,1	21,4	20,5
USA	21,7	21,4	21,4	16,8	16,1	16,4	16,1	16,0	17,1
Japan	34,4	31,7	33,1	7,6	7,0	7,6	13,1	11,4	12,7
Frankreich	5,3	5,8	5,8	8,3	8,5	8,5	7,5	8,1	7,9
Italien	3,7	3,7	3,5	4,4	4,1	4,0	9,7	9,9	9,8
Vereinigtes Königreich	8,6	9,1	9,0	9,8	10,1	10,0	8,7	8,0	7,6
Kanada	2,3	2,4	2,6	0,6	0,8	0,8	2,1	2,0	1,9
Spanien	0,7	0,8	1,0	2,0	2,1	2,2	1,8	2,0	2,1
Australien	0,1	0,2	0,2	0,6	0,5	0,5	0,3	0,3	0,4
Niederlande	4,1	4,8	4,6	7,7	7,5	7,0	3,6	3,9	4,5

*) Der Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologien umfaßt die Produktgruppen Büromaschinen (SITC 751), EDV-Anlagen (SITC 752), entsprechendes Zubehör (SITC 759), Video (SITC 761), Funk- (SITC 762) und Audiogeräte (SITC 763) sowie Telekommunikation (SITC 764) und Halbleiterbauelemente (SITC 776). Der Biotechnologiesubstitutionssektor, d. h. diejenigen Produktbereiche, die zukünftig in besonderem Ausmaß in Konkurrenz mit Erzeugnissen der modernen Biotechnologie stehen, umfaßt die Bereiche neuere organische Chemikalien (SITC 516), Pharmakologische Werkstoffe (SITC 541), Pflanzenschutz (SITC 591), Heterozyklische Chemie (SITC 515), Pigmente (SITC 533) sowie Geruchsstoffe (SITC 551). Der Sektor der modernen Biotechnologie ist statistisch nicht abgrenzbar. Zur Abgrenzung des in der Statistik nicht ausgewiesenen Sektors der Umweltschutztechnologien wurde auf eine Liste von Umweltschutzgütern zurückgegriffen, die das Statistische Bundesamt für interne Abschätzungen zur Verfügung gestellt hat. Diese Liste, die im Original auf der Nomenklatur des deutschen Güterverzeichnis für die Produktionsstatistik basiert, wurde für internationale Vergleiche vom NIW auf fünfstellige Güterarten des Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC III) umgeschlüsselt.

Die in der Anfrage zusätzlich angesprochenen Schlüsseltechnologien Optoelektronik und Neue Werkstoffe lassen sich anhand der hier verwendeten Systematik nicht abgrenzen. Die hier verwendete Systematik erlaubt ebenfalls nicht die Abbildung der Position einzelner Länder bei modernen Biotechnologien, sondern vielmehr bei denjenigen Produktgruppen, die besonderem Substitutionsdruck seitens moderner Biotechnologien ausgesetzt sind.

Quelle: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (NIW).

Tabelle 10: Exportanteile wichtiger Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in den zehn größten Industrieländern*)

– Export in v. H. der Produktion –

	Deutschland		USA		Japan		Frankreich		Italien		Vereinigtes Königreich		Kanada		Australien		Niederlande	
	1982	1990	1982	1990	1982	1990	1982	1990	1982	1990	1982	1990	1982	1990	1982	1990	1982	1990
Verarbeitendes Gewerbe	28,7	30,4	8,6	11,0	13,4	11,7	23,7	28,5	24,4	22,9	23,1	27,4	31,4	34,4	13,6	13,5	60,5	67,4
Nahrungsmittelgewerbe, Getränkeherstellung,																		
Tabakgewerbe	10,6	11,1	4,0	5,4	1,1	0,6	15,5	20,0	8,9	9,9	8,7	10,5	12,1	12,2	25,4	22,0	43,9	50,1
Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe	29,8	39,6	5,4	7,5	10,0	5,7	22,9	32,7	27,7	29,6	22,2	29,0	7,1	6,6	11,5	18,8	75,3	–
Bearbeitung von Holz und Herstellung von Holzwaren (einschl. Möbelherstellung)	12,2	14,9	3,3	4,3	0,7	0,7	9,4	13,3	14,5	16,0	5,0	5,3	40,5	39,1	4,9	0,7	25,1	44,8
Herstellung von Papier und Papierwaren, Druck und Verlag	18,7	22,0	3,4	4,3	1,7	1,5	9,6	12,3	8,0	8,3	7,7	10,0	40,3	39,5	1,5	2,2	21,1	27,8
Herstellung von Chemikalien, chemischen Erdöl-, Kohle-, Gummi- und Kunststoff- erzeugnissen	24,4	28,6	7,0	9,7	6,7	8,1	24,6	31,4	36,2	19,9	25,7	27,8	19,3	26,7	15,7	12,9	84,5	82,0
Herstellung von Chemikalien	40,0	44,7	14,1	16,8	14,8	15,2	38,6	55,0	36,5	–	36,1	42,9	34,4	–	6,6	–	91,9	–
Herstellung von pharma- zeutischen Erzeugnissen	28,3	29,5	9,1	7,2	1,9	2,2	42,5	24,2	18,3	–	29,5	31,0	8,8	–	8,5	–	63,0	–
Mineralölverarbeitung	7,9	6,7	2,8	3,9	0,6	2,1	10,3	8,6	41,4	13,4	17,2	13,2	9,2	21,2	82,1	57,8	83,1	64,8
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	18,9	18,0	3,2	4,5	5,7	4,2	23,6	21,8	35,9	21,4	14,8	14,2	15,4	19,7	1,1	2,4	49,8	55,7
Verarbeitung von Steinen und Erden, Keramik, Glasgewerbe	13,9	15,7	3,7	4,6	6,0	4,6	16,1	18,2	16,0	15,5	9,8	10,5	9,2	10,4	1,2	2,0	32,8	33,8
Metallerzeugung	27,7	23,7	4,8	6,5	11,8	5,5	27,4	29,9	22,5	15,4	23,1	30,3	35,4	33,8	28,2	22,7	80,7	68,4
Eisen- und Stahlerzeugung	27,4	23,8	3,6	4,2	14,0	6,1	30,2	31,5	21,2	14,6	16,6	25,7	26,8	20,3	7,7	9,5	78,3	66,6
NE-Metallerzeugung	28,3	23,6	6,7	9,4	4,1	3,9	21,3	26,7	35,2	18,7	36,9	39,1	43,2	43,2	53,3	34,1	84,4	71,2

noch Tabelle 10:

	Deutschland		USA		Japan		Frankreich		Italien		Vereinigtes Königreich		Kanada		Australien		Niederlande	
	1982	1990	1982	1990	1982	1990	1982	1990	1982	1990	1982	1990	1982	1990	1982	1990	1982	1990
Herstellung von Metall- erzeugnissen, Maschinen und Ausrüstungen	41,0	38,9	14,4	17,5	25,1	20,0	31,5	35,0	29,0	30,6	34,3	40,0	55,1	53,4	5,0	9,4	62,8	79,1
Herstellung von Metall- erzeugnissen	28,5	21,2	5,2	5,4	12,4	4,9	20,5	18,3	30,4	28,7	18,5	16,3	13,1	17,8	2,8	3,6	38,3	36,4
Maschinenbau (ohne Herstel- lung von elektr. Maschinen)	38,5	38,5	20,0	17,6	19,5	17,2	31,5	34,0	44,0	–	39,2	38,6	44,6	–	8,2	–	74,7	–
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	38,9	65,2	23,1	35,9	20,2	25,4	33,0	37,1	71,5	–	77,7	73,2	80,9	–	1,5	–	–	–
Elektrotechnik	30,3	31,0	12,0	16,6	16,1	13,3	27,3	31,9	21,8	–	27,5	29,9	13,7	–	4,5	–	–	–
Herstellung von nachrichten- technischen Geräten und Einrichtungen	22,6	24,0	10,4	22,4	27,4	23,1	21,9	38,2	20,1	–	21,9	39,6	42,1	–	3,8	–	30,9	–
Schiffbau	36,0	39,6	11,2	9,7	57,0	39,9	37,5	24,5	9,3	–	11,8	11,4	27,4	–	3,7	–	31,5	–
Herstellung von Straßenkraft- fahrzeugen	50,4	45,0	13,9	13,7	29,1	23,4	40,0	43,7	25,8	–	32,8	35,1	87,2	–	4,9	–	85,8	–
Herstellung von Luftfahrzeugen	93,3	76,4	18,1	36,9	10,5	11,2	31,4	41,6	28,3	–	51,5	60,1	62,9	–	6,0	–	58,5	–
Sonstiger Fahrzeugbau	49,9	50,3	10,5	14,9	–	56,5	23,7	25,6	10,4	–	21,3	16,8	42,3	–	0,9	–	43,3	–
Herstellung von Meß-, Kontroll- u. ä. Instrumenten	57,1	72,2	13,2	11,3	25,9	33,3	45,0	52,5	12,0	23,2	76,8	89,9	–	–	18,0	17,5	–	–
Sonst. Verarbeitendes Gewerbe	50,0	57,9	7,4	10,9	16,7	12,3	23,2	28,7	76,5	60,7	–	–	9,9	7,2	14,8	24,8	71,6	–

*) Für Spanien liegen keine Angaben vor.

Quelle: OECD.

Tabelle 11: Exportanteile der Industrien mit hoher, mittlerer und geringer Technologie in den zehn größten Industrieländern*)
– Export in v.H. der Produktion –

	Industrien der Hochtechnologie		Industrien der mittleren Technologie		Industrien der geringerwertigen Technologien	
	1982	1990	1982	1992	1982	1992
Deutschland	35,0	37,2	40,3	39,3	17,1	18,3
USA	14,3	10,4	13,6	14,0	4,0	5,1
Japan	20,5	19,5	18,2	16,4	7,2	3,7
Frankreich	30,6	34,0	33,3	39,4	16,7	19,5
Italien	22,9	–	36,9	–	19,5	–
Vereinigtes Königreich	38,1	48,8	34,0	35,6	12,4	13,7
Kanada	–	–	51,6	–	19,4	–
Australien	5,4	–	14,7	–	14,1	–
Niederlande	–	–	83,2	–	50,7	–

*) Für Spanien liegen keine Angaben vor.

Quelle: OECD.

Tabelle 12: Energiebedingte Kohlendioxid-Emissionen in ausgewählten OECD-Mitgliedstaaten 1982 bis 1991

	1982	1982	1983	1983	1984	1984	1985	1985	1986	1986	1987
	Mio. t	t/Ew.	Mio. t	t/Ew.	Mio. t	t/Ew.	Mio. t	t/Ew.	Mio. t	t/Ew.	Mio. t
Deutschland	1010	12,9	1004	12,9	1026	13,2	1039	13,4	1045	13,4	1038
– alte Länder	714	11,6	710	11,6	723	11,8	721	11,8	731	12,0	717
– neue Länder	321	19,2	321	19,2	337	20,2	357	21,5	355	21,4	366
USA	4518	19,4	4515	19,2	4669	19,7	4732	19,8	4704	19,5	4878
Japan	876	7,4	874	7,3	932	7,8	912	7,6	905	7,4	889
Frankreich	432	7,9	413	7,6	400	7,3	395	7,2	377	6,8	378
Italien	364	6,4	358	6,3	361	6,3	369	6,5	370	6,5	387
Vereinigtes Königreich	566	10,0	559	9,9	541	9,6	574	10,1	586	10,3	597
Kanada	407	16,5	391	15,8	411	16,5	406	16,2	403	15,9	418
Spanien	202	5,3	204	5,3	196	5,1	198	5,1	200	5,2	202
Australien	229	15,0	220	14,3	228	14,6	229	14,5	230	14,4	243
Niederlande	148	10,3	149	10,3	157	10,9	167	11,5	173	11,8	174

	1987	1988	1988	1989	1989	1990	1990	1990	1991	1991	1991
	t/Ew.	Mio. t	t/Ew.	Mio. t	t/Ew.	Mio. t	t/Ew.	t/1000 US-\$	Mio. t	t/Ew.	t/1000 US-\$
Deutschland	13,4	1031	13,2	1006	12,8	989	12,4	k. A.	957	12,0	k. A.
– alte Länder	11,8	715	11,6	693	11,2	713	11,3	0,5	–	–	0,5
– neue Ländern	22,0	358	21,4	358	21,6	326	20,1	k. A.	–	–	k. A.
USA	20,0	5062	20,6	5135	20,6	5038	20,6	1,0	5035	19,9	
Japan	7,3	983	8,0	1013	8,2	1060	8,6	0,3	1079	8,7	
Frankreich	6,8	368	6,6	384	6,8	385	6,8	0,4	406	7,1	
Italien	6,8	391	6,8	408	7,1	411	7,1	0,4	419	7,3	
Vereinigtes Königreich	10,5	594	10,4	586	10,2	598	10,4	0,7	608	10,6	
Kanada	16,3	441	17,0	461	17,6	437	16,4	0,8	435	16,1	
Spanien	5,2	206	5,3	223	5,7	183	5,8	0,5	188	6,0	
Australien	15,0	246	14,9	265	15,8	272	16,0	1,0	283	16,4	
Niederlande	11,8	178	12,0	180	12,4	193	12,3	0,8	188	12,5	

Quellen: Basisdaten für Emissionen und Bevölkerung: OECD; eigene Berechnungen.

Bruttosozialproduktangaben: Statistisches Bundesamt.

Bei der Entwicklung der Schwefeldioxidemissionen (Tabelle 13) wird der Erfolg der Luftreinhaltepolitik in den alten Bundesländern, in denen die Pro-Kopf-Emissionen von 48,7 kg im Jahr 1987 auf 15,7 kg im Jahr 1991 gesunken sind, auch im internationalen Vergleich deutlich.

Auch der Pro-Kopf-Ausstoß von Stickstoffoxidemissionen (Tabelle 14) hat sich in den zehn größten Industrieländern unterschiedlich entwickelt. In den meisten untersuchten Staaten, wie auch in Gesamtdeutschland seit 1987, ist in den letzten Jahren ein Trend sinkender Pro-Kopf-Werte zu verzeichnen.

12. Wie hat sich die Belastung mit umweltbezogenen Kosten, differenziert nach pro Kopf der Bevölkerung und pro 1000 US-\$ Bruttosozialprodukt, in den zehn größten Industrieländern seit 1982 entwickelt?

Angaben über umweltbezogene Kosten (Gesamtausgaben für Umweltschutz) liegen nicht vollständig für die zehn zu untersuchenden Länder vor. Kurzfristig verfügbar waren darüber hinaus nur die in Preisen und Wechselkursen von 1980 vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen Daten für die Jahre 1980, 1986 und

1991. Die Angaben in den Tabellen 15, 16, 17 sind deshalb nicht miteinander vergleichbar.

In Deutschland (früheres Bundesgebiet) sind die Umweltausgaben pro Einwohner, zu jeweiligen Preisen in D-Mark gerechnet, kontinuierlich gestiegen (siehe Tabelle 15). In US-Dollar gerechnet, sind aufgrund von Wechselkursschwankungen in den Jahren 1983, 1984 und 1989 jeweils leichte Rückgänge zu verzeichnen. Darüber hinaus können nur für einige der zehn größten Industrieländer Angaben zu den Umweltschutzausgaben pro Kopf auf der Basis von Preisen und Wechselkursen des Jahres 1980 gemacht werden (Tabelle 16).

Die Entwicklung der Umweltschutzausgaben pro 1000 US-Dollar Bruttoinlandsprodukt wird anhand der üblicherweise verwendeten Angaben der OECD, soweit sie für große Industrieländer verfügbar sind, dargestellt (Tabelle 17).

Mit einem Anteil der Umweltschutzausgaben am BIP von 1,6 % nimmt Deutschland weltweit eine Spitzenstellung ein. Auch der hiervon durch die Unternehmen zu tragende Anteil ist, aufgrund der Orientierung der

Tabelle 13: Schwefeldioxid-Emissionen 1982 bis 1991 in ausgewählten OECD-Mitgliedstaaten

	1982 1000 t	1982 kg/Ew.	1983 1000 t	1983 kg/Ew.	1984 1000 t	1984 kg/Ew.	1985 1000 t	1985 kg/Ew.	1986 1000 t	1986 kg/Ew.	1987 1000 t
Deutschland	7 650	97,6	7 500	96,0	7 800	100,2	7 900	101,7	7 900	101,7	7 500
– alte Länder	3 000	48,7	2 800	45,6	2 700	44,1	2 500	41,0	2 450	40,1	2 050
– neue Länder	4 650	278,4	4 700	281,6	5 100	306,0	5 400	324,4	5 450	327,8	5 450
USA	21 210	91,2	20 620	87,8	21 470	90,6	21 670	90,6	21 150	87,5	20 970
Japan	k. A.	k. A.	1 049	8,8	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	835	6,9	k. A.
Frankreich	2 425	44,5	2 074	37,9	1 815	33,0	1 451	26,3	1 331	24,0	1 261
Italien	k. A.	k. A.	2 233	39,3	2 240	39,3	2 241	39,2	2 205	38,5	2 221
Vereinigtes Königreich	4 211	74,7	3 861	68,5	3 719	65,8	3 724	65,8	3 895	68,6	3 898
Kanada	3 612	146,8	3 625	146,2	3 955	158,2	3 692	146,6	3 627	142,9	3 762
Spanien	k. A.	k. A.	2 543	86,6	k. A.	k. A.	2 191	56,9	k. A.	k. A.	k. A.
Australien	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Niederlande	410	28,6	321	22,3	397	20,6	259	17,9	262	18,0	260

	1987 kg/Ew.	1988 1000 t	1988 kg/Ew.	1989 1000 t	1989 kg/Ew.	1990 1000 t	1990 kg/Ew.	1990 kg/ 1000 US-\$	1991 1000 t	1991 kg/Ew.	1991 kg/ 1000 US-\$
Deutschland	96,5	6 850	85,1	6 350	80,7	5 800	73,0	k. A.	4 550	57,0	k. A.
– alte Länder	33,6	1 350	22,0	1 050	16,7	1 000	15,8	0,7	1 000	15,7	0,7
– neue Länder	327,5	5 300	318,0	5 300	319,0	4 800	295,4	k. A.	3 550	217,6	k. A.
USA	86,0	21 300	86,5	21 510	86,5	21 060	83,7	3,8	20 730	82,0	3,6
Japan	k. A.	k. A.	k. A.	876	7,1	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Frankreich	22,7	1 146	20,5	1 281	23,2	1 200	21,7	1,1	1 314	23,0	1,1
Italien	38,7	2 190	38,1	1 988	34,6	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Vereinigtes Königreich	68,5	3 811	66,8	3 719	65,0	3 780	65,8	4,1	3 565	61,8	3,7
Kanada	146,7	3 838	148,0	3 695	140,7	3 323	124,8	6,1	3 306	122,3	5,6
Spanien	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Australien	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Niederlande	17,7	252	17,1	210	14,1	208	13,0	0,8	204	13,5	0,7

Quellen: – Emissionsdaten für Deutschland: Umweltbundesamt,
– Emissions- und Bevölkerungsdaten für andere OECD-Mitgliedstaaten; OECD,
– Bruttosozialproduktangaben: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 14: Stickstoffoxid-Emissionen in ausgewählten OECD-Mitgliedstaaten 1982 bis 1991

	1982 1000 t	1982 kg/Ew.	1983 1000 t	1983 kg/Ew.	1984 1000 t	1984 kg/Ew.	1985 1000 t	1985 kg/Ew.	1986 1000 t	1986 kg/Ew.	1987 1000 t
Deutschland	3 540	45,2	3 540	45,3	3 630	46,6	3 700	47,6	3 810	49,0	3 680
– alte Länder	3 000	48,7	3 000	48,8	3 050	49,9	3 100	50,8	3 200	52,4	3 050
– neue Länder	540	32,3	540	32,4	580	34,8	600	36,0	610	36,7	630
USA	20 370	87,6	19 800	84,3	20 110	84,8	19 390	81,0	18 830	77,9	19 030
Japan	k. A.	k. A.	1 367	11,5	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	1 176	9,7	k. A.
Frankreich	1 534	28,2	1 497	27,4	1 470	26,8	1 400	25,4	1 396	25,2	1 408
Italien	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	1 529	26,8	1 630	28,5	1 704	29,8	1 783
Vereinigtes Königreich	2 280	40,5	2 277	40,4	2 281	40,4	2 392	42,2	2 481	43,7	2 603
Kanada	1 897	77,1	1 884	76,0	1 871	74,9	1 958	77,8	k. A.	k. A.	k. A.
Spanien	k. A.	k. A.	936	24,5	k. A.	k. A.	849	22,0	874	22,6	915
Australien	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Niederlande	553	38,6	546	38,0	562	39,0	564	38,9	676	39,7	587

	1987 kg/Ew.	1988 1000 t	1988 kg/Ew.	1989 1000 t	1989 kg/Ew.	1990 1000 t	1990 kg/Ew.	1990 kg/ 1000 US-\$	1991 1000 t	1991 kg/Ew.	1991 kg/ 1000 US-\$
Deutschland	47,4	3 530	45,2	3 400	43,2	3 190	40,1	k. A.	3 614	39,3	0
– alte Länder	49,9	2 900	47,2	2 750	43,6	2 600	41,1	1,8	2 650	41,7	1,7
– neue Ländern	37,9	630	37,8	650	39,1	590	36,3	k. A.	490	30,0	0
USA	78,0	19 500	79,2	19 290	77,5	19 380	77,1	3,6	18 760	74,2	3,3
Japan	k. A.	k. A.	k. A.	1 301	10,6	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Frankreich	25,3	1 447	25,9	1 488	27,0	1 487	58,5	1,4	1 507	26,4	1,3
Italien	31,3	1 873	32,6	1 996	34,7	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Vereinigtes Königreich	45,7	2 863	47,0	2 764	48,3	2 779	48,4	3,0	2 747	47,7	2,9
Kanada	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	1 923	72,2	3,5	k. A.	k. A.	k. A.
Spanien	23,6	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Australien	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Niederlande	40,0	588	39,8	570	38,4	552	34,6	2,1	550	36,5	2,0

Quellen: – Emissionsdaten für Deutschland: Umweltbundesamt,
– Emissions- und Bevölkerungsdaten für andere OECD-Mitgliedstaaten: OECD,
– Daten für Bruttonationalprodukt: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für das Ausland 1992 und 1993.

Tabelle 15: Gesamtausgaben*) für Umweltschutz des Staates und des Produzierenden Gewerbes
(Investitionen und laufende Ausgaben) im früheren Bundesgebiet
– pro Kopf der Bevölkerung –

Jahr ¹⁾	Gesamtausgaben		Einwohner 1 000 Ew.	Gesamtausgaben je Einwohner	
	Mio. DM	Mio. US-\$		DM	US-\$
1982	21 950	9 033	61 596	356,4	146,4
1983	22 190	8 702	61 383	361,5	141,8
1984	22 630	7 940	61 126	370,2	129,9
1985	26 630	9 058	60 975	436,7	148,6
1986	29 850	13 751	61 010	489,2	225,4
1987	31 780	17 673	61 077	520,3	289,4
1988	33 470	19 034	61 450	544,7	309,7
1989	35 520	18 881	62 063	572,3	304,2
1990	38 180	23 625	63 254	603,6	373,5
1991	40 650	24 470	64 074	634,3	381,9

*) In jeweiligen Preisen.

1) Ergebnisse ab 1991 vorläufig.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Tabelle 16: Gesamtausgaben*) für Umweltschutz
– je Einwohner in US-\$ –

	1980	1986	1991
Deutschland**)	192	216	258
USA	191	195	199
Japan	168	145	130
Frankreich	109	117	126
Vereinigtes Königreich	147	129	109
Kanada	224	196	174
Niederlande	133	–	187

*) In Preisen und Wechselkursen des Jahres 1980.

**) Früheres Bundesgebiet.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Stahl- sowie der NE-Metallindustrie, der Zellstoff- und Papiererzeugung sowie der Gießereiindustrie deutlich über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegende Umweltschutzkosten zu tragen.

Nach Ansicht der Bundesregierung müssen auch die positiven Struktureffekte, die sich in der führenden Rolle der deutschen Wirtschaft auf dem weltweit expandierenden Umweltschutzgütermarkt niederschlagen, in der Diskussion über den Zusammenhang von Umweltschutz und Attraktivität des Standorts Deutschland berücksichtigt werden.

13. Wie hoch ist der Anteil der Energiekosten in den Jahren seit 1982

Tabelle 17: Anteile der Umweltschutzausgaben am BIP

	1985	1987	1988	1989	1990
Deutschland*)	1,5	1,5	1,6	1,6	1,6
USA	1,4	1,4	1,3	1,4	1,4
Japan ¹⁾	–	1,1	1,1	1,1	1,1
Frankreich	0,8	1,0	1,0	1,0	1,0
Vereinigtes Königreich	1,3	–	–	–	1,5
Kanada ²⁾	–	–	–	1,1	–
Niederlande	1,5	1,5	–	1,5	–

*) Früheres Bundesgebiet.

1) Nur Staatsanteil.

2) Schätzung der OECD.

Quelle: OECD.

deutschen Umweltpolitik am Verursacherprinzip, im internationalen Vergleich hoch. Dennoch stimmt die Bundesregierung der Ansicht des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu, daß sich für die deutsche Industrie im ganzen eine auf die zu verkräftenden Umweltschutzanforderungen zurückzuführende Verschlechterung der internationalen Wettbewerbssituation nicht feststellen läßt (vgl. Nummer 426 des Jahresgutachtens 1993/1994; Drucksache 12/6170). Sie verweist aber darauf, daß sich aus der Sicht besonders umweltintensiver Unternehmen die Wettbewerbssituation unter Umständen anders darstellt. So haben z. B. die Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft, der Chemischen Industrie, der Mineralölverarbeitung, der Eisen- und

a) an den Gesamtkosten der einzelnen Industriezweige in den zehn größten Industrieländern;

b) an den Gesamtausgaben der privaten Haushalte?

Wie hoch ist der Anteil der Energiekosten in den Jahren seit 1982 pro 1000 US-\$ Bruttosozialprodukt?

International vergleichbare Angaben über die Höhe des Anteils der Energiekosten an den Gesamtkosten der Wirtschaft oder einzelner Industriezweige liegen nicht vor.

Eine vergleichende Übersicht des Statistischen Amtes der EG über die Ausgabenstruktur privater Haushalte ergibt für Mitte der achtziger Jahre folgende Anteilswerte:

Tabelle 18: Energieausgaben privater Haushalte

Anteil in % der Gesamtausgaben der privaten Haushalte	Deutschland	Spanien	Frankreich	Irland	Italien	Niederlande
– Elektrizität, Gas, Brennstoffe	6,6	2,9	6,2	6,3	6,0	6,1
– Kraftstoffe	3,3	4,2	4,9	4,3	6,1	2,9

Quelle: Statistisches Amt der EG.

In Deutschland lag der Anteil der Ausgaben für Elektrizität, Gas und Brennstoffe an den Gesamtausgaben der privaten Haushalte Mitte der achtziger Jahre mit 6,6 % leicht über dem Niveau der anderen europäischen Industrieländer, während der Ausgabenanteil für Kraftstoffe mit 3,3 % den niedrigsten Wert nach den Niederlanden (2,9 %) aufwies. Der Anteil der gesamten Ausgaben für Energie belief sich im gleichen Zeitraum auf 9,9 %, was dem Durchschnitt der betrachteten Länder entspricht. Die Aussagekraft der in der Tabelle zusammengestellten Zahlen ist allerdings begrenzt, denn es handelt sich um Ergebnisse von Erhebungen mit unterschiedlichen Bezugsjahren (1983 bis 1987).

In den Tabellen 19 und 20 sind für Deutschland (früheres Bundesgebiet) die Entwicklung der Anteilswerte der Energiekosten am Bruttoproduktionswert bzw. an den Gesamtausgaben dargestellt. Die Zahlen ergeben sich aus der Kostenstrukturerhebung bzw. aus der laufenden Wirtschaftsrechnung privater Haushalte.

Der Anteil der Kosten für Energie am Bruttoproduktionswert betrug 1991 in Deutschland in der Industrie (Verarbeitendes Gewerbe) rund 2 %. Er ist seit 1982 (3,3 %) stetig zurückgegangen. Ursächlich hierfür waren einerseits die Absenkung des spezifischen Energieverbrauchs bei vielen industriellen Produktionsprozessen und andererseits der starke Energiepreissrückgang nach dem Ölpreisverfall Mitte der achtziger Jahre. Einzelne Industriezweige wie die Eisenschaffende Industrie (11,1 %), der Bergbau (9,9 %) sowie die Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeherzeugung (9,2 %) werden erheblich stärker von den Energiekosten belastet.

Der Anteil der jährlichen Aufwendungen der privaten Haushalte für Energie an den Gesamtaufwendungen zeigt seit Mitte der achtziger Jahre ebenfalls rückläufige Tendenz. Er lag 1985 bei 11,6 % und ist seitdem auf 8 % (1992) gefallen. Auch diese Entwicklung ist im wesentlichen durch die rückläufige Energiepreisentwicklung bedingt.

Angaben über den Anteil der Energiekosten in den Jahren seit 1982 pro 1000 US-Dollar Brutto sozialprodukt liegen nicht vor.

14. Wie hoch waren die öffentlichen und privaten Umweltinvestitionen seit 1982 in den zehn größten Industrieländern?

Wie hoch waren die weiteren öffentlichen und privaten Aufwendungen für Umweltschutz seit 1982 in den zehn größten Industrieländern?

Welche Gewährleistungsregelungen einschließlich der Haftungsbestimmungen für Anlagenbetreiber und der Produkthaftung bestehen in den zehn größten Industrieländern?

Wie wirken sich die Bestimmungen auf die Kosten der Industrie aus?

In Tabelle 21 sind die verfügbaren Daten über private und öffentliche Umweltinvestitionen für die zehn größten Industrieländer zusammengestellt. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Zahlen in der jeweiligen Lan-

deswährung in Preisen von 1985 angegeben sind und auf unterschiedlichen begrifflichen Definitionen und Erhebungsmethoden beruhen. Sie sind nur bedingt vergleichbar. Für Großbritannien und Kanada sind fast ausschließlich Angaben zur Summe aus Investitionen und laufenden Ausgaben im Umweltschutz verfügbar. Daher können für diese Länder wie auch für Italien, Spanien und Australien, für die Angaben nicht vorliegen, keine oder nur wenige Zahlen ausgewiesen werden.

In den Industrieländern, für die Daten vorliegen, überwiegt mit Ausnahme der USA der Anteil der öffentlichen Umweltschutzinvestitionen im Verhältnis zu privaten Investitionen. In den USA, in Japan und in Deutschland weisen die gesamten Umweltinvestitionen in den Jahren 1982 bis 1990 eine steigende Tendenz auf.

Zu den umweltbezogenen Aufwendungen (laufende Ausgaben und Abschreibungen für Umweltschutz) sind nur für Deutschland Daten verfügbar (Tabelle 22). Für die übrigen Staaten liegen Angaben zu den laufenden Ausgaben des Umweltschutzes vor, die in Tabelle 23 angegeben sind (auch für Deutschland).

Den Daten ist zu entnehmen, daß zumindest in den USA, in Deutschland und Frankreich die gesamten laufenden Umweltschutz-Ausgaben (inflationbereinigt) kontinuierlich angestiegen sind. Hinsichtlich des Verhältnisses von privaten und öffentlichen laufenden Ausgaben ist kein einheitlicher Trend erkennbar: Während in Frankreich der öffentliche Sektor deutlich überwiegt, ist in den USA und in Deutschland der Anteil des privaten Sektors höher.

Bei der weiteren Beantwortung dieser Frage wird davon ausgegangen, daß mit dem Begriff „Gewährleistungsregelungen einschließlich der Haftungsbestimmungen für Anlagenbetreiber“ nicht Gewährleistungsbestimmungen im rechtstechnischen Sinne (insbesondere Mängelgewährleistung) gemeint sind, sondern in erster Linie zivilrechtliche Haftungsbestimmungen, die sich auf Anlagen beziehen. Im Hinblick auf den Sachzusammenhang wird darüber hinaus auch auf umweltrelevante Haftungsregelungen, die einen weitergehenden Anwendungsbereich haben, sowie im Interesse der Vollständigkeit auf Entschädigungsfonds eingegangen, die ebenfalls als Kostenfaktor anzusehen sind.

Auch der Begriff „Produkthaftung“ bezieht sich im allgemeinen nicht auf den Fehler am Produkt selbst – hierfür gilt z. B. die Haftung nach dem Kauf- oder dem Werkvertragsrecht (Gewährleistung) –, sondern auf den Ersatz für den sogenannten Mangelfolgeschaden an anderen Sachen als der schädigenden Sache sowie an Personen. Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Frage sich trotz der Erwähnung des Begriffs „Gewährleistung“ nur auf diese „Produkthaftung“ bezieht.

Eine ständige rechtsvergleichende Beobachtung aller Entwicklungen in den genannten Staaten findet nicht statt. Sie erfolgt nur im Zusammenhang mit spezifischen Gesetzgebungsvorhaben (z. B. Umwelthaftungsgesetz). Den folgenden Ausführungen liegen daher in

Tabelle 19: Kosten für Energie im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe im früheren Bundesgebiet

– Anteile am Bruttoproduktionswert in % –

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Bergbau	7,6	6,9	7,3	8,1	8,7	9,4	9,8	9,7	10,4	9,9
Verarbeitendes Gewerbe	3,3	3,2	3,2	3,2	2,8	2,5	2,3	2,3	2,2	2,2
– Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	6,1	5,8	5,7	5,8	5,4	5,1	4,5	4,4	4,4	4,4
● Steine Erden	10,8	10,1	9,7	9,7	8,4	7,3	6,8	6,9	6,9	6,8
● Eisenschaffende Industrie	13,4	13,1	13,2	13,0	13,1	12,5	10,1	9,2	10,1	11,1
● NE-Metallerzeugung	7,0	6,3	6,1	6,5	6,9	7,1	5,3	4,7	5,1	5,7
● Gießerei	6,8	6,7	6,7	6,6	6,2	5,9	5,6	5,2	5,2	5,2
● Chemische Industrie	5,9	5,6	5,4	5,5	4,5	4,2	3,6	3,7	3,8	3,7
● Zellstoff-, Papier- und Papperzeugnisse	11,8	11,8	11,2	11,2	9,5	8,7	8,0	8,3	8,6	9,2
– Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1,6	1,5	1,5	1,5	1,4	1,3	1,2	1,2	1,1	1,1
● Straßenfahrzeugbau	1,5	1,5	1,5	1,5	1,3	1,2	1,1	1,1	1,1	1,0
● Schiffbau	1,7	1,8	1,7	1,7	1,7	1,5	1,6	1,4	1,2	1,3
● Luft- und Raumfahrzeugbau	1,3	1,4	1,5	1,5	1,6	1,2	1,1	0,9	0,9	0,9
● Elektrotechnik	1,4	1,3	1,3	1,3	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	1,0
● H. v. Büromaschinen, ADV-Geräte	1,1	1,0	0,5	0,5	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7
– Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	3,0	2,9	2,9	3,0	2,7	2,4	2,3	2,3	2,2	2,2
● Feinkeramik	8,2	7,7	8,0	8,3	6,9	5,3	4,9	4,9	4,9	5,0
● Herstellung und Verarbeitung von Glas	10,2	9,2	9,4	10,0	8,0	6,5	6,0	6,1	6,2	6,2
– Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	2,2	2,2	2,1	2,1	1,9	1,7	1,5	1,6	1,6	1,6

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 20: Jährliche Aufwendungen privater Haushalte*) für Energie im früheren Bundesgebiet
– Anteile in % der Gesamtausgaben –

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992
Insgesamt											
(Energie)	10,80	11,07	11,03	11,63	9,86	8,93	8,21	8,37	8,02	8,37	7,95
– Elektrizität	2,65	2,71	2,66	2,86	2,80	2,67	2,65	2,62	2,47	2,48	2,23
– Gas	1,14	1,04	0,95	1,09	1,10	0,97	0,71	0,66	0,54	0,65	0,71
– Heizöl	1,25	0,96	1,04	1,17	0,74	0,62	0,51	0,48	0,52	0,68	0,58
– Kohle u. feste Brennstoffe	0,17	0,13	0,12	0,16	0,10	0,10	0,06	0,07	0,04	0,06	0,05
– Sonstige ¹⁾	1,81	1,81	1,89	2,00	1,82	1,48	1,24	1,10	1,00	1,03	0,95
– Kraftstoffe	3,78	4,42	4,37	4,35	3,30	3,10	3,05	3,43	3,45	3,47	3,42

*) Haushaltstyp II (4-Personen-Haushalt, mittleres Einkommen).

1) Zentralheizung, Fernwärme und Warmwasser.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 21: Öffentliche und private Umweltinvestitionen
– in Preisen von 1985 –

		1982	1985	1987	1989	1990
Deutschland ⁴⁾	1)	6 720	6 750	7 620	8 340	8 990
(Mio. D-Mark)	2)	3 820	5 630	7 470	6 940	6 280
	3)	10 540	12 380	15 090	15 280	15 270
USA	1)	7 509 ⁵⁾	8 531	–	–	11 123
(Mio. US-Dollar)	2)	13 994 ⁵⁾	14 837	–	–	16 735
	3)	21 503 ⁵⁾	23 368	–	–	27 858
Japan	1)	26 828 ⁶⁾	25 374	–	–	35 703
(Mio. Yen)	2)	3 832 ⁶⁾	4 171	–	–	4 606
	3)	30 660 ⁶⁾	29 545	–	–	40 309
Frankreich	1)	8 968 ⁵⁾	7 383	8 380	–	8 044
(Mio. Francs)	2)	5 390 ⁵⁾	3 919	7 269	–	5 004
	3)	14 358	–	15 669	–	13 048
Italien	1)	–	–	1 969 ⁷⁾	1 896	–
(Mrd. Lira)	2)	–	–	–	–	–
	3)	–	–	–	–	–
Großbritannien	1)	–	–	–	–	159
(Mio. Pfund Sterling)	2)	–	–	–	–	1 822 ⁸⁾
	3)	–	–	–	–	–
Kanada	1)	–	–	–	–	–
(Mio. Kanad. Dollar)	2)	–	–	–	995	–
	3)	–	–	–	–	–
Spanien	1)	–	–	38 129	71 554	74 641
(Mio. Peseten)	2)	–	–	–	–	–
	3)	–	–	–	–	–
Niederlande	1)	–	1 729	–	983	–
(Mio. Holl. Gulden)	2)	–	827	–	1 254	–
	3)	–	2 556	–	2 237	–

1) Öffentlicher Sektor.

2) Privater Sektor.

3) Gesamte Investitionen.

4) Für 1989 und 1990 vorläufige Ergebnisse.

5) 1981.

6) 1980.

7) 1988.

8) Ohne Abfallwirtschaft.

Quelle: Statistisches Bundesamt (für Deutschland) OECD (übrige Länder, für Australien liegen keine Angaben vor).

Tabelle 22: Gesamtwirtschaftliche Aufwendungen für Umweltschutz*)

– Mio. DM –

Jahr	Produzierendes Gewerbe und Staat			Produzierendes Gewerbe			Staat		
	Aufwendungen insgesamt	davon		Aufwendungen insgesamt	davon		Aufwendungen insgesamt	davon	
		laufende Ausgaben	Abschreibungen		laufende Ausgaben	Abschreibungen		laufende Ausgaben	Abschreibungen
in jeweiligen Preisen ¹⁾									
1982	18 325	11 883	5 442	9 101	6 493	2 608	9 224	5 390	3 834
1983	19 226	12 454	5 767	9 622	6 854	2 768	9 604	5 610	3 994
1984	20 337	13 224	7 113	10 220	7 294	2 926	10 117	5 930	4 187
1985	21 711	14 252	7 459	10 942	7 822	3 120	10 769	5 430	4 339
1986	23 021	15 004	8 017	11 468	8 024	3 444	11 553	6 980	4 573
1987	24 745	16 130	8 615	12 436	8 620	3 816	12 309	7 510	4 799
1988 ²⁾	26 449	17 243	9 206	13 615	9 433	4 182	12 834	7 810	5 024
1989 ²⁾	28 760	18 806	9 954	15 058	10 436	4 622	13 702	8 370	5 332
1990 ²⁾	31 199	20 287	10 917	16 306	11 210	5 096	14 893	5 072	5 821
in Preisen von 1985									
1982	19 596	12 790	6 806	9 808	6 990	2 818	9 788	5 800	3 888
1983	20 203	13 174	7 029	10 196	7 284	2 912	10 007	5 880	4 117
1984	20 848	13 621	7 227	10 519	7 521	2 938	10 329	6 100	4 229
1985	21 711	14 252	7 459	10 942	7 822	3 120	10 769	6 430	4 339
1986	23 281	15 436	7 845	11 672	8 296	3 376	11 609	7 140	4 469
1987	24 711	16 440	8 771	12 534	8 870	3 664	12 177	7 570	4 807
1988 ²⁾	26 004	17 298	8 706	13 446	9 488	3 958	12 558	7 810	4 768
1989 ²⁾	27 382	18 223	9 159	14 375	10 113	4 262	13 007	8 110	4 897
1990 ²⁾	28 856	19 227	9 627	15 247	10 677	4 570	13 607	8 550	5 057

*) Laufende Ausgaben und Abschreibungen für Umweltschutz.

1) Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen.

2) Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

erster Linie Erhebungen aus dem Jahre 1990 zugrunde, die aktualisiert wurden, soweit weitergehende verwertbare Erkenntnisse vorliegen.

Anlagenhaftung:

1. Deutschland

Neben den allgemeinen verschuldensabhängigen Haftungsbestimmungen der §§ 823 ff. BGB sieht das am 1. Januar 1991 in Kraft getretene Umwelthaftungsgesetz (UHG) eine verschuldensunabhängige Haftung für Schäden vor, die von den in Anlage 1 zum UHG enumerativ genannten Anlagen verursacht werden. Es haftet der Inhaber der jeweiligen Anlage, und zwar auch dann, wenn diese bestimmungsgemäß betrieben wurde. Ersatzfähig sind Personen- und Sachschäden. Liegt bei letzteren zugleich eine Beeinträchtigung von Natur oder Landschaft vor, können die Kosten von Wiederherstellungsmaßnahmen auch dann ersatzfähig sein, wenn sie den Wert der beeinträchtigten Sache übersteigen. Die Haftung nach dem UHG ist summenmäßig begrenzt auf jeweils 160 Mio. DM für Personen- bzw. Sachschäden. Zugunsten des Geschädigten sieht das UHG Ursachenvermutungen und Auskunftsansprüche vor. Die in Anlage 2 zum UHG genannten und als besonders gefährlich erachteten Anlagen sind einer Deckungsvorsorgepflicht unterworfen. Ferner ist noch auf die der

Höhe nach nicht begrenzte Gefährdungshaftung nach § 22 WHG und die Fortentwicklung des § 906 BGB durch die Rechtsprechung zu einer „Quasi-Gefährdungshaftung“ hinzuweisen.

2. USA

Neben den allgemeinen Regeln des Common Law besteht auf Bundesebene mit dem „Comprehensive Environmental Response, Compensation and Liability Act“ (CERCLA), das 1980 erlassen und 1986 erweitert wurde, ein spezifisches Umwelthaftungsgesetz. Es sieht eine verschuldensunabhängige und teilweise auch rückwirkende Haftung vor für Umweltschäden, die durch das Lagern von Abfällen, durch das Auslaufen oder sonstiges Einleiten oder Verfüllen von Öl, Chemikalien oder sonstiger als gefährlich eingestufteter Stoffe in Erdboden oder Grundwasser verursacht werden. Es haften der Eigentümer und auch der Betreiber der jeweiligen Anlage einschließlich früherer Eigentümer zum Zeitpunkt des Einbringens des jeweiligen Stoffes in die Umwelt; ferner können auch Personen herangezogen werden, die die Behandlung, Beseitigung oder den Transport solcher Stoffe veranlaßt haben oder den Transport zu einer selbst ausgesuchten Behandlungs-/Beseitigungsanlage, die den Stoff freisetzt oder freizusetzen droht, übernommen haben. Gegenstand hieraus resultierender Ansprüche sind die Kosten von Schadens-

Tabelle 23: Öffentliche und private laufende Ausgaben im Umweltschutz
– in Preisen von 1985 –

		1982	1985	1987	1989	1990
Deutschland ⁴⁾ (Mio. D-Mark)	1)	5 800	6 430	7 570	8 110	8 810
	2)	6 990	7 820	8 870	10 110	10 700
	3)	12 790	14 250	16 440	18 220	19 510
USA (Mio. US-Dollar)	1)	11 447 ⁵⁾	13 301	–	–	18 190
	2)	21 233 ⁵⁾	21 193	–	–	24 323
	3)	32 680 ⁵⁾	34 494	–	–	42 513
Japan (100 Mio. Yen)	1)	4 002 ⁶⁾	3 717	–	–	3 883
	2)	–	–	–	–	–
	3)	–	–	–	–	–
Frankreich (Mio. Francs)	1)	15 242 ⁵⁾	18 470	26 731	–	27 443
	2)	8 541 ⁵⁾	10 027	7 945	–	13 815
	3)	23 783 ⁵⁾	28 497	34 676	–	41 258
Italien (Mrd. Lira)	1)	–	–	398 ⁷⁾	317	–
	2)	–	–	–	–	–
	3)	–	–	–	–	–
Vereinigtes Königreich (Mio. Pfund Sterling)	1)	–	–	–	–	624 ⁸⁾
	2)	–	–	–	–	1 846 ⁸⁾
	3)	–	–	–	–	–
Kanada (Mio. Kanad. Dollar)	1)	–	–	–	–	–
	2)	–	–	–	804	–
	3)	–	–	–	–	–
Spanien (Mio. Peseten)	1)	–	–	107 625	35 288	143 159
	2)	–	–	–	–	–
	3)	–	–	–	–	–
Australien	1)	–	–	–	–	–
	2)	–	–	–	–	–
	3)	–	–	–	–	–
Niederlande (Mio. Holl. Gulden)	1)	–	2 716	–	3 276	–
	2)	–	996	–	1 360	–
	3)	–	3 712	–	4 636	–

1) Öffentlicher Sektor.

2) Privater Sektor.

3) Summe von 1) und 2).

4) Für 1989 und 1990 vorläufiges Ergebnis.

5) 1981.

6) 1980.

7) 1988.

8) Ohne Abfallwirtschaft.

Quelle: Statistisches Bundesamt (für Deutschland) OECD (übrige Länder).

beseitigung, von Gegenmaßnahmen nach dem nationalen Programm für Umwelt-Unfälle und Schadensfeststellung und Schäden, die aus Verletzung, Zerstörung oder Verlust natürlicher Ressourcen entstehen. Anspruchsinhaber sind in erster Linie die zuständigen Behörden und Stellen. Haftungshöchstgrenzen bestehen vom Grundsatz her nicht.

Ergänzend zu den genannten Umwelthaftungsregelungen tritt der sog. „Superfund“. Es handelt sich hierbei nicht um einen Fonds zur Entschädigung privater Schäden, sondern um ein Programm zur Sanierung von Abfalldeponien (Altlastensanie-

rung). Er wird finanziert durch Abgaben auf bestimmte Stoffe, ferner durch eine Umweltsteuer sowie durch Zahlungen aus dem US-Bundeshaushalt.

3. Japan

Neben der allgemeinen Verschuldenshaftung nach Artikel 709 des japanischen Bürgerlichen Gesetzbuches sehen Artikel 25 des japanischen Gesetzes zur Abwehr der Luftverunreinigung und Artikel 19 des japanischen Gesetzes zur Abwehr der Wasserverschmutzung eine verschuldensunab-

hängige Haftung des Unternehmens vor, das luft- bzw. wasserunreinigende Stoffe emittiert hat. Ersatzfähig sind Personenschäden. Haftungshöchstgrenzen bestehen hierbei nicht.

Diese Haftungsbestimmungen werden ergänzt durch einen Fonds zur Entschädigung für umweltbedingte Gesundheitsschäden. Er wird finanziert durch Beiträge der emittierenden Industrie, aus dem Kfz-Steueraufkommen und aus dem allgemeinen Staatshaushalt.

4. Frankreich

Neben den allgemeinen verschuldensabhängigen Bestimmungen des Artikels 1382 des Code Civil ist auf Artikel 4 des französischen Abfallbeseitigungsgesetzes hinzuweisen. Die letztgenannte Vorschrift sieht eine verschuldensunabhängige und der Höhe nach nicht begrenzte Haftung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden vor, die durch Abfälle verursacht werden. Ferner ist Artikel 1384 des Code Civil (Verantwortlichkeit des Sachhalters) zu einer Quasi-Gefährdungshaftung ausgeweitet worden.

5. Italien

Neben den allgemeinen Bestimmungen der Artikel 2043, 2050 Codice Civile (Verschuldenshaftung für Personen- und Sachschäden infolge „gefährlicher Tätigkeiten“ mit Beweislastumkehr) enthält Artikel 18 des Gesetzes vom 8. Juli 1986 eine umweltspezifische Haftungsnorm. Gehaftet wird für die schuldhaftige Verletzung von Rechtsvorschriften, die den Schutz der Umwelt bezwecken. Gegenstand hieraus resultierender Ansprüche sind die Kosten von Sanierungsmaßnahmen. Soweit der Schaden nicht eindeutig bemessen werden kann, setzt das Gericht den vom Verursacher zu zahlenden Betrag unter Berücksichtigung des Verschuldens, der Kosten zur Schadenserhebung und des vom Verursacher ggf. erlangten Vorteils nach eigenem Ermessen fest. Klageberechtigt ist der Staat. Haftungshöchstgrenzen bestehen nicht.

6. Vereinigtes Königreich

Grundsätzlich gelten die allgemeinen Regeln des Common Law. Eine besondere Haftungsbestimmung enthält § 88 des britischen Umweltverschmutzungskontrollgesetzes, der eine verschuldensunabhängige und der Höhe nach nicht begrenzte Haftung für Personen- und Sachschäden infolge illegaler Abfallbeseitigung vorsieht.

7. Kanada

Bei Beeinträchtigung privater Rechtsgüter greifen zunächst die Regeln des Common Law. Im übrigen kann der Staat nach dem „Environmental Protection Act“ aus dem Jahre 1988 Ersatz für die Kosten verlangen, die bei der Beseitigung von Schäden entstehen, sofern dem eine Verletzung dieses Gesetzes zugrunde liegt. Daneben ist auch ein Schadensersatzanspruch Privater für Schäden infolge gesetzwidrigen Verhaltens vorgesehen.

8. Spanien

Über die allgemeine Haftungsnorm des Artikels 1902 Codice Civil hinaus sieht Artikel 1908 Codice Civil eine spezielle Haftungsnorm vor für Schäden durch die Explosion nicht sorgfältig gewarteter Maschinen, durch das Inbrandgeraten explosiver Stoffe, die nicht an einem sicheren Ort gelagert werden, durch übermäßige schädliche Rauchentwicklung und durch Ausflüsse von Lagerstätten verseuchter Stoffe, die ohne die geeigneten Vorkehrungen angelegt sind. Es handelt sich hierbei um eine verschuldensabhängige Haftung des jeweiligen Eigentümers, bei dem das Verschulden allerdings vermutet wird. Über Gesetze zum Ersatz ökologischer Schäden, die den in diese Richtung gehenden Artikel 45 Abs. 3 der spanischen Verfassung näher ausfüllen, liegen keine Erkenntnisse vor.

9. Australien

In Australien sind zunächst die allgemeinen Regeln des Common Law für Schadenersatzansprüche maßgebend, die je nach Rechtsprechung und regionalem Recht über eine Verschuldenshaftung hinaus bis zu verschuldensunabhängigen Ansprüchen gehen können. Daneben können besondere regionale Regelungen und Bundesgesetze einschlägig sein.

10. Niederlande

Maßgebend sind zunächst die allgemeinen zivilrechtlichen Haftungsbestimmungen der Artikel 1401 ff. des Burgerlijk Wetboek. Für Veränderungen des Grundwassers sieht Artikel 35 des niederländischen Grundwassergesetzes eine Haftungsnorm vor. Hinsichtlich Bodenverschmutzungen eröffnet das niederländische Bodenschutzgesetz Haftungsmöglichkeiten.

Ergänzt werden diese haftungsrechtlichen Bestimmungen durch einen Entschädigungsfonds für Schäden, die von Luftverschmutzungen über dem Territorium der Niederlande verursacht werden. Dieser Fonds ist gegenüber Schadenersatzansprüchen subsidiär und gewährt dem Geschädigten Ansprüche nur, wenn „billigerweise“ nicht erwartet werden kann, daß dieser den Schaden selbst trägt. Er wird durch (Umwelt-)Abgaben finanziert, die zu weitergehenden Zwecken erhoben und zum Teil an den Fonds weitergeleitet werden.

Produkthaftung:

1. USA

In den USA besteht kein einheitliches Produkthaftungsrecht. Auf der Grundlage eines „Restatement“ (unverbindliche „Orientierungshilfe“) hat die Mehrzahl der einzelnen Bundesstaaten eine von einem Verschulden nicht abhängige Produkthaftung („strict liability in tort“) eingeführt, die letztlich eine Haftung gewerblicher Unternehmer aller Art für das Inverkehrbringen fehlerhafter Produkte ist.

2. Japan

In Japan wird seit längerem an einer Gesetzgebung im Sinne der erwähnten Produkthaftung gearbeitet. Derzeit zeichnet sich ab, daß in Japan ein Produkthaftungsrecht in enger Anlehnung an die europäische „Richtlinie vom 25. Juli 1985 des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte“ (85/374/EWG) entsteht.

3. Europa

a) Europäische Union

In der Europäischen Union gilt die „Richtlinie vom 25. Juli 1985 des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte“ (85/374/EWG). Diese EG-Produkthaftungs-Richtlinie ist in Deutschland durch das Produkthaftungsgesetz umgesetzt worden, ohne das traditionelle Produkt-Verschuldenshaftungsrecht auf der Grundlage der §§ 823 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches oder besondere Haftungsinstitute zu verdrängen.

Die Produkthaftung nach EG-Richtlinie ist eine verschuldensunabhängige Haftung. Ersatzpflichtig ist neben dem tatsächlichen Hersteller jede Person, die sich als Hersteller ausgibt, sowie der Importeur, der aus Dritt-Staaten (Nicht-EG-Staaten) einführt, und – unter engen Voraussetzungen und subsidiär – auch der Lieferant. Schadensersatz ist generell zu leisten bei Personenschäden; bei Sachschäden gilt dies ab einer bestimmten Schadenshöhe und nur, wenn eine privatgenutzte Sache beschädigt worden ist.

Neben diesen zwingenden Vorgaben der EG-Richtlinie werden von ihr sogenannte Optionen normiert. Für Entwicklungsrisiken können die Mitgliedstaaten eine Haftung vorsehen. Für Personenschäden ist eine Haftungshöchstgrenze von ca. 155 Mio. DM möglich. Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Urproduktion und der Jagd müssen in diese Haftung nicht einbezogen werden, es sei denn, daß solche Produkte einer ersten Verarbeitung unterzogen worden sind. Ein Anspruch auf Schmerzensgeld (immaterieller Schadensersatz) bleibt vollständig dem Belieben des nationalen Gesetzgebers überlassen.

Die EG-Produkthaftungs-Richtlinie ist bisher in zehn Mitgliedstaaten in das nationale Recht umgesetzt worden; in Frankreich und Spanien stehen Regelungen trotz des Fristablaufs am 1. August 1988 noch aus. Die zum Teil unterschiedliche Ausübung der erwähnten Optionen durch die Mitgliedstaaten hat dazu geführt, daß weiterhin nur von einem teilweise harmonisierten Produkthaftungssystem in der Gemeinschaft gesprochen werden kann. Hinzu kommt, daß auch das traditionelle und unterschiedliche nationale Produkthaftungsrecht der Staaten in aller Regel – soweit es den Geschädigten nicht

schlechter als die Haftung nach der Richtlinie stellt – zusätzlich anwendbar bleibt.

b) Sonstige europäische Staaten

Inzwischen haben in enger Anlehnung an die EG-Produkthaftungs-Richtlinie – teilweise sogar in einer Art formeller Umsetzung – folgende europäische Staaten ihr nationales Produkthaftungsrecht fortgeschrieben: Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz und Ungarn.

c) Sonstige Staaten

Auch Australien hat auf der Grundlage der Regelungen der EG-Produkthaftungs-Richtlinie ein nationales Produkthaftungsrecht in Kraft gesetzt.

Daten darüber, wie sich haftungsrechtliche Bestimmungen auf die Kosten der Industrie auswirken, liegen nicht vor.

V. Bildung

Für die Beantwortung der Fragen zu Teil V der Anfrage steht insbesondere das derzeit von der OECD entwickelte internationale System von Bildungsindikatoren zur Verfügung. Auf dieser Grundlage wird der Versuch unternommen, schrittweise statistische Indikatoren zu entwickeln, die eine für den internationalen Vergleich geeignete Datenbasis schaffen sollen. Die derzeit aktuellsten Zahlen finden sich in der Veröffentlichung der OECD „Education at a Glance“ (2. Ausgabe 1993). Diese sind Grundlage für die Antworten der Bundesregierung.

Das methodisch besonders anspruchsvolle OECD-Projekt steht, wie übrigens alle früheren Versuche dieser Art, vor der großen Schwierigkeit, die unterschiedlichen nationalen Gesellschafts- und Bildungssysteme mit ihren zahlreichen traditionellen und organisatorischen Besonderheiten in ein einheitliches statistisches Schema zu bringen und damit in Vergleich zu setzen. In diesem Zusammenhang ist auf die länderspezifische, völlig unterschiedliche Rolle privater Ausbildungsträger zu verweisen. In Deutschland fällt dabei z. B. den Unternehmen der Wirtschaft für die berufliche Ausbildung (duales System) eine im internationalen Vergleich einzigartige Rolle zu. Diese und viele andere nationale Besonderheiten führen dazu, daß internationale Vergleichsdaten stets mit Unschärfen behaftet sind und der ergänzenden Kommentierung und Interpretation bedürfen.

Für die Bewertung der im folgenden vorgelegten Zahlen ist ferner wichtig, daß die von der OECD vorgegebenen definitorischen Abgrenzungen nicht immer von allen Ländern einheitlich umgesetzt werden können. So bleiben z. B. bisher nach den Richtlinien der OECD der gesamte Bereich der Weiterbildung (im Falle Deutschlands also z. B. auch der gesamte Bereich der Fortbildung und Umschulung durch die Bundesanstalt für Arbeit) sowie die entsprechenden Ausgaben von der Erfassung ausgeschlossen; es fehlen bisher die methodischen und definitorischen Grundlagen, um

eine in allen Punkten einheitliche Handhabung bei der Abgrenzung dieser Positionen zu gewährleisten.

Für die Beurteilung der für die Bundesrepublik Deutschland ausgewiesenen Daten ist auch von Belang, daß Deutschland nach den vorgegebenen Definitionen gehalten war, z. B. den Bereich der Hochschulkliniken oder der allgemeinen Forschungsförderung, die dem nationalen Bildungsbudget zugerechnet werden, nicht in die OECD-Berichterstattung einzubeziehen. Schließlich ist zu beachten, daß die deutsche amtliche Statistik insbesondere im Bereich der Bildungsfinanzen nicht unbeträchtliche Lücken aufweist. So konnten in die OECD-Berichterstattung bisher z. B. keine vollständigen deutschen Zahlen über die Ausgaben im Elementarbereich, über die Ausgaben für Krankenpflegeschulen oder über die Ausbildungsstätten des öffentlichen Dienstes sowie über die Ausgaben privater Schulen und Hochschulen einbezogen werden.

Des weiteren wird von der OECD zu Recht darauf hingewiesen, daß eine isolierte Betrachtung und Analyse einzelner Indikatoren nur eine sehr beschränkte Aussagekraft besitzen. Erst die Kombination der verschiedenen Teile des Indikatorensystems erlaubt sinnvolle Rückschlüsse. Dies gilt auch für die hier dargestellten Finanzindikatoren. Sie lassen sich nur dann richtig einordnen, wenn man sie z. B. im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung (in den achtziger Jahren besonders starker Rückgang der Schülerzahlen in Deutschland) sieht.

Darüber hinaus gilt, daß der finanzielle Einsatz eines Landes für die Bildung keine hinreichenden Anhaltspunkte für die Qualität des Systems und den Bildungserfolg abgibt. Hierzu bedürfte es insbesondere der Einbeziehung von Indikatoren über den Bildungserfolg (z. B. Zahl der erfolgreichen Absolventen), zusätzlich aber auch sonstiger qualitativer Maßstäbe und Bewertungskriterien.

Ferner ist darauf hinzuweisen, daß die Zuständigkeiten für das Bildungswesen in Deutschland entsprechend dem Grundgesetz weitgehend dezentralisiert sind und demzufolge rund 90 % der öffentlichen Bildungsausgaben von Ländern und Gemeinden getätigt werden und zu verantworten sind.

Die nachfolgenden Ergebnisse beziehen sich jeweils nur auf die alten Länder, für die allein entsprechende Daten vorliegen.

V. Bildung

15. Wie hoch ist der Anteil der öffentlichen bzw. privaten Bildungsausgaben am Bruttosozialprodukt und an den Ausgaben der Gebietskörperschaften insgesamt in den zehn größten Industrieländern, und wie hat sich dieser Anteil seit 1970 entwickelt?
16. Wie hoch sind die Bildungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung in den zehn größten Industrieländern insgesamt und untergliedert nach Ausgaben für die Allgemeinbildung, die berufliche Erstausbildung – ohne bzw. mit wissenschaftlicher Berufsbildung an Hochschulen – und für die Weiterbildung?

Die Fragen 15 und 16 werden wegen des engen sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Anteil der öffentlichen bzw. privaten Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt vermittelt eine Größenvorstellung des staatlichen und von den Unternehmen der Wirtschaft getätigten Finanzaufwands für Bildung in Relation zur volkswirtschaftlichen Gesamtleistung. Die Höhe der öffentlichen und privaten Bildungsausgaben ist maßgeblich durch die unterschiedlichen Bildungssysteme beeinflusst. Trotz eines niedrigen Anteils an Privatschulen liegt die Bundesrepublik Deutschland durch die Ausgaben der Wirtschaft für das duale System der Berufsausbildung bei den privaten Bildungsausgaben mit den USA an der Spitze. Die Bildungsausgaben der Privatwirtschaft betragen nach Schätzungen auf der Grundlage aktueller Untersuchungen des Bundesinstituts für Berufsbildung und des Instituts der Deutschen Wirtschaft 1991 im westlichen Teil Deutschlands allein für Berufs- und Weiterbildung 49,7 Mrd. DM, wovon etwa die Hälfte auf die berufliche Ausbildung in den Betrieben entfällt.

Bei den öffentlichen Bildungsausgaben ist zu berücksichtigen, daß im Vergleich zu anderen Ländern die berufliche Bildung in Deutschland nur zu einem geringen Teil in Vollzeitschulen erfolgt. Ferner ergeben sich im internationalen Vergleich – wie in der Vorbemerkung zu diesem Teil dargestellt – gewisse Unstimmigkeiten bei der Einbeziehung einzelner Teilbereiche des Bildungssystems.

Tabelle 24 stellt die Anteile der öffentlichen bzw. privaten Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt für das Jahr 1991 dar.

Bei der Beurteilung des Anteils der öffentlichen Bildungsausgaben an den öffentlichen Gesamtausgaben ist zu berücksichtigen, daß dieser Indikator ganz entscheidend von der Höhe der Staatsausgaben insgesamt abhängt und insofern davon beeinflusst wird, ob sich der Staat an den verschiedenen gesellschaftlichen Aufgaben (wie z. B. Verkehrswesen, Wohnungsbau) mit hohen oder mit niedrigen öffentlichen Mitteln beteiligt. Bei hohen öffentlichen Gesamtausgaben, wie in Deutschland, relativiert sich der ausgewiesene Prozentsatz deshalb beträchtlich. Ferner ist auch an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß ein wesentlicher Teil der Ausgaben für die berufliche Bildung in Deutschland von der Privatwirtschaft getragen wird und insofern nicht bei den öffentlichen Bildungsausgaben zu Buche schlägt. Auch läßt die Abgrenzung der OECD (vgl. Vorbemerkung zu Teil V) im Vergleich zu den für das nationale Bildungsbudget üblichen Berechnungsmethoden die öffentlichen Bildungsausgaben der Bundesrepublik Deutschland niedriger erscheinen. In der Abgrenzung des Bildungsbudgets liegt der entsprechende Anteil für Deutschland mit 12,6 % deutlich höher als von der OECD in Tabelle 25 ausgewiesen.

Für eine vergleichende Zeitreihe ab 1970 fehlen mit diesen Angaben methodisch vergleichbare Daten. Anhaltspunkte lassen sich jedoch aus einer OECD-Statistik gewinnen, in der die prozentualen Anteile der

Tabelle 24: Prozentualer Anteil der öffentlichen bzw. privaten Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt in den zehn größten Industrieländern 1991

Land	Insgesamt	Öffentliche Ausgaben	Private Ausgaben
Deutschland*)	5,4	4,0	1,5
USA	7,0	5,5	1,5
Japan	5,0	3,7	1,3
Frankreich	6,0	5,4	0,6
Italien	–	–	–
Vereinigtes Königreich	–	5,3	–
Kanada	7,4	6,7	0,7
Spanien	5,6	4,5	1,1
Australien	5,5	4,7	0,8
Niederlande	5,8	5,6	0,1

*) Früheres Bundesgebiet.

Quelle: OECD.

Tabelle 25: Prozentualer Anteil der staatlichen und kommunalen Bildungsausgaben an den öffentlichen Gesamtausgaben in den zehn größten Industrieländern im Jahr 1991

Land	
Deutschland*)	8,0 (12,6) ¹⁾
USA	14,7
Japan	11,4
Frankreich	10,6
Italien	–
Vereinigtes Königreich	12,5
Kanada	13,8
Spanien	–
Australien	12,6
Niederlande	9,8

*) Früheres Bundesgebiet.

1) Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Grund- und Strukturdaten 1993/94 (die Unterschiede sind wesentlich durch die unterschiedliche Höhe der öffentlichen Gesamtausgaben, vor allem auch der von der OECD in den Vergleich einbezogenen Ausgaben der Sozialversicherung bedingt).

Quelle: OECD.

staatlichen und kommunalen Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt seit 1975 dargestellt sind (Tabelle 26).

Die unterschiedliche Höhe der Prozentsätze und ihre Entwicklungstendenz seit 1975 spiegeln zum Teil auch die unterschiedliche demographische Entwicklung in den einzelnen Ländern wider. So führen rückläufige Bevölkerungszahlen bei den jüngeren Altersjährgängen (insbesondere im Schulbereich) tendenziell zu einem verringerten Bildungsaufwand. 1975 lag die Zahl der sechs- bis unter 19jährigen in der Bundesrepublik Deutschland um mehr als 50 % höher als 1991. Die absoluten Beträge der Bildungsausgaben der öffentlichen Hand in der Bundesrepublik Deutschland sind seit 1975 stetig angewachsen, ihre Relation zum stärker gestiegenen Bruttoinlandsprodukt ist jedoch zurückgegangen.

Auch die Höhe der Bildungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung (ohne Ausgaben für Weiterbildung) läßt sich für 1991 aus dem Indikatorenprojekt der OECD ableiten (vgl. Tabelle 27). Eine weitergehende Differenzierung der Ausgaben nach Allgemeinbildung, beruflicher Erstausbildung sowie Weiterbildung ist aber wegen fehlender international vergleichbarer Defini-

Tabelle 26: Prozentuale Anteile der staatlichen und kommunalen Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt in den zehn größten Industrieländern in den Jahren 1975 bis 1990*)

Land	1975	1980	1984	1986	1987	1988	1989	1990
Deutschland**)	5,2	5,0	4,4	4,3	4,3	4,1	4,0	3,9
USA	5,4	4,8	4,5	4,8	4,8	5,2	5,2	5,4
Japan	5,4	5,7	5,3	5,0	5,0	4,7	4,8	–
Frankreich	5,2	5,1	5,7	5,6	5,5	5,4	5,3	5,3
Italien	4,1	4,4	5,1	5,0	–	4,9	–	–
Vereinigtes Königreich	–	–	5,2	5,0	5,0	4,7	4,7	4,9
Kanada	7,1	6,8	6,5	6,7	6,5	6,4	6,2	6,6
Spanien	–	–	–	–	–	3,9	4,2	–
Australien	5,9	5,4	5,6	5,3	4,9	4,7	4,9	5,1
Niederlande	8,1	7,7	6,7	6,6	7,0	6,6	6,2	6,0

*) Abgrenzung der Bildungsausgaben teilweise abweichend von Tabellen 24 und 25.

***) Früheres Bundesgebiet.

Quelle: OECD; für 1989 und 1990 zum Teil vorläufige Daten der OECD und UNESCO.

Tabelle 27: Bildungsausgaben 1991 pro Kopf der Bevölkerung in den zehn größten Industrieländern
– Angaben in DM unter Berücksichtigung der Kaufkraftparität –

Land	Insgesamt	darunter: Pimar- und Sekundarausbildung	darunter: Tertiärausbildung
Deutschland*)	2 203,2	1 550,4	367,2
USA	3 289,7	1 973,8	1 127,9
Japan	1 930,0	1 196,6	347,4
Frankreich	2 281,2	–	–
Italien	–	–	–
Vereinigtes Königreich	–	–	–
Kanada	3 042,2	–	1 068,9
Spanien	1 487,2	1 009,2	265,6
Australien	1 890,2	1 168,5	687,3
Niederlande	1 997,1	1 239,6	585,4

*) Früheres Bundesgebiet.

Quelle: Eigene Berechnungen.

tionen für die genannten Sektoren nicht möglich. Lediglich die Ausgaben für die berufliche Erstausbildung in Hochschulen und sonstigen Einrichtungen des tertiären Bildungsbereichs (z. B. Fachschulen) sind ablesbar.

Mit Bildungsausgaben in Höhe von insgesamt 2 203 DM pro Kopf der Bevölkerung belegt Deutschland einen Mittelplatz innerhalb der zehn größten Industrieländer. Japan liegt mit 1 930 DM knapp hinter, die USA liegen mit 3 289 DM deutlich vor Deutschland. Auf die Tertiärausbildung bezogen sind die Bildungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung in den USA und Kanada rund dreimal höher als in Deutschland. Dies liegt daran, daß diese Länder im Gegensatz zu Deutschland kein ausgebautes berufliches Bildungswesen im Sekundarbereich haben, sondern entsprechende Qualifikationen im Tertiären Bereich vermitteln (College-Ausbildung).

17. Wie hoch ist das durchschnittliche Berufseintrittsalter von Absolventen des dualen Systems, vollzeitschulischer Berufsbildungsgänge und der wissenschaftlichen Berufsbildung an Hochschulen im Vergleich zu den zehn größten Industrieländern und in der Europäischen Gemeinschaft?

Auf welchen gesicherten und vergleichbaren statistischen Erhebungen beruhen diese Angaben?

International vergleichbare, verlässliche Angaben zum Berufseintrittsalter liegen nicht vor. Das erwähnte Indikatorenprojekt der OECD enthält lediglich Werte über die Regeldauer des Schul- und Hochschulbesuchs, die jedoch mehr oder weniger stark von der tatsächlichen Situation beim Übergang in den Beruf abweichen.

Anhaltspunkte für die tatsächliche zeitliche Verteilung des Berufseintritts im internationalen Vergleich lassen sich dagegen aus den altersspezifischen Übersichten der OECD gewinnen (prozentualer Anteil von Schülern bzw. Studenten am jeweiligen Altersjahrgang, vgl.

Tabellen 28, 29 und 30). Angaben sind nur in Anlehnung an die Internationale Standardklassifikation für Bildung (International Standard Classification for Education – ISCED) der UNESCO nach drei Bildungsstufen verfügbar (Schüler der Sekundarstufe II, Studenten an Fachschulen, Studenten an Universitäten und Fachhochschulen).

Darüber hinaus zeigt Tabelle 31 (ausschließlich für den Bereich der Universitäten und Fachhochschulen) den prozentualen Anteil der 26- bis 29jährigen Studenten an den entsprechenden Altersjahrgängen. Sie macht den starken Altersüberhang in Deutschland gegenüber den Vergleichsländern besonders deutlich.

18. Wie hat sich seit 1970 – absolut und im Verhältnis zu dem jeweiligen Altersjahrgang bzw. der gesamten Bevölkerung und differenziert nach Geschlecht – das Qualifikationsniveau in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu den zehn größten Industrieländern und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft entwickelt, unterschieden nach Un- und Angelernten, Fachkräften mit mittleren Abschlüssen und mit Hochschulabschlüssen sowie anerkannten Weiterbildungsabschlüssen?

Das Qualifikationsniveau der Bevölkerung kann nur nach dem Stand von 1991 und ebenfalls nur in Anlehnung an die einheitlich festgelegten Bildungsstufen der ISCED festgestellt werden. Vergleichbare statistische Ergebnisse für weiter differenzierte einzelne Abschlußarten liegen derzeit nicht vor.

Tabelle 32 zeigt die prozentualen Anteile der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren dementsprechend nach folgenden Qualifikationsstufen in den zehn größten Industrieländern und in den Mitgliedsländern der Europäischen Union: höchstens Abschluß auf Sekundarstufe I, höchstens Abschluß auf Sekundarstufe II (Abitur, abgeschlossene Berufsausbildung) sowie Hochschulabschluß (einschließlich Fachschulen).

Tabelle 28: Prozentuale Anteile der Schüler am jeweiligen Altersjahrgang im Sekundarbereich II in den zehn größten Industrieländern sowie in den Mitgliedsländern der Europäischen Union im Jahr 1991

Alter	17	18	19	20	21	22	23	24
Deutschland*)	81,1	78,5	53,5	29,0	15,4	19,3 ¹⁾	1,6	1,1
USA	73,2	20,5	4,8	0,9	0,9	0,4	0,3	0,5
Japan	88,8	1,8	–	–	–	–	–	–
Frankreich	81,5	56,3	31,4	10,6	2,6	0,8	0,1	0,0
Italien	–	–	–	–	–	–	–	–
Vereinigtes Königreich	43,1	12,3	3,4	1,4	0,9	0,7	0,6	0,5
Kanada	69,8	35,5	11,1	13,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Spanien	63,9	34,6	19,6	10,2	8,5	6,7	5,0	3,3
Australien	–	–	–	–	–	–	–	–
Niederlande	72,0	62,0	40,7	24,2	14,1	6,3	4,9	–
Belgien	69,8	35,5	11,1	13,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Dänemark	73,2	20,5	4,8	0,9	0,9	0,4	0,3	0,5
Portugal	49,0	32,9	19,6	12,6	4,9	1,0	0,6	1,5
Griechenland	–	–	–	–	–	–	–	–
Irland	64,0	28,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Luxemburg	–	–	–	–	–	–	–	–

*) Früheres Bundesgebiet.

1) Der prozentuale Anstieg beruht darauf, daß alle Berufsschüler, die 22 und mehr Jahre alt sind, statistisch bei den 22jährigen Schülern ausgewiesen werden.

Quelle: OECD.

Tabelle 29: Prozentuale Anteile der Studenten am jeweiligen Altersjahrgang an Fachschulen in den zehn größten Industrieländern sowie in den Mitgliedsländern der Europäischen Union im Jahr 1991

Alter	17	18	19	20	21	22	23	24
Deutschland*)	0,5	1,3	2,0	2,3	1,9	1,6	1,4	1,5
USA	1,2	10,0	10,6	6,0	3,7	2,5	1,3	2,1
Japan	–	–	–	–	–	–	–	–
Frankreich	0,2	3,9	9,0	11,0	8,5	4,6	2,6	0,8
Italien	–	–	–	–	–	–	–	–
Vereinigtes Königreich	0,2	1,9	2,4	2,1	1,3	0,7	0,4	0,3
Kanada	2,4	6,1	10,1	9,4	6,6	4,3	2,9	2,0
Spanien	–	–	–	–	–	–	–	–
Australien	3,4	5,7	4,6	3,0	1,7	1,1	0,9	0,7
Niederlande	1,6	6,5	11,3	14,1	14,1	11,6	7,7	4,7
Belgien	0,1	10,4	16,9	17,2	11,5	5,9	2,6	1,0
Dänemark	0,0	0,0	0,4	0,9	1,6	2,0	1,8	1,6
Portugal	0,0	3,0	3,7	4,4	3,7	3,3	2,5	1,7
Griechenland	–	–	–	–	–	–	–	–
Irland	3,1	9,4	10,2	6,8	3,3	1,7	1,0	0,7
Luxemburg	–	–	–	–	–	–	–	–

*) Früheres Bundesgebiet.

Quelle: OECD.

Tabelle 30: Prozentuale Anteile der Studenten am jeweiligen Altersjahrgang an Universitäten/Fachhochschulen in den zehn größten Industrieländern sowie in den Mitgliedsländern der Europäischen Union im Jahr 1991

Alter	17	18	19	20	21	22	23	24
Deutschland*)	0,0	0,2	3,7	8,9	12,5	14,4	15,3	15,0
USA	2,6	24,5	22,9	23,3	20,5	14,8	10,0	5,6
Japan	–	–	–	–	–	–	–	–
Frankreich	1,6	14,8	19,8	20,8	18,8	15,8	12,1	8,4
Italien	–	–	–	–	–	–	–	–
Vereinigtes Königreich	1,0	11,5	14,8	12,8	10,4	5,3	3,1	2,1
Kanada	7,1	17,6	24,4	23,3	21,0	16,4	10,6	6,9
Spanien	0,4	17,4	22,3	23,2	22,2	20,2	15,9	11,9
Australien	10,7	18,8	17,7	14,4	9,5	6,1	3,9	2,8
Niederlande	0,0	4,2	7,4	8,5	8,5	8,3	8,2	6,6
Belgien	0,6	16,9	17,8	16,1	14,7	11,7	7,7	4,7
Dänemark	0,0	0,4	4,8	10,5	14,9	17,4	19,5	16,9
Portugal	0,0	6,1	7,8	9,0	7,8	6,8	5,1	3,5
Griechenland	–	–	–	–	–	–	–	–
Irland	3,5	11,9	14,1	13,9	10,8	7,1	4,0	2,4
Luxemburg	–	–	–	–	–	–	–	–

*) Früheres Bundesgebiet.

Quelle: OECD.

Tabelle 31: Prozentuale Anteile der 26- bis 29jährigen Studenten an Universitäten/Fachhochschulen an der entsprechenden Altersgruppe in den zehn größten Industrieländern sowie in den Mitgliedsländern der Europäischen Union im Jahr 1991

Alter	26 bis 29 Jahre
Deutschland*)	9,3
USA	2,5
Japan	–
Frankreich	3,7
Italien	–
Vereinigtes Königreich	0,9
Kanada	2,6
Spanien	5,3
Australien	1,4
Niederlande	2,2
Belgien	1,5
Dänemark	8,8
Portugal	1,5
Griechenland	–
Irland	0
Luxemburg	–

*) Früheres Bundesgebiet.

Quelle: OECD.

Der Bildungsstand der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren belegt für Deutschland ein im internationalen Vergleich sehr beachtliches Bildungsniveau. Insbe-

sondere der hohe Anteil der 25- bis 64jährigen mit einem Abschluß der Sekundarstufe II (60 %) fällt ins Auge. Bei den hohen Prozentwerten der Länder USA und Kanada für den Anteil der 25- bis 64jährigen mit Hochschulabschluß ist zu beachten, daß hierin auch die Zahl der Absolventen mit College-Ausbildung (Bachelor-Abschluß) enthalten ist.

Eine Untergliederung nach Altersgruppen liegt lediglich für die Personen mit einem Abschluß der Sekundarstufe II vor (vgl. Tabelle 33). Hier ist für alle Länder ein deutlicher Anstieg dieser wichtigen Qualifikationsstufe in den jüngeren Jahrganggruppen zu erkennen. In Deutschland liegt der prozentuale Anteil nicht nur bei den jüngeren, sondern auch bei den älteren Jahrgängen auf hohem Niveau.

Hinweise auf geschlechtsspezifische Unterschiede können der Tabelle 34 über den Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung von 25 bis 64 Jahren nach vier unterschiedlichen Qualifikationsstufen entnommen werden.

Ursache für das unterschiedliche Abschneiden der deutschen Frauen vor allem im Bereich der Hochschulbildung ist eine geringe Studienbeteiligung von Frauen besonders in den älteren Jahrgängen. Die stärkere Beteiligung von Frauen in den akademischen Ausbildungsgängen hat in Deutschland später eingesetzt als in einer Reihe anderer Vergleichsländer.

Zuverlässige Vergleichsdaten zu den hier mitgeteilten Quoten für frühere Jahre liegen derzeit nicht vor.

Tabelle 32: Prozentualer Anteile der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren nach erreichter höchster Qualifikationsstufe in den zehn größten Industrieländern und in den Mitgliedsländern der Europäischen Union im Jahr 1991

	höchstens Sekundarstufe I	höchstens Sekundarstufe II	Hochschul- abschluß
Deutschland*)	18	60	22
USA	17	47	36
Japan	–	–	–
Frankreich	49	35	15
Italien	72	22	6
Vereinigtes Königreich	35	49	16
Kanada	24	36	40
Spanien	78	12	10
Australien	44	25	31
Niederlande	44	37	20
Belgien	57	24	20
Dänemark	39	43	18
Portugal	93	3	4
Griechenland	–	–	–
Irland	60	24	16
Luxemburg	–	–	–

*) Früheres Bundesgebiet.

Quelle: OECD.

Tabelle 33: Prozentualer Anteil der Personen mit einem Abschluß der Sekundarstufe II nach Altersgruppen in den zehn größten Industrieländern und in den Mitgliedsländern der Europäischen Union im Jahr 1991

	Altersgruppe 25 bis 34	Altersgruppe 35 bis 44	Altersgruppe 45 bis 54	Altersgruppe 55 bis 64
Deutschland*)	88	86	79	67
USA	86	88	81	72
Japan	–	–	–	–
Frankreich	66	56	45	27
Italien	43	34	20	12
Vereinigtes Königreich	79	69	58	48
Kanada	86	82	68	54
Spanien	40	23	12	8
Australien	64	62	54	40
Niederlande	67	59	50	40
Belgien	58	49	37	22
Dänemark	75	64	57	43
Portugal	12	8	5	3
Griechenland	–	–	–	–
Irland	54	41	33	24
Luxemburg	–	–	–	–

*) Früheres Bundesgebiet.

Quelle: OECD.

Tabelle 34: Prozentualer Anteil der Frauen von 25 bis 64 Jahren in den Qualifikationsstufen in den zehn größten Industrieländern und in den Mitgliedsländern der Europäischen Union im Jahr 1991

	höchstens Sekundar- stufe I	höchstens Sekundar- stufe II	höchstens Fachschul- abschluß	Hochschul- abschluß
Deutschland*)	71	49	35	35
USA	50	54	51	46
Japan	–	–	–	–
Frankreich	55	45	58	45
Italien	52	48	–	43
Vereinigtes Königreich	59	45	60	36
Kanada	50	54	50	45
Spanien	53	43	–	47
Australien	58	26	66	39
Niederlande	57	45	47	31
Belgien	52	47	59	35
Dänemark	55	45	55	47
Portugal	52	44	77	47
Griechenland	–	–	–	–
Irland	47	58	51	40
Luxemburg	–	–	–	–

*) Früheres Bundesgebiet.

Quelle: OECD.

VI. Entwicklung der Lohnstückkosten

19. Wie haben sich die Lohnstückkosten in DM seit 1982 entwickelt?

Die Lohnstückkosten werden gesamtwirtschaftlich in der Regel als Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (nach dem Arbeitsortkonzept) dividiert durch das Bruttoinlandsprodukt zu konstanten Preisen (hier des Jahres 1991) je Erwerbstätigen gemessen. In ihnen spiegeln sich die um den Produktivitätsfortschritt bereinigten Kosten des Arbeitseinsatzes in der Gesamtwirtschaft wider.

Die so definierten Lohnstückkosten haben sich im früheren Bundesgebiet seit 1982 wie folgt entwickelt:

Tabelle 35: Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten im früheren Bundesgebiet

Jahr ¹⁾	1991 = 100	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %
1982	86,6	4,0
1983	86,9	0,3
1984	87,6	0,8
1985	89,0	1,6
1986	91,4	2,7
1987	93,6	2,4
1988	93,7	0,1
1989	94,3	0,6
1990	96,3	2,1
1991	100,0	3,8
1992	104,7	4,7
1993	108,3	3,5

1) Ergebnisse ab 1991 sind vorläufig.

Quelle: Eigene Berechnung auf der Grundlage von Angaben des Statistischen Bundesamtes.

In dieser Entwicklung zeigt sich, daß die lange Wachstumsphase der westdeutschen Wirtschaft bis zu Beginn der neunziger Jahre, die mit einem Beschäftigungszuwachs von 3¼ Mio. einherging, von einer verantwortungsbewußten Lohnpolitik der autonomen Tarifpartner begleitet war. Seit 1991 sind dagegen trotz des durch die deutsche Vereinigung verengten Verteilungsspielraums die Lohnstückkosten – auch im Zusammenhang mit der 1992 einsetzenden konjunkturellen Schwäche – kräftig gestiegen.

20. Wie haben sich die Lohnstückkosten in den zehn größten Industriestaaten einschließlich der Bundesrepublik Deutschland (West) im gleichen Zeitraum in der jeweiligen Landeswährung entwickelt?

Wie stellt sich die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den Ländern dar?

Verglichen mit den neun anderen führenden Industrieländern haben die nominalen Lohnstückkosten in Westdeutschland während des Zeitraumes von 1982 bis 1992 relativ moderat zugenommen (vgl. Tabelle 36). Der jahresdurchschnittliche Zuwachs betrug 1,9 %. Nur in den Niederlanden und in Japan lag der Anstieg der Lohnstückkosten während dieses Zeitraumes unter diesem Wert. Diese Entwicklung ist u. a. auf die in den achtziger Jahren im internationalen Vergleich relativ geringen Zuwächse der Bruttolohn- und -gehaltssumme pro beschäftigten Arbeitnehmer zurückzuführen. In den neunziger Jahren hat sich dieses Bild jedoch geändert. In den meisten der betrachteten Länder sind die Lohnstückkosten in den Jahren 1990 bis 1992 deutlich stärker gestiegen als im vorangegangenen Zeitraum. In Deutschland hat sich der jahresdurchschnittliche Lohnstückkostenanstieg in

Tabelle 36: Entwicklung der Lohnstückkosten*) in den zehn größten Industrieländern während des Zeitraums von 1983 bis 1992
– Veränderung gegenüber Vorjahr in % –

	1982/ 1992	1990/ 1992	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992
Deutschland**)	1,9	3,5	4,0	0,4	0,7	1,6	2,7	2,4	0,1	0,7	2,0	3,9	4,7
Vereinigte Staaten	3,5	4,4	8,3	2,5	2,5	3,4	2,9	3,8	4,2	3,1	5,3	4,6	3,2
Japan	0,8	2,2	1,5	1,0	-0,0	-1,4	1,4	-0,1	-0,8	1,8	2,6	2,5	1,5
Frankreich	3,5	3,1	11,7	8,8	5,7	4,4	2,2	1,8	0,9	1,9	3,7	3,8	1,9
Italien	7,6	7,2	16,6	15,7	9,3	8,3	5,3	5,4	5,4	5,8	9,8	8,2	3,6
Großbritannien	5,8	7,0	4,7	3,4	5,4	5,3	3,5	4,2	6,1	9,4	9,8	7,2	3,9
Kanada	3,5	4,4	10,9	2,0	1,4	2,5	3,0	4,1	4,1	4,9	6,0	4,6	2,5
Spanien	7,0	7,5	10,9	10,8	5,8	7,0	7,6	5,5	5,3	5,2	8,8	6,6	7,1
Australien	4,6	2,9	12,9	-0,1	5,0	6,4	6,9	4,4	7,0	7,5	5,4	2,4	1,0
Niederlande	0,7	3,1	4,6	-0,2	-2,9	0,4	1,4	1,5	-0,1	-1,9	1,5	3,9	3,9

*) Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer zu jeweiligen Preisen bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1985 je zivilen Erwerbstätigen. Aufgrund der unterschiedlichen Preisbasis weichen die für Deutschland ausgewiesenen Werte geringfügig von den zu Frage 19 gemachten Angaben ab.

***) Früheres Bundesgebiet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD.

Tabelle 37: Entwicklung der Arbeitsproduktivität*) in den zehn größten Industrieländern während des Zeitraums von 1983 bis 1992
– Veränderung gegenüber Vorjahr in % –

	1982/ 1992	1990/ 1992	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992
Deutschland**)	1,9	1,9	0,3	3,2	2,6	1,3	0,9	0,7	2,9	2,1	2,6	1,9	1,0
Vereinigte Staaten	1,0	0,7	-0,5	2,4	1,7	0,8	1,0	0,2	1,1	0,4	-0,4	0,5	1,9
Japan	2,6	1,6	2,3	1,2	3,9	4,4	1,8	3,2	4,5	2,7	2,6	2,0	0,2
Frankreich	2,0	1,2	2,1	1,2	2,4	2,1	2,3	1,9	3,4	2,6	1,4	0,3	1,9
Italien	1,8	1,0	-0,3	0,3	2,3	1,7	2,1	2,7	3,2	2,9	1,0	0,5	1,6
Vereinigtes Königreich	1,8	0,6	3,6	5,1	0,5	2,2	4,4	2,9	1,7	-0,4	-0,7	0,7	1,9
Kanada	1,3	0,2	0,3	2,6	3,9	2,0	0,5	1,2	1,7	0,4	-0,9	0,1	1,5
Spanien	1,8	1,7	2,5	2,7	4,0	0,9	1,8	1,1	1,7	1,3	0,5	1,7	2,8
Australien	1,3	1,7	-0,3	4,9	1,8	-0,3	0,0	2,2	0,4	-0,9	0,1	2,2	3,0
Niederlande	1,2	1,0	1,1	3,4	-3,2	1,1	0,8	-3,4	1,0	2,7	1,7	0,6	0,6

*) Bruttoinlandsprodukt in Landeswährung zu Preisen von 1985 je zivilen Erwerbstätigen.

***) Früheres Bundesgebiet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD.

diesen Jahren mit 3,5 % gegenüber dem Vergleichswert für die Jahre 1982 bis 1989 im Zusammenhang mit Tarifabschlüssen, die das wirtschaftliche Leistungsvermögen zunehmend überforderten, mehr als verdoppelt. Nur noch Spanien, Italien, Großbritannien und die USA hatten in diesem Zeitraum höhere Zuwachsraten zu verzeichnen.

Wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung der Lohnstückkosten hat neben den Lohnkosten die Arbeitsproduktivität, die in Westdeutschland während des Zeitraums von 1982 bis 1992 um jahresdurchschnittlich 1,9 % zunahm. Japan und geringfügig auch Frankreich wiesen in diesem Zeitraum einen stärkeren Produktivitätsanstieg auf. Abgesehen von konjunkturbedingten Schwankungen der Kapazitätsauslastung werden die Arbeitsproduktivitäten u. a. auch von der Qualifikation der Erwerbstätigen sowie der Kapitalintensität der Pro-

duktion bestimmt. So dürfte die rege Investitionstätigkeit, insbesondere in den Jahren 1988 bis 1990, den Zuwachs der westdeutschen Arbeitsproduktivität gestützt und damit den Anstieg der Lohnstückkosten in diesem Zeitraum begrenzt haben.

Für die Entwicklung von Lohnstückkosten und Arbeitsproduktivitäten im internationalen Vergleich liegen für 1993 noch keine zuverlässigen Zahlen vor. Da die USA, Kanada und Großbritannien sich in einem gefestigten Aufschwung befinden, dürfte die Arbeitsproduktivität in diesen Ländern derzeit schneller steigen als in Deutschland. Die Lohnstückkosten in diesen Ländern könnten dementsprechend weniger stark zunehmen. Wenn sich im Laufe des Jahres 1994 das Wirtschaftswachstum in Japan und Deutschland festigt, dürften sich entsprechende Entwicklungen auch in diesen Ländern ergeben.

Lohnstückkosten, die in jeweiligen Währungen gemessen wurden, und Arbeitsproduktivitäten sind zwar wichtige Indikatoren für die internationale Wettbewerbsfähigkeit, gleichwohl dürfen diese Größen nicht isoliert betrachtet werden. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten kann erst im Zusammenhang mit der Entwicklung der anderen Kostenfaktoren, z. B. der Belastung der Unternehmen mit Steuern sowie staatlichen Auflagen und Regulierungen, und mit der Wechselkursentwicklung (vgl. die Antwort zu Frage 4) beurteilt werden.

21. Welche Sondereinflüsse gehen von der Lohnstückkostenentwicklung in den neuen Bundesländern auf die gesamtdeutsche Lohnstückkostenentwicklung aus?

Wie wirkt sich eine Veränderung der Kapazitätsauslastung der Betriebe auf die Entwicklung der Lohnstückkosten aus?

Wie sehen die Zahlen seit 1982 aus?

In den neuen Ländern zeigt sich im Vergleich zu Westdeutschland noch immer ein erhebliches Mißverhältnis zwischen dem Lohnkostenniveau einerseits und dem Produktivitätsniveau andererseits. Das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten (Lohnkostenniveau) erreichte 1991 bereits 46 % des Vergleichswertes der alten Länder, während das nominale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Produktivität) lediglich bei knapp 28 % des westdeutschen Niveaus lag. Daraus errechnet sich ein Lohnstückkostenniveau, welches im ersten Jahr nach der Wiedervereinigung um fast 66 % über dem westdeutschen Vergleichswert lag. In den beiden Folgejahren ist das unter Einschluß des u. a. durch den Subventionsabbau bedingten Preisanpassungsprozesses in den neuen Ländern berechnete Produktivitätsniveau um 18 Prozentpunkte auf knapp 46 % des westdeutschen Vergleichswertes im Jahr 1993 angestiegen. In diesem starken Anstieg spiegeln sich neben dem Wachstumsvorsprung Ostdeutschlands seit 1992 vor allem auch der spürbare Rückgang der Erwerbstätigkeit und der Abbau von Preissubventionen insbesondere in der Wohnungswirtschaft wider. Das Lohnkostenniveau expandierte als Folge der tarifvertraglich vereinbarten Stufenanhebungen im gleichen Zeitraum um rund 20 Prozentpunkte auf etwa 66 % des Niveaus der alten Länder. Deswegen konnte das Lohnstückkostenniveau – als Maßstab für den relativen Überhang der Lohnkosten über die Produktivität – nur von rund 166 % (1991) über 155 % (1992) auf rund 144 % (1993) des westdeutschen Vergleichswertes zurückgeführt werden. Für das laufende Jahr ist mit einem weiteren Rückgang des Lohnstückkostenüberhangs in den neuen Ländern zu rechnen.

Während sich in den Jahren 1991 bis 1993 der Lohnstückkostenanstieg auf Basis der realen Produktivitätszunahmen, d. h. unter Ausschaltung der raschen Preisanpassung in den neuen Ländern an das westliche Niveau, in Westdeutschland auf 8,3 % belief, stiegen die Lohnstückkosten in Ostdeutschland um 13,3 %. Der Anstieg in Ostdeutschland führte dazu, daß die

gesamtdeutsche Rate mit 10,1 % um 1,8 Prozentpunkte über der westdeutschen Rate lag.

Eine Veränderung der Kapazitätsauslastung des Bruttoanlagevermögens kann sowohl direkte als auch indirekte Wirkungen auf die Lohnstückkosten ausüben. Ob beispielsweise ein Anstieg der Kapazitätsauslastung gleichzeitig mit einer moderateren Lohnstückkostenentwicklung verbunden ist, hängt davon ab, ob die Mehrproduktion in erster Linie durch einen Anstieg der Produktivität zustande kommt oder mit einer Erhöhung der Zahl der Beschäftigten und/oder einer Erhöhung der durchschnittlichen Lohnkosten je Beschäftigten (z. B. durch Überstundenzuschläge) verbunden ist. Eindeutige Aussagen lassen sich nur bei Zugrundelegung strikter Annahmen treffen, die in der Realität selten vorliegen; z. B. führt bei gegebenen nominalen Lohnkosten und unverändertem Beschäftigungsstand eine Erhöhung der Kapazitätsauslastung kurzfristig zu einer Entlastung bei den Lohnstückkosten, eine sinkende Kapazitätsauslastung hat umgekehrt einen Anstieg der Lohnstückkosten zur Folge.

Die Lohnstückkostenentwicklung und die Kapazitätsauslastung in den alten Ländern im Zeitraum von 1982 bis 1993 können der Tabelle 38 entnommen werden. Die Gegenüberstellung der Entwicklung von Kapazitätsauslastung und Lohnstückkosten im alten Bundesgebiet macht deutlich, daß sowohl Mitte der achtziger Jahre als auch Anfang der neunziger Jahre sich zunächst der Lohnstückkostenanstieg beschleunigte und erst mit zeitlicher Verzögerung der Rückgang der Kapazitätsauslastung folgte.

Tabelle 38: Auslastungsgrad des Produktionspotentials und Lohnstückkostenentwicklung im früheren Bundesgebiet im Zeitraum von 1982 bis 1993

	Auslastungsgrad des Produktionspotentials		Lohnstückkosten	
	Index	Veränderung gg. Vorjahr %	Index	Veränderung gg. Vorjahr %
1982	93,2	- 2,4	86,6	4,0
1983	93,6	0,4	86,9	0,3
1984	94,4	0,9	87,6	0,8
1985	94,7	0,3	89,0	1,6
1986	94,8	0,1	91,4	2,7
1987	94,1	- 0,7	93,6	2,4
1988	95,4	1,4	93,7	0,1
1989	96,6	1,3	94,3	0,6
1990	99,0	2,5	96,3	2,1
1991	100,0	1,0	100,0	3,8
1992	98,5	- 1,5	104,7	4,7
1993	95,0	- 3,6	108,3	3,5

Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; eigene Berechnungen auf der Basis der vorläufigen Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes (Rechenstand: März 1994).

22. Gibt es sektorale und branchenbezogene Unterschiede bei der Lohnstückkostenentwicklung in Ostdeutschland?

Wenn ja, wie sind sie zu erklären?

In der üblichen, den Antworten zu den Fragen 19 bis 21 zugrundeliegenden Definition der Lohnstückkosten sind nur statistische Daten für die Gesamtwirtschaft, aber nicht für einzelne Sektoren verfügbar. Aus diesem Grunde wird im folgenden die Entwicklung der Lohnstückkosten behelfsweise anhand des Quotienten aus der Veränderung der Pro-Kopf-Löhne, bei denen die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung unberück-

sichtigt bleiben, und der Veränderung der Produktivität errechnet. Letztere wird anhand des Verlaufs des monatlichen Produktionsindex und des Verlaufs der Beschäftigung ermittelt. Diese Daten liegen nur für den Bergbau, das Verarbeitende Gewerbe und das Bauhauptgewerbe für Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr vor. Einen Überblick über die Veränderungen dieser Größen von 1991 bis 1993 gibt Tabelle 39. Andere wichtige Sektoren, wie z. B. der Dienstleistungsbereich und der Handel, können hingegen nicht in die Analyse einbezogen werden, da hierfür selbst die für die behelfsmäßige Ermittlung notwendigen statistischen Zahlen nicht vorliegen.

Tabelle 39: Lohnstückkosten in den neuen Ländern und Berlin-Ost¹⁾

	Veränderungen 1993 gegenüber 1991 in %			
	Beschäftigte	Pro-Kopf-Löhne	Produktivität	Lohnstückkosten
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe	- 58,1	95,5	135,8	- 17,1
Bergbau	- 57,4	96,2	30,5	50,3
Verarbeitendes Gewerbe	- 58,1	95,0	135,5	- 23,1
- Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 59,2	90,7	176,0	- 30,9
darunter:				
Mineralölverarbeitung	- 58,3	59,5	157,1	- 38,0
Gewinnung u. Verarbeitung von				
Steinen und Erden	- 36,7	101,1	246,8	- 42,0
Eisenschaffende Industrie	- 72,7	76,2	230,4	- 46,7
Gießerei	- 63,2	81,5	88,0	- 3,5
Chemische Industrie	- 58,1	89,5	75,7	7,9
- Investitionsgüterproduzierendes Gewerbe	- 57,6	88,9	130,9	- 18,2
darunter:				
Stahl- und Leichtmetallbau,				
Schienenfahrzeugbau	- 10,4	56,8	62,4	- 3,4
Maschinenbau	- 65,4	93,1	76,0	9,7
Straßenfahrzeugbau, Reparaturen usw.	- 52,7	104,9	261,3	- 43,3
Schiffbau	- 51,5	62,9	60,8	1,3
Elektrotechnik, Rep. v. Haushg.	- 64,3	125,2	193,6	- 23,3
Feinmechanik, Optik, H. v. Uhren	- 70,5	119,7	200,3	- 26,8
H. v. Büromaschinen, ADV Geräten				
und -Einrichtungen	- 89,4	131,1	476,4	- 59,9
- Verbrauchsgüterproduzierendes Gewerbe	- 63,5	103,8	228,2	- 37,9
darunter:				
Holzverarbeitung	- 49,5	73,5	150,9	- 30,8
Druckerei und Vervielfältigung	- 32,1	62,7	81,6	- 10,4
Textilgewerbe	- 77,6	117,4	221,9	- 32,5
Bekleidungs-gewerbe	- 78,2	89,9	208,3	- 38,4
- Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	- 46,0	66,7	103,1	- 17,9
Bauhauptgewerbe	6,2	43,4	36,3	5,2

1) Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr.

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Im Bauhauptgewerbe lagen die Lohnstückkosten im vergangenen Jahr um 5,2 % über ihrem Niveau von 1991. Dabei wurde ein Anstieg der Pro-Kopf-Löhne um 43,4 % durch einen gleichzeitigen Produktivitätszuwachs von 36,3 % nur z. T. ausgeglichen. Auffällig ist, daß im Vergleich zu den anderen Sektoren die beiden letztgenannten Steigerungsraten vergleichsweise klein sind. Der Grund hierfür liegt darin, daß sich der Strukturwandel im Bauhauptgewerbe aufgrund seiner Vorreiterposition besonders zügig vollzogen hat und sowohl die Pro-Kopf-Löhne als auch die Produktivität bereits 1991 auf einem relativ hohen Niveau lagen. Außerdem kam es im Baubereich zu einem Beschäftigungszuwachs.

Am ungünstigsten entwickelten sich die Lohnstückkosten im Bergbau, wo für 1991 bis 1993 ein Anstieg von 50,3 % zu verzeichnen ist. Bei den Pro-Kopf-Löhnen ergab sich hier ein beträchtlicher Zuwachs (+ 96,2 %), obwohl der Bergbau die geringste Produktivitätssteigerung aller betrachteten Sektoren auswies (+ 30,5 %). Letzteres kam dadurch zustande, daß zwar einerseits die Beschäftigung ähnlich stark wie in den anderen Bereichen abgebaut wurde (– 57,4 %), aber andererseits die Produktion besonders deutlich zurückging (– 44,4 %).

Im Gegensatz zum Bergbau und zum Bauhauptgewerbe erreichte das Verarbeitende Gewerbe, das im Basiszeitraum (2. Halbjahr 1990) ein Gewicht von rd. 60 % an der Gesamterzeugung des Produzierenden Gewerbes in den neuen Ländern besaß, eine Senkung der Lohnstückkosten um 23,1 %. Der starke Anstieg der Pro-Kopf-Löhne von 95,0 % wurde durch eine Produktivitätserhöhung von 153,5 % mehr als wettgemacht. Dieser Anstieg der Produktivität ist allerdings nur zu einem kleinen Teil auf eine Produktionsausweitung zurückzuführen (+ 6,2 %). In erster Linie handelt es sich um einen „passiven“ Produktivitätsanstieg, der durch einen starken Beschäftigungsabbau teuer erkauft werden mußte (– 58,1 %). Des weiteren darf die Verbesserung der Lohnstückkosten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe von 1991 auf 1993 nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese auch zuletzt immer noch deutlich über dem ohnehin sehr hohen Niveau in Westdeutschland gelegen haben dürften (vgl. Antwort zu Frage 21).

Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes konnte in allen vier Hauptgruppen ein Rückgang der Lohnstückkosten erreicht werden. Im Verbrauchsgüterbereich sowie im Grundstoff- und Produktionsgütersektor fiel dieser mit – 37,9 % und – 30,9 % spürbar stärker als im Investitionsgütergewerbe sowie im Nahrungs- und Genussmittelbereich aus (– 18,2 % bzw. – 17,9 %). Insgesamt war lediglich in drei der größeren Branchen (Chemische Industrie, Maschinenbau und Schiffbau) eine Erhöhung der Lohnstückkosten zu beobachten. Dies ist – vergleichbar mit der Entwicklung im Bergbau – darauf zurückzuführen, daß zum einen die Pro-Kopf-Löhne nahezu dem allgemeinen Trend folgten, während zum anderen die Produktivität – aufgrund vergleichsweise ungünstiger Produktionsergebnisse – nur relativ schwach stieg.

23. Welche Konzepte gibt es, um die Arbeitsproduktivität im internationalen Vergleich zu berechnen?

Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität wird auch für internationale Vergleiche in der Regel als Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung (Output) zu konstanten Preisen je Erwerbstätigen bzw. je Erwerbstätigenstunde (Input) berechnet. Sofern die Output- und Inputgrößen gemäß den internationalen Vereinbarungen über die Durchführung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelt werden, treten beim Vergleich der Produktivitätsentwicklung keine wesentlichen Probleme auf, da hierbei nur das Tempo des Produktivitätsfortschritts gemessen wird. Zwar hat die Wahl des im nationalen Bereich angewandten Preisbereinigungsverfahrens und des Basisjahres einen gewissen Einfluß, doch wird keine Währungsumrechnung benötigt.

Bei einem Niveauvergleich, der grundsätzlich nur in jeweiligen Preisen aussagefähig ist, kommt es jedoch zu einem nicht eindeutig lösbaren Bewertungs- bzw. Umrechnungsproblem. Die Umrechnung kann entweder mit Wechselkursen erfolgen, wie sie sich auf den Devisenmärkten bilden, oder mit fiktiven Kaufkraftparitäten.

Bei der Verwendung von Devisenkursen ist zu bedenken, daß sich die Wechselkurse kurzfristig nicht nur entsprechend der unterschiedlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten der betroffenen Länder entwickeln, sondern auch dem Einfluß von Geld- und Kapitalbewegungen unterliegen, die u. a. von der Geld- und Währungspolitik sowie allgemeinpolitischen Entwicklungen in den betroffenen Ländern und in dritten Ländern beeinflusst werden. Dies kann zu erheblichen Kurschwankungen führen. Damit werden die Ergebnisse internationaler Vergleiche von Produktivitätsniveau in hohem Maße durch die Wechselkurse beeinträchtigt, u. U. geht ihre Aussagekraft völlig verloren.

Mit Hilfe von Kaufkraftparitäten soll eine einheitliche Bewertung eines bestimmten Güterangebots in Regionen mit unterschiedlichen Währungen ermöglicht werden. Wechselkursänderungen, deren Ursachen in unterschiedlichen Preisentwicklungen in den betrachteten Ländern liegen, können im Prinzip auf diese Weise ausgeschaltet werden. Da die den Sozialprodukten der Länder zugrundeliegenden Güterstrukturen normalerweise ausgeprägte Unterschiede aufweisen und im Zeitverlauf mehr oder weniger starken Änderungen unterliegen, führen aber auch internationale Vergleiche der Produktivitätsniveaus auf der Basis von Kaufkraftparitäten nicht zu überzeugenden Ergebnissen, weil diese vor allem von der Wahl und der Struktur des zugrunde gelegten einheitlichen Warenkorbes abhängen.

VII. Entwicklung der Löhne und Gewinne in Deutschland

24. Wie haben sich seit 1982 die Löhne und Gewinne aufgeschlüsselt nach Jahren entwickelt
- nominal,
 - real?

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden die Einkommen aus unselbständiger Arbeit („Löhne“) sowie die Einkommen aus Unternehmertätigkeit („Gewinne“) und Vermögen unterschieden. Für die Berechnung der realen Entwicklung dieser beiden Einkommensarten gibt es keinen uneingeschränkt geeigneten Deflationierungsfaktor. Mit der gelegentlich und auch hier zugrunde gelegten Preisrate des privaten Verbrauchs wird unterstellt, daß sämtliche Bruttoeinkommen für den privaten Verbrauch verwendet werden. Damit wird allerdings vernachlässigt, daß erhebliche Anteile der Bruttoeinkommen als Steuer- und Sozialabgaben an den Staat abgeführt sowie gespart bzw. zur Finanzierung von Investitionen verwendet werden.

Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit sowie aus Unternehmertätigkeit und aus Vermögen haben sich im früheren Bundesgebiet seit 1982 nominal und „real“ mit der genannten Einschränkung wie folgt entwickelt:

25. War in diesem Zeitraum die Entwicklung bei den Entgelten über alle Entgeltgruppen gleichmäßig oder gab es unterschiedliche Entwicklungen in den jeweiligen Gruppen?

Wenn ja, wie haben sich die Gruppen entwickelt?

Das Statistische Bundesamt bildet für Zwecke der statistischen Analyse der Entwicklung der effektiven Entgelte Leistungsgruppen, die eine grobe Abstufung nach der Qualifikation darstellen. In einer Leistungsgruppe sind mehrere Lohn- bzw. Gehaltsgruppen aus den jeweiligen Tarifverträgen zusammengefaßt.

Bei Differenzierung in Arbeiter und Arbeiterinnen bzw. in männliche und weibliche Angestellte in den alten und neuen Bundesländern zeigt sich, daß die Entwicklung der Bruttoverdienste zwischen den Leistungsgruppen z.T. gleichmäßig (namentlich männliche Arbeiter in den alten Bundesländern), z.T. mit spürbaren Unterschieden (z.B. weibliche Angestellte in den alten Bundesländern) verlaufen ist. Während in

Tabelle 40: Entwicklung der Bruttoeinkommen im früheren Bundesgebiet
– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % –

Jahr ¹⁾	Bruttoeinkommen aus					
	unselbständiger Arbeit (Löhne)		Unternehmertätigkeit (Gewinne)		Vermögen	
	nominal	real ²⁾	nominal	real ²⁾	nominal	real ²⁾
1982	3,1	-1,8	- 1,4	- 6,1	16,6	10,9
1983	2,1	-1,1	25,5	21,6	- 15,5	- 18,1
1984	3,7	1,1	9,6	6,9	14,8	12,0
1985	3,9	2,1	5,0	3,3	10,6	8,7
1986	5,2	5,8	12,7	13,3	- 2,2	- 1,7
1987	4,2	3,7	4,3	3,9	- 11,3	- 11,6
1988	4,0	2,6	12,0	10,6	- 4,8	- 6,1
1989	4,5	1,5	5,8	2,8	44,8	40,6
1990	7,8	5,0	10,5	7,6	15,7	12,7
1991	8,0	4,2	6,6	2,7	0,6	- 2,9
1992	6,0	1,2	- 1,9	- 6,3	16,9	11,6
1993	1,3	- 2,5	- 4,8	- 8,4	- 8,3	- 11,7

1) Ergebnisse ab 1991 sind vorläufig.

2) Deflationiert mit der Preisrate des privaten Verbrauchs (1991 = 100).

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Im Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit sind u. a. der sogenannte Unternehmerlohn, d. h. die fiktive Entlohnung der unternehmerischen Arbeitsleistung, das Entgelt für den Einsatz des Eigenkapitals sowie weitere Bestandteile enthalten. Das Bruttoeinkommen aus Vermögen setzt sich vor allem aus dem Saldo der empfangenen und geleisteten Zinsen zusammen sowie aus Dividenden und sonstigen Ausschüttungen (z. B. Gewinn der Deutschen Bundesbank). Erhebliche Teile des Bruttoeinkommens aus Vermögen fließen dabei auch in die Arbeitnehmerhaushalte.

den alten Bundesländern – abgesehen von den höherqualifizierten männlichen oder weiblichen Angestellten der Leistungsgruppe II – die Einkommenssteigerungen in den unteren Qualifikationsgruppen diejenigen in den höheren Qualifikationsgruppen übertroffen haben, lassen sich für die Entwicklung in den neuen Ländern schon wegen des kurzen Referenzzeitraumes von drei Jahren keine generellen Tendenzen feststellen.

Im einzelnen ergibt sich das folgende Bild:

**Tabelle 41: Durchschnittliche jährliche Veränderungs-
raten der Bruttowochenverdienste der
Arbeiter und Arbeiterinnen in der Indu-
strie¹⁾ nach Leistungsgruppen²⁾**

Männliche Arbeiter			Weibliche Arbeiter		
Leistungsgruppe					
1	2	3	1	2	3
– Alte Bundesländer von 1982 bis 1993 –					
3,60	3,64	3,65	2,26	3,41	3,84
– Neue Bundesländer und Berlin (Ost) von 1991 bis 1993 –					
14,67	14,80	14,54	12,70	15,53	12,71

1) Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

2) Leistungsgruppe 1: Arbeiter, die aufgrund ihrer Fachkenntnisse und Fähigkeiten mit Arbeiten beschäftigt werden, welche als besonders schwierig oder verantwortungsvoll oder vielgestaltig anzusehen sind. Die Befähigung kann durch abgeschlossene Lehre oder durch langjährige Beschäftigung bei entsprechenden Arbeiten erworben sein (Facharbeiter).

Leistungsgruppe 2: Arbeiter, die im Rahmen einer speziellen meist branchengebundenen Tätigkeit mit gleichmäßig wiederkehrenden oder mit weniger schwierigen und verantwortungsvollen Arbeiten beschäftigt werden, für die keine allgemeine Berufsbefähigung vorausgesetzt werden muß (angelernte Arbeiter).

Leistungsgruppe 3: Arbeiter, die mit einfachen Tätigkeiten beschäftigt sind, für die eine einfache Ausbildung auch nur beschränkter Art nicht erforderlich ist (Hilfsarbeiter).

Quelle: Statistisches Bundesamt.

**Tabelle 42: Durchschnittliche jährliche Veränderungs-
raten der Bruttomonatsverdienste der An-
gestellten in Industrie¹⁾ und Handel²⁾ nach
Leistungsgruppen³⁾**

Männliche Angestellte				Weibliche Angestellte			
Leistungsgruppe							
II	III	IV	V	II	III	IV	V
– Alte Bundesländer von 1982 bis 1993 –							
4,10	3,87	3,91	3,95	4,16	3,91	4,23	4,70
– Neue Bundesländer und Berlin (Ost) von 1991 bis 1993 –							
17,26	16,10	14,53	14,52	16,77	16,02	15,53	18,06

1) Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

2) Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

3) Leistungsgruppe II: Kaufmännische und technische Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbständigen Leistungen in verantwortlicher Tätigkeit mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis, die Angestellte anderer Tätigkeitsgruppen einzusetzen und verantwortlich zu unterweisen haben.

Leistungsgruppe III: Kaufmännische und technische Angestellte mit mehrjähriger Berufserfahrung oder besonderen Fachkenntnissen und Fähigkeiten bzw. mit Spezialtätigkeiten, die nach allgemeiner Anweisung selbständig

arbeiten, jedoch in der Regel keine Verantwortung für die Tätigkeit anderer tragen.

Leistungsgruppe IV: Kaufmännische und technische Angestellte ohne eigene Entscheidungsbefugnis in einfacher Tätigkeit, deren Ausübung eine abgeschlossene Berufsausbildung oder durch mehrjährige Berufstätigkeit, den erfolgreichen Besuch einer Fachschule oder privates Studium erworbene Fachkenntnisse voraussetzt.

Leistungsgruppe V: Kaufmännische und technische Angestellte in einfacher, schematischer oder mechanischer Tätigkeit, die keine Berufsausbildung erfordert.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

26. Wie hoch sind in diesem Zeitraum die Anteile des Einkommens aus unselbständiger Arbeit und des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Verhältnis zum Volkseinkommen

a) brutto,

b) netto?

Der Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit (auch als Lohnquote bezeichnet) und des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und aus Vermögen am Volkseinkommen im früheren Bundesgebiet in den Jahren 1982 bis 1993 ergibt sich aus Tabelle 43.

Bei der Bewertung dieser Zahlen ist zu beachten, daß sowohl die bereinigte als auch die unbereinigte Lohnquote im Jahr 1982 ihren höchsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erreicht hatten. Die bereinigte Lohnquote des Jahres 1993 entspricht in etwa dem Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1970. Eine analoge Aufteilung des Nettoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen läßt sich nicht berechnen, weil eine Zuordnung der Steuern auf die einzelnen Einkommensarten nicht möglich ist.

27. Wie werden die Sozialversicherungsbeiträge, aufgeschlüsselt nach Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil, bei der Berechnung der Einkommensverteilung berücksichtigt?

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird die Einkommensverteilung auf der Grundlage des Volkseinkommens (Nettosozialprodukt zu Faktor-kosten) ermittelt. Es setzt sich aus den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zusammen. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit umfassen die Bruttolohn- und -gehaltssumme sowie die Arbeitgeberanteile an den Sozialbeiträgen. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme enthält die Löhne und Gehälter, die – vor Abzug der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und der Lohnsteuer – den abhängig Beschäftigten aus dem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis zuzurechnen sind.

Zu den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber gehören tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge. Die tatsächlichen Sozialbeiträge umfassen die gesetzlich vorgeschriebenen sowie freiwillig vom Arbeitgeber übernommenen Beiträge zu den Rentenversicherungen der

Tabelle 43: Verteilung des Volkseinkommens in den Jahren 1982 bis 1993

Jahr ¹⁾	Einkommen aus					
	unselbständige Arbeit			Unternehmertätigkeit	Vermögen	Unternehmertätigkeit und Vermögen
	brutto unbereinigt	bereinigt ²⁾	netto	brutto		netto
	Anteil am Volkseinkommen in %					
1982	76,9	72,6	44,5	17,6	5,5	18,3
1983	74,6	70,4	42,6	21,0	4,4	20,8
1984	73,4	69,2	41,3	21,8	4,8	22,0
1985	73,0	68,7	40,6	21,9	5,1	22,0
1986	72,1	67,8	40,2	23,2	4,7	23,0
1987	72,6	68,1	40,1	23,4	4,0	23,0
1988	71,5	67,0	39,6	24,9	3,6	23,9
1989	70,3	65,8	38,6	24,8	4,9	24,5
1990	69,6	65,0	39,3	25,2	5,2	26,1
1991	70,1	65,3	38,4	25,0	4,9	25,4
1992	71,1	66,1	38,5	23,4	5,5	24,5
1993	72,5	67,2	39,1	22,5	5,0	23,2

1) Ergebnisse ab 1991 sind vorläufig.

2) Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in % des Volkseinkommens, korrigiert um die Veränderung der Beschäftigungsstruktur (1970 = 100).

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Arbeiter und Angestellten, der knappschaftlichen Rentenversicherung, der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst, der gesetzlichen Krankenversicherung, der gesetzlichen Unfallversicherung und der Arbeitslosenversicherung. Ferner werden die Beiträge für Einzel- und Gruppenversicherungen bei Lebensversicherungsunternehmen, Versorgungswerken und selbständigen Pensionskassen zugunsten der Arbeitnehmer hinzugerechnet. Unterstellte Sozialbeiträge stellen den Gegenwert von sozialen Leistungen dar, die vom Arbeitgeber direkt – ohne die Zwischenschaltung von Dritten, wie z. B. Versicherungen – an die Begünstigten gezahlt oder für diese zurückgestellt werden. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen gehören die unterstellten Beiträge für die Beamtenversorgung, die Aufwendungen der Arbeitgeber aufgrund von betrieblichen Ruhegeldverpflichtungen und von Krankheit, Unfall und besonderen Notlagen. Sie sind – ebenso wie die tatsächlichen Sozialbeiträge – Kosten des Produktionsfaktors Arbeit und deshalb Bestandteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit.

Die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer sind Teil der Bruttolohn- und -gehaltssumme. Sie umfassen die tatsächlichen Sozialbeiträge der Arbeitnehmer an den Staat sowie die Arbeitnehmerbeiträge an Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Versicherungsunternehmen), die hauptsächlich auf Einzel- und Gruppenversicherungen der Arbeitgeber bei Lebensversicherungsunternehmen und Pensionskassen zugunsten ihrer Arbeitnehmer beruhen. Ferner sind die Beiträge der Arbeitnehmer enthalten, die Mitglieder bei Versorgungswerken der Berufsgruppen (z.B. Ärzte, Notare) sind, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften in berufsständischen Selbstverwaltungen

(Kammern) Beiträge an Versorgungswerke zur Pflichtversicherung von Selbständigen entrichten müssen.

Die Aufgliederung der Sozialversicherungsbeiträge ist in Tabelle 44 dargestellt.

Tabelle 44: Struktur der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Lohnkosten)
– früheres Bundesgebiet –

	1982	1993
I. Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (II. + III.)	100,0	100,0
II. Bruttolohn- und -gehaltssumme	81,9	80,9
1. Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	10,9	12,1
– an den Staat	10,9	12,0
– an Versicherungsunternehmen	0,1	0,1
– an die übrige Welt	0,0	0,1
2. Lohnsteuer	13,1	14,9
3. Nettolohn- und -gehaltssumme (II. ./ 1 ./ 2)	57,8	53,9
III. Sozialbeiträge der Arbeitgeber	18,1	19,1
1. an den Staat	15,1	15,9
– tatsächliche Sozialbeiträge	12,9	13,9
– unterstellte Sozialbeiträge	2,2	2,0
2. an Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit	3,0	3,1
3. an die übrige Welt	0,0	0,1

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Angaben des Statistischen Bundesamtes.

28. Um welche Prozentpunkte hat sich das Einkommen aus unselbständiger Arbeit gegenüber dem Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen seit 1982 je Jahr verändert?

Die jährlichen Veränderungen sowohl der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit als auch der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind bereits in der Antwort zu Frage 24 dargestellt. Aus Tabelle 43 lassen sich die Entwicklungsunterschiede zwischen diesen beiden Einkommensarten als Anteilszuwächse bzw. Anteilsverluste am Volkseinkommen in Prozentpunkten wie folgt entnehmen:

Tabelle 45: Anteilsänderungen der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Volkseinkommen in Prozentpunkten
– früheres Bundesgebiet –

Jahr	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
1982	- 0,1
1983	+ 2,3
1984	+ 1,2
1985	+ 0,4
1986	+ 0,9
1987	- 0,5
1988	+ 1,1
1989	+ 1,2
1990	+ 0,7
1991	- 0,5
1992	- 1,0
1993	- 1,4

Quelle: Eigene Berechnungen und Tabelle 43.

Die Anteilsänderungen der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit haben sich entsprechend mit umgekehrten Vorzeichen entwickelt.

29. Wie läßt sich das zunächst als „Restgröße“ ermittelte Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen weiter aufteilen?

Welcher Anteil entfällt dabei in den einzelnen Jahren auf die Gewinne im engeren Sinn, und wie bewertet die Bundesregierung die unterschiedlichen Berechnungskonzepte?

Da die statistischen Daten eine originäre Berechnung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nicht zulassen, werden diese Einkommen in der Einkommensentstehungsrechnung als Restgröße zwischen der Nettowertschöpfung eines Wirtschaftsbereiches oder der Volkswirtschaft und den dort entstandenen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ermittelt. Diese Größe ist nicht weiter aufteilbar. In der Einkommensverteilungsrechnung werden im Rahmen der ersten vorläufigen Sozialproduktberechnungen am Ende eines Jahres die (verteilten) Bruttoeinkom-

men aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ebenfalls zunächst als Saldo zwischen Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten) und Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit berechnet. Zum Veröffentlichungstermin der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) im Frühjahr liegen erste Angaben zu den Komponenten dieser Restgröße vor. Die Aufteilung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in Einkommen aus Unternehmertätigkeit einerseits und Vermögenseinkommen andererseits ist bereits in den Tabellen 40 und 43 erfolgt.

Zu den Vermögenseinkommen zählen in den VGR alle tatsächlichen und unterstellten Einkommen, die als Entgelt für die Nutzung finanzieller Vermögensteile (z. B. Zinsen und Dividenden), des Grund und Bodens und immaterieller Werte an den Eigentümer – unabhängig davon, ob es sich um Unternehmer oder Arbeitnehmer handelt – fließen. Die Einkommen aus Wohnungsvermietung werden in den VGR nicht als Vermögenseinkommen, sondern als Dienstleistungskäufe/-verkäufe erfaßt.

Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit werden aus den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen durch Abzug der Bruttoeinkommen aus Vermögen ermittelt. Die Anteile der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit an den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen können der Tabelle 46 bis zum Jahr 1993 entnommen werden. Für eine entsprechende Aufteilung der Nettoeinkommen fehlen allerdings die Datengrundlagen (vgl. die Antwort zu Frage 26).

Tabelle 46: Anteile der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit am Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in %

Jahr	%
1982	76,3
1983	82,7
1984	82,1
1985	81,3
1986	83,3
1987	85,5
1988	87,4
1989	83,5
1990	82,9
1991	83,7
1992	81,1
1993	81,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Die unterschiedlichen Berechnungskonzepte für das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie seine Untergliederungen ergeben sich daraus, daß bei den ersten Berechnungen durch das Statistische Bundesamt noch keine originären statistischen Unterlagen für diese Einkommensgröße vorliegen. Diese fallen erst nach und nach an und werden dann bei späteren Berechnungen berücksichtigt. Das Statistische Bundesamt untergliedert die Bruttoein-

kommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen darüber hinaus in mehrere Aggregate, die jedoch üblicherweise aus unterschiedlichen Gründen (Abgrenzungs-, Zuordnungsprobleme) in der Praxis kaum verwendet werden. Eine Darstellung dieser tieferen Gliederung findet sich in *Wirtschaft und Statistik*, Heft 10/1991, S. 653 bis 666 des Statistischen Bundesamtes. Unter dem Gesichtspunkt einer möglichst großen Aktualität hält die Bundesregierung das schrittweise Vorgehen des Statistischen Bundesamtes für gerechtfertigt.

30. Wieviel DM macht der Unterschiedsbetrag in den Fragen 27 und 28 seit 1982 jährlich aus?

Offensichtlich ist dieser Frage noch die Numerierung der Fragen der Großen Anfrage „Feststellung der tatsächlichen Lage der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“ vom 29. Oktober 1993 (Drucksache 12/6065) zugrunde gelegt. Die Fragen 27 und 28 dieser Großen Anfrage entsprechen wörtlich den Fragen 28 und 29 der vorliegenden Großen Anfrage. Dementsprechend wird in Tabelle 47 der jährliche Unterschiedsbetrag zwischen den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit ausgewiesen.

Tabelle 47: Unterschiedsbetrag zwischen den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit in Mrd. DM – früheres Bundesgebiet –

Jahr	
1982	66,31
1983	56,06
1984	64,36
1985	71,21
1986	69,62
1987	61,75
1988	58,81
1989	85,15
1990	98,55
1991	98,18
1992	115,93
1993	106,27

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

VIII. Soziale Sicherung

31. Wie hoch sind die Belastungen der Volkswirtschaften der zehn größten Industrieländer (Anteile am Bruttoinlandsprodukt) mit Ausgaben der sozialen Sicherung (Gesundheit, Renten, Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe, Armutsprogramme) unter Berücksichtigung privatwirtschaftlicher Vorsorgeformen und Übertragungen aus allgemeinen Staatseinnahmen?

Die Belastung einer Volkswirtschaft mit Ausgaben der sozialen Sicherung kann als Anteil der Gesamtausga-

ben (bzw. der verschiedenen Ausgabenkomponenten) am Bruttoinlandsprodukt gemessen werden. Für internationale Vergleiche stehen Daten des International Labour Office sowie des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften zur Verfügung. Erfasst werden Sozialleistungen; sie sind Einkommensleistungen als Ersatz für den vorübergehenden oder dauernden Verlust des Arbeitseinkommens bzw. als Hilfe zum Lebensunterhalt; sie schließen Steuer- und Zinsermäßigungen aus sozialen Gründen, zweckbestimmte Geldleistungen, Waren, Dienste und Maßnahmen, die als vorbeugende, lindernde oder wiederherstellende Leistungen oder zum Ausgleich besonderer Belastungen den Anspruchsberechtigten von besonderen Einrichtungen, von Gebietskörperschaften oder von Betrieben bei bestimmten Tatbeständen (Risiken) freiwillig oder aufgrund von gesetzlichen, satzungsmäßigen oder tarifvertraglichen Regelungen zugewendet werden, ein. Daher können individuelle private Vorsorgeformen nicht nachgewiesen werden.

Die Daten des International Labour Office und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften unterscheiden sich hinsichtlich des Beobachtungszeitraums sowie der funktionalen Untergliederung der Sozialleistungen, die in beiden Quellen nicht mit der in der Fragestellung gewünschten übereinstimmen. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen die Zahlenangaben des International Labour Office nicht mit denen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften vergleichbar sind. So sind in der Abgrenzung des International Labour Office z. B. Arbeitgeberleistungen und Versorgungsleistungen für Angehörige der freien Berufe nicht enthalten. Die Daten des International Labour Office, auf deren Grundlage das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung für die wichtigsten Sozialleistungen Anteile am Bruttoinlandsprodukt berechnet hat, liegen zwar für die zehn größten Industrieländer vor. Sie beziehen sich aber nur auf die Jahre 1980 und 1986. Die Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften sind zwar aktueller (Angaben bis 1991), sie stehen aber nur für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zur Verfügung. Die OECD beginnt zur Zeit erst mit einem Projekt, das den Aufbau einer international vergleichbaren Sozialdatenbank zum Ziel hat und künftig aktuellere Ergebnisse bereitstellen dürfte.

Tabelle 48 zeigt, daß Deutschland im Vergleich zu den großen Ländern der Europäischen Union 1991 mit 26,6 die Position hinter Frankreich (28,7) und vor Großbritannien (24,7) sowie Italien (24,4) und Spanien (21,4) einnahm. Der für Deutschland ausgewiesene Anteil enthält nicht die Sozialleistungen in den neuen Bundesländern; deren Einbeziehung würde 1991 zu einer Sozialleistungsquote von 29,5 in Gesamtdeutschland führen. Diese Quote dürfte in den folgenden Jahren noch weiter gestiegen sein.

Zur Beurteilung des sozialen Standards und der sozialen Absicherung sind Angaben zu Pro-Kopf-Aufwendungen aussagekräftiger. Bei den sozialen Leistungen nimmt Deutschland (früheres Bundesgebiet) unter den vorgenannten Ländern mit 5 291 ECU den ersten Platz vor Frankreich (4 868), Italien (3 928), Großbritannien

Tabelle 48: Sozialleistungsquoten (Funktionen ohne Verwaltungskosten)
– in % des Bruttoinlandsproduktes –

	Deutschland*)		Frankreich		Italien		Vereinigtes Königreich		Spanien		Niederlande	
	1982	1991	1982	1991	1982	1991	1982	1991	1982	1991	1982	1991
Funktion Gesundheit	11,2	10,7	9,1	9,3	6,7	7,7	7,0	7,8	6,7	7,5	14,0	13,9
Funktion Alter und Hinterbliebene	12,2	10,7	11,5	12,3	11,5	14,0	9,6	10,2	7,9	8,2	10,1	11,4
Funktion Mutterschaft und Familie	2,6	1,8	3,2	2,7	1,5	0,9	2,8	2,5	0,6	0,3	2,6	1,8
Funktion Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Mobilität und Arbeitslosigkeit	2,1	1,5	1,8	1,9	0,7	0,4	2,8	1,5	3,1	3,8	3,5	2,6
Funktion Wohnen und Sonstiges	0,8	0,9	0,9	1,1	0,0	0,0	0,6	1,7	0,3	0,4	1,3	1,4
Leistungen insgesamt einschl. Verwaltungskosten	29,7	26,6	27,9	28,7	21,5	24,4	23,7	24,7	19,4	21,4	32,6	32,6
Sozialleistungen je Kopf in ECU												
	Deutschland		Frankreich		Italien		Vereinigtes Königreich		Spanien		Niederlande	
1982	3 218,4		2 884,8		1 563,9		2 091,8		937,5		3 296,2	
1991	5 290,7		4 868,2		3 927,7		3 491,9		2 333,3		5 039,3	

*) Frühes Bundesgebiet.

Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften.

(3492) und Spanien (2333) ein. Auch im Vergleich der sozialen Leistungen je Einwohner nach Kaufkraftparitäten liegt Deutschland mit 4952 ECU auf dem ersten Platz, jedoch verringern sich die Abstände zu den weiteren vier großen Industrieländern deutlich (Frankreich 4803, Italien 3991, Großbritannien 3654 und Spanien 2433 ECU).

Für die zehn größten Industrieländer werden in Tabelle 49 Sozialtransferquoten und ihre Komponenten für die Jahre 1980 und 1986 dargestellt, wie sie das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung auf der Grundlage von Angaben des International Labour Office berechnet hat. In diesem Zeitraum sind in den meisten Ländern die Anteile der Ausgaben für Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit am Bruttoinlandsprodukt zum Teil deutlich gestiegen. Nach dieser Berechnung liegt die Sozialleistungsquote in Deutschland zwar deutlich unter den entsprechenden Werten in den Niederlanden und Frankreich, jedoch annähernd doppelt so hoch wie in den USA und Japan.

32. Welcher Anteil der Bevölkerung in den zehn größten Industrieländern ist nicht oder nicht ausreichend gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und/oder Altersarmut geschützt?

Die Beratungsgesellschaft für angewandte Systemforschung (BASYS), Augsburg, hat im Jahre 1991 in einer Untersuchung über die Finanzierung der Gesundheitskosten in der Europäischen Gemeinschaft auch den gegen Krankheit versicherten Anteil der Bevölkerung in den EG-Staaten ermittelt. Die Ergebnisse beziehen sich auf das Jahr 1989 und sind in Tabelle 50 zusammengefaßt. Neuere Daten liegen in dieser Gliederung nicht vor. Es ist jedoch anzunehmen, daß es in der Zwischenzeit nicht zu erheblichen Verschiebungen gekommen ist.

Zu der Frage, inwieweit der vorhandene Krankenversicherungsschutz auch ausreichend ist, liegen keine international vergleichbaren Angaben vor. Auch für die Risiken Arbeitslosigkeit und Altersarmut sind derartige Daten nicht verfügbar.

Tabelle 49: Die Sozialtransferquote und ihre Komponenten
– in % des Bruttoinlandsproduktes zu Marktpreisen –

	Sozialversicherung						Sozialleistung a. d. öffentl. Dienst		Kriegsopferver- sorgung		Sozial- fürsorge		Familien- beihilfen		Sozial- transfer- quote	
	Alter		Krankheit		Arbeits- losigkeit											
	1980	1986	1980	1986	1980	1986	1980	1986	1980	1986	1980	1986	1980	1986	1980	1986
Deutschland	9,6	9,2	6,5	6,5	1,4	2,0	2,7	2,4	0,8	0,7	0,9	1,2	1,2	0,7	23,1	22,7
USA	3,8	4,3	2,5	2,9	0,6	0,4	1,5	1,6	0,6	0,6	2,9	2,3	0,0	0,0	11,8	12,0
Japan	2,5	3,8	3,8	4,2	0,4	0,4	1,4	1,6	0,7	0,6	1,1	0,9	0,1	0,0	10,0	11,5
Frankreich	7,6	9,2	6,9	6,6	1,2	2,1	2,8	2,6	0,0	0,0	4,0	3,6	2,7	3,1	25,0	27,2
Italien	6,9	8,5 ¹⁾	6,2	7,0 ¹⁾	0,5	0,8 ¹⁾	1,9	2,3 ¹⁾	0,3	0,3 ¹⁾	0,6	0,8 ¹⁾	0,8	0,8 ¹⁾	17,1	20,5 ¹⁾
Vereinigtes Königreich	5,5	5,9	5,3	5,1	0,7	0,5	1,4	1,7	0,2	0,2	2,7	4,7	1,3	1,3	17,2	19,4
Kanada	3,6	4,1 ²⁾	4,6	4,9 ²⁾	1,7	2,5 ²⁾	0,3	0,2 ²⁾	0,4	0,3 ²⁾	3,0	2,8 ²⁾	1,2	0,9 ²⁾	14,8	15,6 ²⁾
Spanien	5,8	7,5	5,1	4,3	2,1	2,7	1,4	1,5	0,0	0,2	0,5	0,9	0,4	1,9	15,3	22,7
Australien	4,2	3,8	3,0	1,5	0,8	1,2	0,8	0,7	0,9	1,3	0,5	0,0	0,8	0,6	10,9	9,1
Niederlande	11,4	11,3	7,6	6,9	1,1	3,1	3,2	3,4	0,2	0,2	1,7	0,9	2,0	1,9	27,3	27,7

1) Angaben für 1983.

2) Angaben für 1985.

3) Einschließlich Unfallversicherung.

Quelle: Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung nach Angaben des International Labour Office.

Tabelle 50: Sozial und privat Krankenversicherte in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach Art der Krankenversicherung im Jahre 1989

Land	Bevöl- kerung in Mio.	Sozial- ver- sichert	Privat- versichert	
			Voll	Zusatz
Belgien	9,9	9,9	–	7,3
Deutschland * 1)	62,0	54,7	7,6	4,8
Dänemark	5,1	5,1	–	1,0
Frankreich	56,2	55,5	–	44
Vereinigtes Königreich	57,1	57,2	–	9,4
Griechenland	10,0	10,1	–	0,5
Italien	57,4	57,4	–	8,9
Irland	3,5	3,5	–	1,1
Luxemburg	0,4	0,4	–	0,3
Niederlande	14,8	9,6	5,2	13,3
Portugal	10,3	9,8	–	0,4
Spanien	38,8	37,9	–	15,0
Insgesamt	325,5	312,0	12,8	106,5

in % der Bevölkerung

Belgien	100,0	–	74,0
Deutschland * 1)	88,3	12,3	7,7
Dänemark	100,0	–	19,6
Frankreich	99,0	–	79,2
Vereinigtes Königreich	100,0	–	18,0
Griechenland	100,0	–	5,0
Italien	100,0	–	15,5
Irland	100,0	–	30,0
Luxemburg	99,0	–	65,0
Niederlande	65,0	35,0	90,0
Portugal	100,0	–	3,8
Spanien	99,0	–	38,7
Insgesamt	95,9	3,9	32,7

*) Früheres Bundesgebiet.

1) Die Summe aus der Zahl der Sozialversicherten sowie der Zahl der voll Privatversicherten entspricht aufgrund von Doppelzählungen in der privaten Krankenversicherung und der Familienmitversicherung nicht der Bevölkerungszahl.

Quelle: Beratungsgesellschaft für angewandte Systemforschung (BASYS).

IX. Gewinnverwendung

33. Wie haben sich die nicht entnommenen und die entnommenen Gewinne seit 1982 entwickelt?

Die Untergliederung nach entnommenen und nicht entnommenen Gewinnen knüpft an das Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen an. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und in den „entnommenen Gewinnen“ auch Lohnsterrückzahlungen im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung von Arbeitnehmern enthalten sind. Eine Unterteilung nach Einkommen aus Unternehmertätigkeit einerseits und Vermögenseinkommen andererseits ist wegen der Zusammenfassung der Einkommensarten bei der Einkommensbesteuerung nicht möglich.

Die genannten Größen haben sich im früheren Bundesgebiet in den Jahren 1982 bis 1993 wie folgt entwickelt:

Tabelle 51: Aufteilung der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen – in Mrd. DM –			
Jahr ¹⁾	entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	nicht-entnommene Gewinne nach der Umverteilung	insgesamt
1982	244,00	– 22,33	221,67
1983	255,42	10,18	265,60
1984	293,17	3,01	296,18
1985	311,50	– 2,38	309,12
1986	311,28	33,22	344,50
1987	320,36	35,64	356,00
1988	325,50	64,80	390,30
1989	371,42	54,88	426,30
1990	417,59	76,19	493,78
1991	471,46	43,17	514,63
1992	492,68	27,00	519,68
1993	498,39	– 9,03	489,36

1) Ergebnisse ab 1991 sind vorläufig.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

34. In welchem Verhältnis haben sich Bruttoanlageinvestitionen und Unternehmensgewinne seit 1982 entwickelt?

Die Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen, die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und das

Verhältnis dieser beiden Größen haben sich im früheren Bundesgebiet seit 1982 wie folgt entwickelt:

Tabelle 52: Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen und Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit

Jahr ¹⁾	Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen (A)	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit (B)	Verhältnis von A zu B
	in Mrd. DM		in %
1982	278,01	213,94	129,95
1983	298,63	268,60	111,18
1984	308,51	294,44	104,78
1985	312,90	309,15	101,21
1986	326,19	348,44	93,61
1987	337,79	363,55	92,91
1988	360,99	407,35	88,62
1989	396,15	431,06	91,90
1990	452,25	476,15	94,98
1991	504,23	507,44	99,37
1992	527,89	498,00	106,00
1993	501,93	473,94	105,91

1) Ergebnisse ab 1991 sind vorläufig.

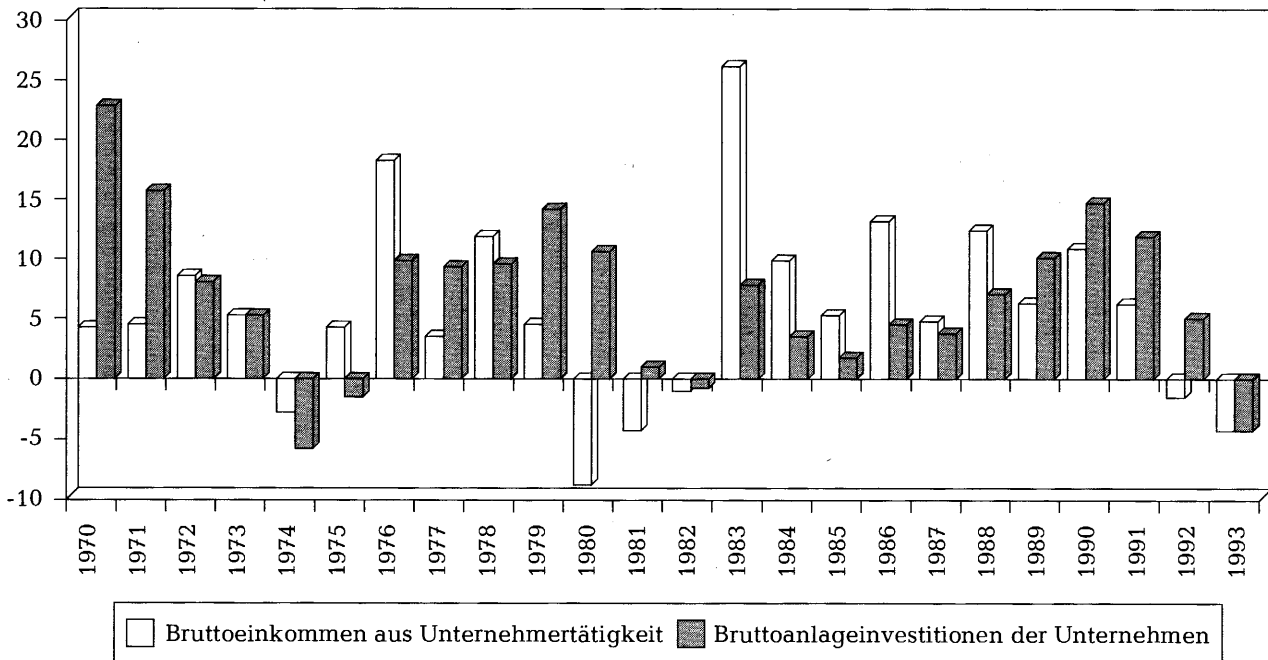
Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die Bruttoanlageinvestitionen werden außer aus den nichtentnommenen Unternehmensgewinnen auch aus den Abschreibungen, den Fremdmitteln und dem Saldo der Vermögensübertragungen finanziert (vgl. Antwort zu Frage 36).

Schaubild 1 verdeutlicht den engen Zusammenhang von Gewinn- und Investitionsentwicklung in den Jahren seit 1970 für das frühere Bundesgebiet. Das Zurückbleiben des Investitionswachstums hinter dem Anstieg der Unternehmenseinkommen in den Jahren 1983 bis 1987 dürfte nicht zuletzt ein Reflex der äußerst ungünstigen Gewinnsituation in den Jahren 1980 bis 1982 sein. Zu berücksichtigen ist auch, daß aus den Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen des früheren Bundesgebietes auch Direktinvestitionen im Ausland und seit 1990 auch Investitionen in den neuen Bundesländern mit finanziert werden; demgegenüber fallen die in den Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen enthaltenen ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland quantitativ weniger ins Gewicht.

Schaubild 1

Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen und Gewinne
– Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr –



35. In welcher Relation stehen entnommene und nicht entnommene Gewinne?

Die Relation von entnommenen und nichtentnommenen Gewinnen (vgl. Antwort zu Frage 33) im früheren Bundesgebiet in den Jahren 1982 bis 1993 ist in Tabelle 53 wiedergegeben:

Tabelle 53: Verhältnis von nichtentnommenen zu entnommenen Gewinnen

Jahr ¹⁾	entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen (A)	nichtentnommene Gewinne nach der Umverteilung (B)	B/A
	in Mrd. DM		%
1982	244,00	- 22,33	×
1983	255,42	10,18	4,0
1984	293,17	3,01	1,0
1985	311,50	- 2,38	×
1986	311,28	33,22	10,07
1987	320,36	35,64	11,1
1988	325,50	64,80	19,9
1989	371,42	54,88	14,8
1990	417,59	76,19	18,2
1991	471,46	43,17	9,2
1992	492,68	27,00	5,5
1993	498,39	- 9,03	×

1) Ergebnisse ab 1991 sind vorläufig.

× = Aussage nicht sinnvoll.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

36. Welcher Anteil der Unternehmensgewinne wurde in Sachanlagen, welcher in Finanzanlagen seit 1982 investiert?

Ein statistischer Nachweis über die Verwendung der Unternehmensgewinne (Einkommen aus Unternehmertätigkeit) im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist nicht möglich.

Die entnommenen Gewinne stellen wie die Vermögenseinkommen einen Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte dar. Sie können entweder konsumtiv verwendet oder gespart werden. Die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermöglichen keine Auskunft über die Einkunftsverwendung nach funktionalen Einkommensarten oder nach sozio-ökonomischen Haushaltsgruppen.

Die in den Unternehmen verbleibenden nichtentnommenen Gewinne stellen – neben Abschreibungen und Vermögensübertragungen – nur eine Komponente der Eigenmittel zur Finanzierung von Investitionen dar. Es ist sogar möglich, daß die nichtentnommenen Gewinne einen negativen Wert aufweisen (wie z. B. in den Rezessionsjahren 1982 und 1993; vgl. Antwort zu Frage 33). Der Fremdfinanzierungsanteil kann als Differenz zwischen Bruttoinvestitionen der Unternehmen und Eigenmitteln errechnet werden.

37. Ergeben sich bei der Quantifizierung der Verwendung entnommener Gewinne nicht erklärbare Restgrößen?

Tabelle 54: Bruttoinvestitionen der Unternehmen und ihre Finanzierung im Zeitraum von 1982 bis 1993 im früheren Bundesgebiet
– in Mrd. DM –

	Nettoeinkommen Unternehmer- tätigkeit und Vermögen	Entnommene Gewinne und Vermögensein- kommen	Nicht- entnommene Gewinne	Abschrei- bungen	Vermögens- übertragungen (Saldo)	Eigene Mittel
Jahr ¹⁾	(1)	(2)	(3) = (1) – (2)	(4)	(5)	(6) = (3) + (4) + (5)
1982	221,67	244,00	– 22,33	192,18	38,52	208,37
1983	265,60	255,42	10,18	202,81	37,88	250,87
1984	296,18	293,17	3,01	213,69	42,36	259,06
1985	309,12	311,50	– 2,38	222,24	43,48	263,34
1986	344,50	311,28	33,22	230,12	44,31	307,65
1987	356,00	320,36	35,64	238,23	49,64	323,51
1988	390,30	325,50	64,80	248,40	47,73	360,93
1989	426,30	371,42	54,88	263,90	47,92	366,70
1990	493,78	417,59	76,19	286,35	49,74	412,28
1991	514,63	471,46	43,17	314,78	59,60	417,55
1992	519,68	492,68	27,00	339,58	45,32	411,90
1993	489,36	498,39	– 9,03	359,10	44,03	394,09

	Fremd- mittel	Brutto- investitionen	davon: Anlagen	Vorrats- änderung
Jahr ¹⁾	(7) = (8) – (6)	(8)	(9)	(10) = (8) – (9)
Jahr ¹⁾				
1982	53,60	261,97	278,01	– 16,04
1983	46,26	297,13	298,63	– 1,50
1984	54,77	313,83	308,51	5,32
1985	50,81	314,15	312,90	1,25
1986	21,46	329,11	326,19	2,92
1987	13,72	337,23	337,79	– 0,56
1988	10,36	371,29	360,99	10,30
1989	45,46	412,16	396,15	16,01
1990	51,78	464,06	452,25	11,81
1991	93,28	510,83	504,23	6,60
1992	111,37	523,27	527,89	– 4,62
1993	81,70	475,79	501,93	– 26,14

1) Ergebnisse ab 1991 sind vorläufig; Angaben für 1993: eigene Berechnungen auf der Basis der vorläufigen Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes (Rechenstand: März 1994).

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Wie sich die Verwendung der entnommenen Gewinne in private Verbrauchsausgaben und private Ersparnisbildung aufteilt, läßt sich ebenso wie für die übrigen funktionalen Einkommenskategorien nicht bestimmen, da es hierüber keine statistischen Informationen gibt (vgl. Antwort zu Frage 36).

Die entnommenen Gewinne selbst können im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur als Restgröße zwischen dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und den übrigen Nettoeinkommenskategorien ausgewiesen werden. In der Nettobetrachtung können sie nur zusammen mit den Vermögenseinkommen aller Bevölkerungsgruppen dargestellt werden, da die Einkommensteuer nicht einzelnen Einkunftsarten zurechenbar ist.

In dem geschlossenen Kreislaufsystem der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland gibt es definitionsgemäß keine nicht erklärbaren Restgrößen. Allerdings schlagen sich bei der beschriebenen

Mehrstufigkeit zur Ermittlung der Residualgrößen alle statistischen Schätzfehler für die Ausgangsgrößen in diesen nicht unmittelbar berechenbaren Größen nieder.

X. Steuerbelastung der Unternehmen

38. Wie hoch ist die tatsächliche Steuerbelastung der Unternehmen seit 1982 unter Berücksichtigung unterschiedlicher Bemessungsgrundlagen in den zehn größten Industrieländern?

Die bekannten internationalen Vergleiche der Unternehmensteuerbelastung, die die Bemessungsgrundlage berücksichtigen, beziehen sich auf den Rechtsstand zu einem bestimmten Zeitpunkt. Vergleiche der tatsächlichen Steuerbelastung der Unternehmen unter Berücksichtigung unterschiedlicher Bemessungsgrundlagen, die sich auf den Zeitraum seit 1982 erstrecken, liegen nicht vor.

Je nach Methode und Ansatz kommen die bisherigen Steuerbelastungsvergleiche zu unterschiedlichen Ergebnissen. Im allgemeinen stimmen sie in der Tendenz darin überein, daß die Steuerbelastung der Unternehmen, zieht man die ertragsunabhängigen Steuern in die Untersuchung ein, in Deutschland mit am höchsten ist. Deshalb mußte Deutschland, nachdem viele Staaten im Zuge umfassender Steuerreformen ihre Körperschaftsteuertarife deutlich herabgesetzt hatten, dem internationalen Trend folgen und zur Sicherung des Investitionsstandortes die steuerlichen Rahmenbedingungen verbessern. Das Standortsicherungsgesetz hat daher in konsequenter Fortsetzung der Unternehmensteuerreform ab 1994 die Ertragsteuersätze bei der Körperschaftsteuer auf 45 % und bei der Einkommensteuer für gewerbliche Einkünfte auf 47 % gesenkt. Für in- und ausländische Investoren wird es dadurch zukünftig steuerlich attraktiver, sich in Deutschland unternehmerisch zu engagieren und zu investieren.

Die Reform der Unternehmenbesteuerung muß im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten fortgeführt werden. Hierbei geht es um einen weiteren Abbau der ertragsunabhängigen Steuern (insbesondere der Gewerbesteuer), die im internationalen Umfeld Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft darstellen, und um eine Rückführung der Gewerbesteuer im Rahmen einer kommunalen Finanzreform. In die Überlegungen, die die Bundesregierung bis zum Sommer 1994 vorlegen wird, ist aber auch eine weitere Senkung der Ertragsteuersätze mit einzubeziehen, verbunden mit einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.

39. Welche Unterschiede bestehen bei der steuerlichen Behandlung von ausgeschütteten und nicht ausgeschütteten bzw. entnommenen und nicht entnommenen Gewinnen in diesem Zeitraum zwischen diesen Ländern?

In den zehn wichtigsten Industriestaaten haben sich die Körperschaftsteuersätze des Zentralstaats in der Zeit seit 1982 wie folgt entwickelt:

Tabelle 55: Körperschaftsteuersätze¹⁾ 1982 bis 1993

Staaten	Steuersätze in %			
	1982	1986	1990	1993
Deutschland	56/36	56/36	50/36	50/36
USA	17–46	15–46	15–34	15–35
Japan	42/32	43,3/33,3	37,5	37,5
Frankreich	50	45	37/42	33½
Italien	27	36	36	36
Vereinigtes Königreich	40–52	29–35	25–34	25–33
Kanada	36	36	28	28
Spanien	33	35	35	35
Australien	49	49	39	39
Niederlande	48	42	40–35	40–35

- 1) Nur Zentralstaat, ohne Steuern bzw. Steuerzuschläge der Unterverbände (Teilstaaten/Provinzen, Gemeinden, Präfekturen); ohne zeitlich begrenzte Steuerzuschläge, Sondersätze auf bestimmte Gewinnarten usw. Unterschiedliche Steuersätze auf einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne sind durch Schrägstrich kenntlich gemacht. In den Niederlanden gilt ab 1989 ein erhöhter Tarifeingangssatz von 40 %.

Der nichtentnommene Gewinn von Kapitalgesellschaften wird im allgemeinen bei der Einkommensteuer der Anteilseigner steuerlich nicht berücksichtigt. Bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen wird – von Ausnahmen abgesehen – nicht zwischen einbehaltenen und entnommenen Gewinnen unterschieden; diese Gewinne erfaßt die allgemeine Einkommensteuer.

XI. Staatsausgaben und -leistungen

40. Wie hat sich die Zinsbelastung der Haushalte aller Gebietskörperschaften in den zehn größten Industrieländern seit 1982 entwickelt?

Über die Entwicklung der Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte (einschließlich Sozialversicherung) gibt Tabelle 56 Auskunft. International vergleichbare Angaben, die sich ausschließlich auf die Gebietskörperschaften beziehen, liegen nicht vor.

Der Zinsausgabenanteil stieg im Zusammenhang mit den erheblichen Belastungen aus der Wiedervereinigung bis 1993 auf 5,8 %. Dank der entschlossenen Politik der Haushaltskonsolidierung in den 80er Jahren nimmt Deutschland trotz dieses Anstiegs im Vergleich zu anderen Industrieländern weiterhin einen Platz im Mittelfeld ein.

Infolge der Übernahme der Altschulden der Deutschen Bahnen in diesem Jahr sowie der Erblastschulden von Treuhandanstalt und Wohnungsbau-Ost 1995 wird die Zinsquote der öffentlichen Haushalte in Deutschland mittelfristig zunächst weiter ansteigen. Da hohe Zinsbelastungen den Spielraum für andere, gestaltende Ausgaben einschränken, kann ein derartiger Anstieg der Zinsbelastungen auf Dauer nicht hingenommen werden. Die Bundesregierung wird deshalb die durch die Nettoneuverschuldung bedingte Zunahme der Zinsbelastung deutlich zurückführen.

41. Wie hoch ist der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Sektor der zehn größten Industrieländer, gemessen an der Gesamtbevölkerung seit 1982?

Über den Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Sektor der zehn größten Industrieländer, gemessen an der Gesamtbevölkerung, gibt Tabelle 57 Auskunft.

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung ist in Deutschland der Beschäftigungsanteil im öffentlichen Sektor 1991 auf knapp über 7 % gestiegen, da in den neuen Ländern der öffentliche Personalbesatz deutlich höher liegt als in Westdeutschland. Die notwendige Rückführung der Zahl der öffentlich Bediensteten in den neuen Ländern wird fortgeführt.

Eine gut organisierte und verlässliche öffentliche Verwaltung gehört zu den Standortvorteilen der Bundesrepublik Deutschland. Ziel der Bundesregierung ist es, die Effizienz öffentlicher Leistungen zu erhöhen und Aufgaben, die von Privaten besser oder ebenso gut ausgeführt werden können, zu privatisieren.

42. Wie haben sich die Investitionen aller Gebietskörperschaften pro Kopf der Bevölkerung in den zehn größten Industrieländern seit 1982 entwickelt?

Über die Entwicklung der öffentlichen Investitionen pro Kopf der Bevölkerung in den zehn größten Industrieländern gibt Tabelle 58 Auskunft.

In Deutschland sind die öffentlichen Investitionsausgaben pro Kopf der Bevölkerung seit Anfang der neunziger Jahre deutlich gestiegen. Diese Entwicklung geht auf die erheblichen Anstrengungen für den raschen Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur in den neuen Ländern zurück. Ziel ist es, die neuen Länder so rasch wie möglich zu einem modernen Wirtschaftsstandort auszubauen und die Lebensverhältnisse der Bürger nachhaltig zu verbessern.

Tabelle 56: Zinsendienst

	Nettozinszahlungen in % der Gesamtausgaben ¹⁾											
	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993 ²⁾
Deutschland *) ²⁾	4,0	4,8	4,9	4,9	5,0	5,1	5,1	4,9	4,6	4,6	5,6	5,8
USA	4,9	5,1	6,1	6,2	5,9	5,9	6,0	6,1	6,3	6,7	6,2	5,7
Japan ²⁾ ³⁾	4,4	5,0	5,5	5,5	5,1	3,9	3,3	2,8	1,7	1,1	0,9	1,0
Frankreich	2,4	3,4	3,6	3,9	4,1	4,2	4,2	4,5	4,8	5,0	5,5	5,8
Italien	13,8	14,3	15,2	14,5	15,3	14,7	15,2	16,4	17,1	18,1	20,4	20,0
Vereinigtes Königreich	7,2	6,9	7,4	7,7	7,4	7,5	7,0	6,4	5,9	5,1	4,8	5,8
Kanada	6,5	6,5	7,9	8,9	9,4	9,7	10,1	11,2	11,8	11,2	10,5	10,6
Spanien ²⁾	1,1	1,9	3,9	6,6	8,1	7,2	7,6	7,6	7,5	8,4	8,7	10,1
Niederlande	6,9	7,6	8,2	8,8	8,8	8,6	8,7	8,2	8,1	8,5	8,6	8,6
Australien ²⁾	2,8	3,3	4,4	5,3	5,8	6,1	5,3	5,6	5,1	3,4	2,5	2,6

*) Ab 1991 Gesamtdeutschland.

1) In der Abgrenzung der VGR.

2) Schätzungen der OECD.

3) Geleistete Nettovermögeneinkommen.

Quelle: OECD.

Tabelle 57: Beschäftigte im öffentlichen Sektor in % der Gesamtbevölkerung

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992
Deutschland *)	6,5	6,6	6,7	6,7	6,8	6,9	6,9	6,8	6,8	7,1	6,9
USA	6,8	6,8	6,8	6,8	6,9	7,0	7,1	7,2	7,3	7,3	7,3
Japan	4,2	4,2	4,2	4,2	4,1	4,1	4,1	4,0	4,1	4,1	4,2
Frankreich	8,4	8,7	8,8	9,0	9,1	9,1	9,1	9,1	9,0	9,1	9,1
Italien	5,8	5,8	6,0	6,0	6,1	6,2	6,3	6,3	6,3	6,3	6,3
Vereinigtes Königreich	–	–	–	9,4	9,6	9,4	9,5	9,2	9,2	8,9	8,5
Kanada	8,9	9,0	9,1	9,3	9,3	9,5	9,6	9,6	9,7	9,8	9,8
Spanien	3,0	3,1	3,1	3,3	3,7	3,7	3,8	4,0	4,3	4,5	4,5
Niederlande	5,2	5,1	5,2	5,2	5,1	5,1	5,1	5,0	5,0	4,9	4,8
Australien	7,1	7,3	7,4	7,5	7,6	7,7	7,6	7,4	7,1	7,1	–

*) Ab 1991 Gesamtdeutschland.

Quelle: OECD, VN.

Tabelle 58: Investitionen des öffentlichen Sektors pro Kopf (in DM)

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993
Deutschland *)	737	688	691	701	773	784	793	836	894	934	1 057	1 175
USA	583	649	713	902	717	582	534	716	661	695	–	–
Japan	1 510	1 634	1 778	1 825	2 003	2 116	2 539	2 636	2 362	2 818	3 145	4 316
Frankreich	842	798	788	900	916	867	997	1 070	1 174	1 260	1 319	1 341
Italien	640	709	748	818	811	835	864	979	1 032	1 071	981	863
Vereinigtes Königreich	–	–	–	489	415	366	338	507	642	626	673	640
Kanada	847	866	1 004	1 099	769	678	529	922	871	884	779	790
Spanien	–	–	–	449	473	469	599	816	1 053	1 161	1 115	987
Niederlande	–	–	–	–	–	522	568	578	624	640	721	746
Australien	764	794	987	918	688	529	589	735	633	648	558	557

*) Ab 1991 Gesamtdeutschland.

Quelle: OECD, VN, Deutsche Bundesbank.

43. Wie groß sind die Genehmigungszeiträume für Industrieinvestitionen in den zehn größten Industrienationen?

Internationale Vergleiche der durchschnittlichen Genehmigungszeiträume für Industrieinvestitionen sind wegen der unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen und der Verschiedenartigkeit der Genehmigungsverfahren und -praxis methodisch schwierig und aufwendig. So ist z. B. bei einer Bewertung der Dauer von Genehmigungsverfahren u. a. zu berücksichtigen, ob es sich um baurechtliche oder immissionsschutzrechtliche Verfahren handelt und ob sich der Antrag auf eine Neuinvestition oder etwa auf eine wesentliche Änderung an einer bereits vorhandenen Anlage bezieht.

Nach den Erfahrungen von Unternehmen und Verbänden dauern in Deutschland Genehmigungsverfahren in vielen Fällen länger als im Ausland. Laut Bundesverband der Deutschen Industrie mußte z. B. im Jahr 1992 bei umweltrelevanten Genehmigungsverfahren in Deutschland mit einer Verfahrensdauer von sechs bis 22 Monaten gerechnet werden, in Frankreich mit fünf

bis sieben Monaten, in den Niederlanden mit sieben Monaten, in Italien mit drei bis sechs Monaten und in den USA mit zwei bis fünf Monaten.

Weitergehende Erkenntnisse erwartet die Bundesregierung von einem Gutachten, das das Bundesministerium für Wirtschaft Ende 1992 in Auftrag gegeben hat. Untersucht werden soll für bestimmte Bereiche, in welchem Maße und aus welchen Gründen Genehmigungsverfahren in Deutschland längere Zeit in Anspruch nehmen als in anderen Ländern. Die Ergebnisse sollen in Kürze vorliegen.

Die Bundesregierung hat am 24. Februar 1994 eine Unabhängige Expertenkommission zur Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren eingesetzt. Sie soll in Anknüpfung an die bereits in dieser Legislaturperiode erzielten Fortschritte (Investitions- erleichterungs- und Wohnbaulandgesetz, Planungsvereinfachungsgesetz) weitere Vorschläge zur Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren vorlegen. Die Kommission beabsichtigt, bis November 1994 einen Bericht mit mittelfristig umsetzbaren Vorschlägen zu erarbeiten.

